

Guido Reil

abge zockt!



**Scheinheilige
Politik
sozialer Kälte.**

2. Auflage!

Inhalt

Einleitung: Wunsch versus Realität	3
Der Etikettenschwindel	5
Ökosozialismus: Der Weg ins klimaneutrale Paradies	8
Radikaler Wandel	10
Eine Politik der sozialen Kälte	15
Ein fataler Pakt	18
Exodus	21
Die Kälte kommt	24
Energetische Gebäudesanierung: Abgezockt und enteignet	29
Gefangen im Hamsterrad	32
Umverteilung und Interventionismus	35
Die EU und die Sozialwirtschaft	41
Das Sozialwesen in Deutschland: Eine wachsende Branche	43
Im Gewand des Samariters	44
Die Wohltäterindustrie: Heimliche Geschäfte und Klima	47
Der EU-Mindestlohn: Ein klarer Rechtsverstoß	56
Ein falsches Instrument	60
Die Lohntransparenzrichtlinie – Ideologie, Überwachung und Bürokratie	62
Eine Politik der Unmenschlichkeit	70
Pflege in der EU: Geschäfte und Einwanderung	72
Chronik eines angekündigten Notstands	77
Nachwort	130
Danksagung	132



Impressum

ID-Fraktion

(Gruppe Identität und Demokratie)
Parlament der Europäischen Union
ASP 05 F 161
Wiertzstraat 60
1047 Brüssel
Belgien

Autor: Guido Reil

Nicht zum Verkauf gedacht

ISBN 978-3-00-075014-4
Printed in Germany

Einleitung: Wunsch versus

R

Realität

Im Juni 1979 durften die Bürger der neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zum ersten Mal direkt das Europäische Parlament (EP) wählen. Helmut Schmidt, der damalige sozialdemokratischen Bundeskanzler, setzte sich in diesem Zusammenhang in einer Rede offensiv für Europa ein. Er war der Auffassung, dass die Schaffung einer freien Gesellschaft in Europa erforderlich sei, in der die Bürger die Möglichkeit haben, ihre eigenen Entscheidungen unabhängig von Einflüssen durch eine Diktatur des Geldes, der Reichen oder kommunistischen Parteibürokratie zu treffen. Schmidt plädierte für die Schaffung einer demokratisch gesteuerten europäischen Gemeinschaft von Nationalstaaten statt der Einrichtung einer einheitlichen Regierung und der Vereinigten Staaten von Europa und lehnte sowohl eine Regierung durch Kapitalisten sowie eine Diktatur durch eine einzige kommunistische Partei ab.¹

Die Gründungsprinzipien der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Vorläuferorganisationen der heutigen Europäischen Union (EU), basierten auf den Ideen der Friedenssicherung, der Zusammenarbeit und der Solidarität. Die Gründerstaaten wollten eine dauerhafte Friedensordnung in Europa schaffen, indem sie die nationalen Wirtschaftssysteme miteinander verflochten und Interessenverbindungen schufen.

Sie sahen darin eine Möglichkeit, die Wiederholung der gewaltsamen Konflikte des 20. Jahrhunderts zu verhindern. Andere wichtige Grundprinzipien waren die Förderung der Marktwirtschaft und der freie Wettbewerb.

Mehr als vier Jahrzehnte nach seiner Rede ist es für jeden, der die Entwicklungen in der EU beobachtet hat, offensichtlich, dass sie sich weit von den Visionen und Zielen des Altkanzlers sowie von ihren Gründungsprinzipien entfernt hat.

Sie hat sich zu einer Zwangsgemeinschaft entwickelt, welche die demokratischen Prinzipien, die Gleichberechtigung der Mitgliedsstaaten und die freie Marktwirtschaft ignoriert. Sie hat sich einer linksgrünen Ideologie unterworfen, die zunehmend die nationale Identität der Mitgliedsstaaten untergräbt. Souveräne Mitgliedsstaaten, die die Politik der offenen Grenzen, die grüne Planwirtschaft oder die Zerstörung des Geschlechts ablehnen, werden von der EU unter Druck gesetzt, erpresst und sogar sanktioniert. Sie nutzt jede Gelegenheit, um den

zu erreichen, beabsichtigt sie tiefgreifende Einschränkungen in der Souveränität der Mitgliedsstaaten vorzunehmen und greift auf Methoden zurück, die man eher in einer ökologischen Diktatur erwarten würde, da demokratische Steuerungs- und Korrekturmechanismen regelrecht eliminiert werden sollen. Im Gegensatz zu den bisherigen freien Wettbewerbsentscheidungen, schreibt die EU in ihrer neuen „grünen Wirtschaftsstrategie“ Unternehmen vor, was und wie sie produzieren sollten, und sie müssen darüber regelmäßig einen Bericht zur Nachhaltigkeit abgeben.

Die EU ignoriert mit ihrer Klimapolitik die Bedürfnisse der Bürger und versagt ihnen den Zugang zu erschwinglicher Energie, wodurch Millionen in die Armut gestürzt werden. Dies widerspricht fundamental der Idee der sozialen Gerechtigkeit.

Es ist bezeichnend, dass sich gerade die Sozialwirtschaft als willfähriger EU-Handlanger und Treiber der Klimaneutralität entpuppt hat. In der Vergangenheit wurden Organisationen wie Wohlfahrtsverbände gegründet, um Menschen in sozial schwierigen Situationen zu schützen und zu unterstützen. Doch mittlerweile hat die Sozialwirtschaft ihren Schwerpunkt verlagert und sich vollkommen der europäischen Klimaretterungsattitüde unterworfen.

Die EU heizt mit ihrer desaströsen Politik das soziale Klima massiv auf. Ihre weitreichenden Fehlentscheidungen versucht sie im Anschluss mit einer immer weiter zunehmenden sozialpolitischen Regulierung abzumildern, die den EU-Bürgern als soziale Gerechtigkeit verkauft wird. Doch in Wirklichkeit strebt die EU nach einer Sozialunion, die zu noch mehr Umverteilung führen soll.

Prozess der Bildung eines europäischen Superstaates zu beschleunigen, insbesondere in Zeiten von Krisen oder Ausnahmesituationen.

Die EU ist auf dem direkten Weg in eine Transferunion, in der Deutschland der auferlegten Zwangssolidarität nachzukommen hat, um für andere hochverschuldete Länder geradzustehen – die deutschen Steuerzahler werden regelrecht abgezockt. Ein Beispiel dafür ist der Wiederaufbaufonds, bei dem Deutschland voraussichtlich 65 Milliarden Euro mehr einzahlen muss als es selbst zurückbekommen wird.²

Die Politik der Klimaneutralität – die maßgeblich vom Wiederaufbaufonds finanziert wird – wurde von der EU-Führungsriege einseitig und ohne Debatte festgelegt. Um die Klimaneutralität

Die politisch Verantwortlichen auf europäischer und nationaler Ebene haben die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen systematisch untergraben. Sie stürzen mit ihrer ideologischen Politik Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit und Energiearmut.

Das wuchernde Problem des Pflegenotstands wird vernachlässigt und verdrängt. Die Kosten für Pflege steigen ständig und es besteht die Gefahr, dass sie in Zukunft eine Art Luxus-Dienstleistung für wohlhabende Bürger wird. Dies stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit dar.

Statt Steuermilliarden in den sogenannten Klimaschutz zu pumpen, sollte sich die Politik um die wirklichen Probleme wie den bestehenden Pflegenotstand kümmern.

In diesem Buch möchte ich das Totalversagen sowohl der nationalen Politik wie auch der europäischen aufdecken. Die Bürger müssen erfahren, dass die EU dabei ist, sich Deutschland zur Beute zu machen. Was wir brauchen, ist eine neue Politik, die – in den Worten von Helmut Schmidt – auf demokratische Steuerung und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet ist.



*Die Deutschen gehen später
in Rente und haben ein
geringeres Rentenniveau
und zahlen über EU-Gelder
in Italien oder Frankreich
das höhere Rentenniveau von
Menschen mit, die früher in
Rente gehen als Bundesbürger.*

Professor Raffelhüschen, Universität Freiburg

Der Etiketten lebnriwds2

1979 hätte sich Helmut Schmidt wahrscheinlich nicht vorstellen können, dass die europäische Wirtschafts- und Freihandelszone sich zu einer Haftungsunion und Schuldenunion entwickeln würde.

Niccolò Machiavelli, Philosoph, Diplomat und Chronist, hat in seinem um 1513 veröffentlichten Werk „Der Fürst“ argumentiert, dass Führer in Zeiten der Krise die Gelegenheit nutzen sollten, ihre Macht zu stärken und ihre Herrschaft zu festigen.

Die EU-Elite scheint diesem Tipp aus der Vergangenheit zu folgen und hat kurzerhand beschlossen, einen Wiederaufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro einzurichten. Er soll vordergründig die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft und Gesellschaft abfedern, ist aber genau genommen nichts anderes als ein intransparenter Umverteilungsmechanismus. Des Weiteren fließt das Geld wider Erwarten nicht zu den am stärksten betroffenen Ländern, sondern zu denen, die bereits vor der Corona-Krise in Schwierigkeiten waren.

Die EU hat vorgegeben, wofür die Milliarden verwendet werden sollen. Überraschenderweise nicht für das betroffene Gesundheitswesen oder mittelständische Unternehmen, die von der Krise besonders hart getroffen wurden, sondern 37 Prozent sollen für Klimaschutzmaßnahmen und 20 Prozent für die Digitalisierung eingesetzt werden.³ Die Verbindung zum Europäischen Green Deal wird nun offensichtlich.

Jürgen Matthes vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) teilt meine Auffassung und bezeichnet den Wiederaufbaufonds als „Etikettenschwindel“. Die EU hat die Corona-Krise genutzt,

um einen zweiten Haushalt zu schaffen, da durch den Austritt der Briten Geld fehlte. Auch wolle man neue politische Prioritäten setzen, ohne bei den Agrar- und Zusammenhalt-Fonds (Kohäsionsfonds) zu kürzen.⁴

Der Wiederaufbaufonds wird zwar offiziell als Instrument der Solidarität präsentiert, ist jedoch ein gigantisches Umverteilungsprogramm, das nur wenig mit der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Maßnahmen zu tun hat.

Die EU nutzt die Corona-Krise, um sich in einer Weise zu verschulden, die ihr eigentlich durch die EU-Verträge untersagt ist. Die Kommission platziert nun Anleihen am Kapitalmarkt, die erst in ferner Zukunft – zwischen 2027 und 2058 – zurückgezahlt werden müssen. Dieses gesamte Schuldenkonstrukt des Wiederaufbaufonds steht oder fällt mit der finanziellen Leistungskraft von Deutschland, das für mehr als 25 Prozent aller Schulden haftet. Der Wiederaufbaufonds trägt den klangvollen Namen „Next Generation EU“, was suggerieren soll, dass der Fonds eine bessere Zukunft für die nächste Generation sichern wird. Tatsache ist, dass die nächste Generation in Deutschland für die getroffenen Fehlentscheidungen einen hohen Preis zahlen muss. Sie wird länger arbeiten müssen, um ihre Rente zu finanzieren, so wie es von deutschen Spitzenpolitikern dauernd gefordert wird.

Dies alles ist sozial ungerecht, da die Zuschüsse und Milliardenhilfen des Wiederaufbaufonds es den Empfängerländern ermöglichen, dringend notwendige Rentenreformen nicht durchzuführen. Professor Raffelhüschen von der Universität Freiburg betont: „Die Deutschen gehen später in Rente und haben ein geringeres Rentenniveau und zahlen über EU-Gelder in

Italien oder Frankreich das höhere Rentenniveau von Menschen mit, die früher in Rente gehen als Bundesbürger“.⁵

Ein europäischer Vergleich zeigt, dass das Rentenniveau – das Verhältnis der Altersrente zu dem Nettolohn, der vor Renteneintritt verdient wurde – in Deutschland niedriger ist im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten. Einige Länder, wie beispielsweise Ungarn, Portugal, die Niederlande, Luxemburg und Österreich haben ein Rentenniveau von über 80%, während Deutschland mit 52,9% weit darunter liegt. Länder wie Irland, Polen, Estland und Litauen haben ein noch niedrigeres Rentenniveau.⁶

Für Deutschland ist insbesondere der Vergleich mit Österreich aufschlussreich. Österreich hat nicht nur ein Rentenniveau aus der gesetzlichen Rente von fast 90 Prozent (Deutschland hat knapp 52 Prozent), sondern die österreichische Rentenversicherung gewährt auch eine Ausgleichszulage, die eine Mindestrente sicherstellt. Leider ist die Mindestsicherung in Deutschland kein angestrebtes Ziel. Während das Renteneintrittsalter für Deutsche bis 2029 auf 67 Jahre angehoben wird, können Österreicher weiterhin mit 65 Jahren in den wohlverdienten Ruhestand treten.⁷

Es ist ein Skandal, dass die Altersarmut in Deutschland zunehmend ansteigt. Laut aktuellen Daten aus dem Jahr 2021 hatten 38,2% der Rentnerinnen und 14,7% der Rentner ein Monatseinkommen von unter 1000 Euro. Das entspricht einer Anzahl von 4,9 Millionen von insgesamt 17,6 Millionen Altersrentenbeziehern. Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Zentrums für

Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) prognostizieren, dass bis 2036 bis zu 20% der Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut betroffen sein könnten.⁸





Der frühere französische sozialistische Präsident François Mitterrand erklärte 1977, dass nur ein sozialistisches Europa in der Lage sein würde, sich von den Vereinigten Staaten unabhängig zu machen: „Europa wird sozialistisch sein oder nicht sein“.⁹

Als Mitterrand 1981 zum französischen Staatspräsidenten gewählt wurde, versuchte er Frankreich innerhalb von 100 Tagen zum Sozialismus zu führen. Er kündigte eine Reihe diesbezüglicher Maßnahmen an und somit ein sozialistisches Experiment. Allerdings wurde 1983 der Misserfolg dieser Politik deutlich, da eine überwältigende Mehrheit der Parteifunktionäre sich nach einer Modernisierung der Industrie sehnte. Obwohl die Berliner Mauer und der Eiserne Vorhang Geschichte sind und die Diktatur des Proletariats lediglich in wenigen Ländern weiterhin existiert, ist der Sozialismus in

**Ökосоzialismus:
Der Weg ins
klimaneutrale**

ARADIES



Europa nicht tot, sondern er hat lediglich eine neue Form angenommen. Mit der Einführung des Green Deals hat die Europäische Union sich für eine Variante des Sozialismus entschieden, die als Ökosozialismus bezeichnet wird.

Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, hat in ihrer Rede zur Lage der Union am 16. Dezember 2019 den European Green Deal als Europas „Mondlandung“ bezeichnet und erklärt, dass Europa klimaneutral sein oder nicht sein soll – Mitterrand lässt grüßen. Die EU soll fortan eine „globale Führungsrolle“ bei der Bekämpfung des Klimawandels einnehmen und den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft beschleunigen. Daraus lässt sich schließen, dass die Klimaneutralität von nun an als zentrales Ziel und sogar als Kern der Identität Europas angesehen wird.

Mit dem gesetzten Ziel „Klimaneutralität“ und der zur Umsetzung erforderlichen grünen Planwirtschaft – die EU bezeichnet sie lieber als „grüne Wirtschaftsstrategie“ – beschreitet die

EU nun einen zerstörerischen Sonderweg, der weltweit einzigartig ist.

Die sogenannte „grüne Wirtschaftsstrategie“ ähnelt den früheren sowjetischen Fünf-Jahres-Plänen, da durch Gesetze und Regelungen wie das Klimagesetz und das „Fit for 55“-Paket festgeschrieben wird, wie sich die Wirtschaft und die Gesellschaft in Europa auf die Erreichung der Klimaziele ausrichten müssen. Dabei greift die EU durch die Verordnungen und Richtlinien, die sie erlässt, tief in die Wirtschaft und Gesellschaft ein und legt sowohl für Unternehmen als auch für Bürger verbindliche Ziele fest. Bei Nicht-Erfüllung dieser Ziele können Sanktionen verhängt werden.

Die grüne Planwirtschaft wird unser heutiges Wirtschaftssystem und unsere Gesellschaft grundlegend verändern. Um die Klimaneutralität zu erreichen, ist eine nie dagewesene umfassende staatliche und europäische Kontrolle erforderlich, die auf allen Ebenen der Gesellschaft und Wirtschaft eingreifen will, um die sogenannte

Nachhaltigkeit allen EU-weit aufzuzwingen.¹⁰ Damit die EU das Ziel der Klimaneutralität erreichen kann, geht sie Schritt für Schritt den Weg in eine Art Öko-Totalitarismus. Der Sommer 2021 war von einer deutlichen Steigerung der Energiepreise geprägt. Das war nur ein kleiner Vorgeschmack darauf, welche Auswirkungen die Umsetzung des Europäischen Green Deals für Bürger und Unternehmen haben

wird. Durch die zunehmende Verschärfung der Klimaziele steigen der CO2-Preis und die Kosten für CO2-Zertifikate im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems weiter an, was zu erheblichen Mehrkosten für Energie- und andere Unternehmen führt, die sie an die Verbraucher weitergeben müssen.

Eine Studie des Bruegel-Instituts aus dem September 2021 hat gezeigt, dass eine Verdoppelung des Strompreises von 50 Euro je Megawattstunde auf 100 Euro erhebliche Mehrkosten von 150 Milliarden Euro für Verbraucher in der EU bedeuten würde. Die Forscher betonten die negativen Auswirkungen dieser Erhöhung auf die Kaufkraft von Geringverdienenden und warnten vor einer zunehmenden Energie-Armut.¹¹

Die Geschichte lehrt uns, dass eine politische Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft immer katastrophale Folgen hat. Eine Planwirtschaft, in der politische Eliten verbindliche Ziele festlegen und diese mit Sanktionen für Wirtschaftsakteure verknüpfen, führt zwangsläufig zu wirtschaftlichem und sozialem Elend.

Radikaler Wandel

Durch die strengen Klimaziele der EU hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer massiv verschlechtert.

Im Jahr 2013 kritisierte der Vorstand des österreichischen Energie-Control, Walter Boltz, die Höhe und die Fehlerhaftigkeit der Förderungen für Ökostrom in Europa. Boltz argumentierte, dass die EU-Klimapolitik zu einem Verlust vieler energieintensiver Industrieunternehmen und Arbeitsplätze führe, obwohl die EU im weltweiten Kontext immer unwichtiger werde. Er stellte fest, dass die hohen Förderungen für Ökostrom vor allem durch effektiven Lobbyismus zustande kämen. Obwohl die EU nur noch ein Zehntel der Weltwirtschaft repräsentiere, würden von den weltweiten Förderungen für erneuerbare Energien, die im Zeitraum von 2004 bis 2012 1500 Milliarden Euro betragen, rund 600 Milliarden Euro, also 40%, auf die EU entfallen. Laut Boltz sei die Ursache für die Subventionierung von Ökostrom in Europa „eine Art Massenhysterie in der Energiepolitik, die die Realität ignoriert“. Er betrachtete das Emissionshandelssystem als gescheitert.¹²

Das Europäische Emissionshandelssystem (EHS) setzt einen Mechanismus um, bei dem Energieunternehmen und Industrie Emissionsrechte erwerben müssen, um Treibhausgase ausstoßen zu dürfen. Jedes Jahr werden weniger Zertifikate bereitgestellt und die Kosten dafür steigen. Unternehmen haben daher die Wahl, entweder ihre Emissionen zu reduzieren oder mehr zu bezahlen. Dieser Mechanismus, der höhere CO₂-Preise bewirkt, schafft einen einseitigen Kostennachteil für europäische Unternehmen und vergrößert den Abstand zu anderen Ländern und Regionen.¹³

IW-Ökonom Hubertus Bardt beschreibt die schädliche Auswirkung des EHS: „Unter den Industrieländern gibt es viele, die zumindest eine geringe Bepreisung von Industrieemissionen eingeführt haben. Dennoch unterliegt nur ein knappes Sechstel der Emissionen einer direkten Bepreisung durch eine Steuer oder ein Emissionshandelssystem. Der größere Teil davon bewegt sich auf einem Niveau von unter 20 Dollar. Der wichtigste Baustein mit fast 4 Prozent aller Emissionen und einem Preis von über 50 Dollar ist der Europäische Emissionshandel. (...) Kostenunterschiede bei Energie- und Klimapreisen wirken sich (...) direkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mit hohen Energie- und Klimakostenanteilen aus. (...) Gerade für diejenigen, die durch eigene Produktionsprozesse oder den Zukauf von Energie höhere CO₂-Emissionen verantworten, führen höhere CO₂-Preise zu verschlechterten Kostenpositionen im Vergleich zu Wettbewerbern mit einer niedrigeren Bepreisung. Länder mit einer geringeren CO₂-Bepreisung schaffen Vorteile für energie- und emissionsintensive Industrien. Umgekehrt kann in Deutschland, wo die Bepreisung unverhältnismäßig hoch ist, bereits seit einer Reihe von Jahren ein unterdurchschnittliches Investitionsverhalten der energieintensiven Industriebranchen gegenüber den anderen Industrien beobachtet werden. (...) Einseitig höhere Kostenbelastungen sind ein Nachteil im Wettbewerb, was sich auch in entsprechender wirtschaftlicher Aktivität niederschlägt. (...) Wie in Deutschland haben sich auch die energieintensiven Industrien in anderen EU-Ländern schwächer entwickelt als die gesamte Industrie. Die schwache Kapitalstockentwicklung der Branchen, die besonders viel Energie verbrauchen und die daher besonders von den Anforderungen der Energie- und Klimapolitik

betroffen sind, ist kein rein deutsches Phänomen. Die Branchen, die wichtige Bestandteile der deutschen Wertschöpfungsketten sind, stehen aus verschiedenen Gründen unter Druck, der durch die klima- und energiepolitischen Vorgaben verstärkt wird. (...) Die Industrie in Europa ist nicht nur von heutigen Kosten, sondern auch von zukünftigen Anforderungen in besonderem Maße berührt. Die Dekarbonisierung ist ein zentraler Treiber des Strukturwandels mit potenziell disruptiven Wirkungen, der zudem politisch gesteuert wird. Die Europäische Kommission strebt im Rahmen des European Green Deal an, bis 2050 die Netto-Treibhausgasemissionen zu erreichen. Die Bundesregierung strebt für Deutschland Klimaneutralität bis 2045 und eine Reduktion der Emissionen um 65 Prozent bis 2030 an.“¹⁴

Die politisch gesteuerte und auferlegte Dekarbonisierung – die Eliminierung der Kohlenstoffemissionen – führt zu einem Strukturbruch. Im Januar 2022, also vor dem Krieg in der Ukraine, betonte der deutsche Industriepräsident Russwurm, dass die Energie- und Klimapolitik zu Wettbewerbsverzerrungen führt mit gravierenden Auswirkungen auf Arbeitsplätze in Deutschland.¹⁵

Simone Tagliapietra, Senior Fellow bei der Brüsseler Denkfabrik Bruegel, prognostiziert, dass die europäische Industrielandschaft durch den anhaltenden Anstieg der Energiepreise beeinträchtigt werden wird: „Einige Industrien werden unter ernsthaften Stress geraten und ihre Produktion in Europa überdenken müssen.“¹⁶

Um die Abwanderung von Unternehmen und die Deindustrialisierung zu verhindern, werden zusätzliche Milliarden Euro an Steuergeldern

aufgewendet. Im August 2022 hat die Europäische Kommission die Unterstützung von energieintensiven Unternehmen in Deutschland in Höhe von 27,5 Milliarden Euro genehmigt. Die Kommission erklärte, dass dies dazu beitragen soll, dass die betroffenen Unternehmen ihre Produktion nicht in Länder verlagern, die weniger ambitionierte Maßnahmen zum Klimaschutz haben. Diese Milliarden an Steuergeldern sollen für die höheren Strompreise aufgrund der selbst verursachten Emissionskosten im Rahmen des Emissionshandelssystems entschädigen.

Diese Genehmigung kommt jedoch nicht ganz ohne Bedingungen. Die Unternehmen müssen nachweislich in Energie-spar- oder Dekarbonisierungsmaßnahmen investieren. Ab 2023 müssen Unternehmen zusätzliche Investitionen tätigen, damit mindestens 50 Prozent der Fördermittel in die Umsetzung von Maßnahmen zur effizienteren Energienutzung oder zur Dekarbonisierung ihres Produktionsprozesses fließen können. Kommissarin Margrethe Vestager sagte dazu: „Diese mit 27,5 Mrd. EUR ausgestattete Regelung wird es Deutschland ermöglichen, die Auswirkungen der indirekten Emissionskosten auf seine energieintensiven Industrien und somit das Risiko zu verringern, dass die betroffenen Unternehmen ihre Produktion in Länder außerhalb der EU mit weniger ehrgeizigen Klimaschutzmaßnahmen verlagern. Gleichzeitig wird die Maßnahme eine kosteneffiziente Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft im Einklang mit den Zielen des Grünen Deals erleichtern und mögliche Wettbewerbsverzerrungen begrenzen.“¹⁷

Zusammengefasst gefährden die klimapolitischen Vorgaben von EU und Politik die

Wettbewerbsfähigkeit von energieintensiven Unternehmen. Danach versucht man mit Milliarden an Steuergeldern die Abwanderung dieser Unternehmen zu verhindern. Dabei müssen die Unternehmen jedoch verpflichtend die Anforderungen des Green Deal einhalten.

Im Januar 2023 kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen einen sogenannten grünen industriellen Plan zur Aufstockung der Subventionen und Steuervergünstigungen für Unternehmen im Bereich der sauberen Technologie an – einen sog. Net-Zero Industry Act.

Auch möchte die EU einen neuen europäischen Fonds vorschlagen, der durch neue EU-Anleihen finanziert und von allen Mitgliedstaaten unterstützt werden soll. Der italienische Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni sagte: „Ein Fonds ist unverzichtbar, wenn wir unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken wollen, ohne unseren Binnenmarkt und seine gleichen Wettbewerbsbedingungen zu untergraben.“

Es geht nicht um einen Subventionskrieg mit anderen Ländern oder mit den USA. Es geht um die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.“¹⁸

„Gleichzeitig wird die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen durch die weitere Verschärfung des Europäischen Emissionshandelsystems (EHS) massiv gefährdet. Im Dezember 2022 einigten sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission auf eine Reform des EHS. Mit dieser Einigung werden die Emissionen aus den EHS-Sektoren bis 2030 um 62 Prozent gegenüber dem Stand von 2005 reduziert. Das ist eine beträchtliche Erhöhung von 19 Prozentpunkten im Vergleich zur 43-prozentigen Reduzierung nach den bestehenden Vorschriften. Die kostenlosen Emissionsrechte sollen bis 2034 komplett abgeschafft werden.“





”

**Rede Guido Reil,
Straßburg,
Plenarsitzung
des EU-Parlaments,
18. Januar 2023**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und der Schaffung von Qualitätsjobs. Qualitätsjobs, die gibt es Gott sei Dank noch beim ehemaligen Exportweltmeister Deutschland, zum Beispiel in der Automobilindustrie und in der Chemieindustrie. Aber Industrie braucht vor allen Dingen – um erfolgreich zu sein – bezahlbare Energie. Und die hat sie nun leider nicht mehr. Schuld daran ist die Klimapolitik der EU und niemand anders.

Jetzt will die EU wieder einmal Probleme lösen, die sie selbst geschaffen hat. Wieder einmal durch einen Fonds sollen Milliarden der Industrie zur Verfügung gestellt werden, um den Wettbewerbsnachteil auszugleichen – Milliarden, die wir wieder einmal nicht haben. Milliarden, die erzeugt werden. Und das wird auch nicht verhindern, dass diese Unternehmen in die USA und nach China abwandern.

Ich frage mich, warum dieser Fonds überhaupt? Eigentlich passiert doch genau das, was die Grünen wollen, genau das, was der Grüne Deal eigentlich bewirken soll. Wir wollen doch die Transformation der Wirtschaft! Wir wollen doch die Deindustrialisierung! Wir wollen diese Jobs doch gar nicht, wo Menschen mit ihren Händen arbeiten und gut dafür verdienen, Menschen, die sich schmutzig machen. Diese Jobs wollen die Grünen nicht. Die Grünen wollen Jobs für Menschen, die nichts gelernt haben, nichts können und nichts wissen und viel Geld damit verdienen, sich gegenseitig irgendeinen Blödsinn zu erzählen. Diese Jobs gibt es aber nur bei der Grünen Partei. Im wahren Leben gibt es solche Jobs nicht, und wir wollen Jobs für normale Menschen – Menschen, die anständig arbeiten, die ihre Familie ernähren wollen. Solche Jobs brauchen wir und keine Jobs für die Grünen. Die gibt es schon in der Partei der Grünen und in diesem Parlament und leider viel zu viele.

Eine Politik der sozialen Kälte

Das Europäische Emissionshandelssystem wird nun auf Verkehr und Wohngebäude ausgedehnt. Ab 2027 müssen private Bürger für die CO₂-Emissionen, die sie beim Heizen ihrer Wohnungen und beim Autofahren verursachen, zahlen. Durch die erhöhten Kosten für den Einsatz von fossilen Energien soll eine drastische Reduzierung von Treibhausgasen erreicht werden. Durch die Erhöhung der Preise für Benzin und Diesel soll die Elektromobilität gefördert werden. Und durch die Erhöhung der Preise für Erdöl und Erdgas sollen Hausbesitzer dazu genötigt werden, ihre Häuser teuer zu sanieren, um den Heizbedarf zu senken, ihre Heizungen zu erneuern oder ganz auf teure klimaneutrale Heizsysteme umzustellen. Dieser Wettlauf im Hamsterrad wird zu einer systematischen Verarmung der Haushalte in Europa führen.

Eine Studie von Cambridge Econometrics hat gezeigt, dass die Ausdehnung des Europäischen Emissionshandelssystems auf Verkehr und Gebäude zu erheblichen Kosten für Haushalte führen wird - insgesamt 1112 Milliarden Euro im Zeitraum von 2025 bis 2040. Die Energiekosten könnten durch die Einbeziehung von Gebäuden in das EHS durchschnittlich um 429 Euro pro Jahr und pro europäischen Haushalt steigen. Die Forscher kommen zu dem Schluss, dass die Einbeziehung von Gebäuden und Verkehr in das EHS nicht die erforderlichen Emissionsreduktionen in diesen Sektoren erreichen wird. Diese Ausdehnung hat auch eine sehr negative soziale Auswirkung.

Aus der Studie: "Das EU EHS birgt die Gefahr, dass einkommensschwache Haushalte, die es sich nicht leisten können, in teurere kohlenstoffarme Technologien zu investieren, übermäßig bestraft werden.

Eine solche Politik hätte unerwünschte soziale Auswirkungen, da sie die durchschnittlichen Ausgaben für gasbetriebene Haushaltsheizungen in die Höhe treibt und die Kosten für den Betrieb eines mit fossilem Treibstoff betriebenen Fahrzeugs erhöhen würde, bevor ein Nachfragerückgang infolge höherer Preise berücksichtigt wird.

Gleichzeitig werden einkommensschwache Haushalte, die finanziell am stärksten eingeschränkt sind, von dieser Politik am stärksten betroffen, da sie nur wenig Spielraum für Investitionen in neue Technologien haben und ihre Ausgaben für Heizung und Verkehr nur wenig kürzen können, ohne ihre Lebensqualität zu beeinträchtigen¹⁹.

Die „Right to Energy Coalition“ warnt davor, dass diese Ausdehnung noch mehr Millionen europäische Bürger in die Energie-Armut stürzen kann. Während Haushalte mit hohem Einkommen sich die Kosten für energiesparende Renovierungen und die Installation erneuerbarer Energien leisten können, werden die Haushalte mit niedrigem Einkommen weiter in finanzielle Probleme gestürzt. Sie sind weiterhin an fossile Brennstoffe gebunden, die immer teurer werden. Für die Europäer mit niedrigem Einkommen bahnt sich eine Katastrophe mit Ansage an. Viele Menschen mit niedrigem Einkommen werden nicht mehr in der Lage sein, ihre Energierechnungen zu bezahlen.²⁰ „Fit for 55“ treibt Menschen mit niedrigem Einkommen in den Ruin.

Eine Erhöhung der Wohn- und Transportkosten in Zeiten von Rekordinflation ist ein Widerspruch zur sozialen Gerechtigkeit, da die Bürger und Haushalte bereits jetzt durch die steigenden Energiepreise erdrückt werden.

Am 21. Dezember 2022 fragte ich die Kommission folgendes:

„Am 17. Dezember 2022 haben sich das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission im Rahmen der sog. Trilog-Verhandlungen auf eine Ausweitung des Emissionshandelssystems (EHS) auf fast alle Sektoren geeinigt. Nach einer Studie einiger Institute – u.a. von Cambridge Econometrics – wird die Erweiterung des EHS auf Verkehr und Gebäude zu enormen Kosten für private Haushalte führen. Sie rechnen mit etwa 1112 Milliarden Euro im Zeitraum von 2025 bis 2040. Die Energierechnungen können durch die Einbeziehung von Gebäuden in das EHS um durchschnittlich 429 Euro pro Jahr und pro Haushalt steigen. Mit gravierenden sozialen Auswirkungen ist zu rechnen. Je schwächer ein Haushalt ist, desto stärker wäre er betroffen, da Einkommensschwache nur wenig Spielraum für Investitionen in neue Technologien haben und ihre Kosten für Heizung und Verkehr kaum kürzen können, ohne an Lebensqualität zu verlieren. Darüber hinaus betont die Studie, dass die Einbeziehung von Gebäuden und Verkehr in das EHS nicht zu den gewünschten Emissionsminderungen führen wird.“

1. Hat die Kommission eine ähnliche Folgenabschätzung bezüglich der Steigerung der Energierechnungen bei privaten Haushalten nach der Erweiterung des EHS durchgeführt?
2. Wie rechtfertigt die Kommission diese gezielte und künstliche Verteuerung der Wohnungs- und Transportpreise in Zeiten von Rekordinflation?“

Das war die Antwort der Kommission beantwortet durch Exekutiv-Vizepräsident Timmermans:

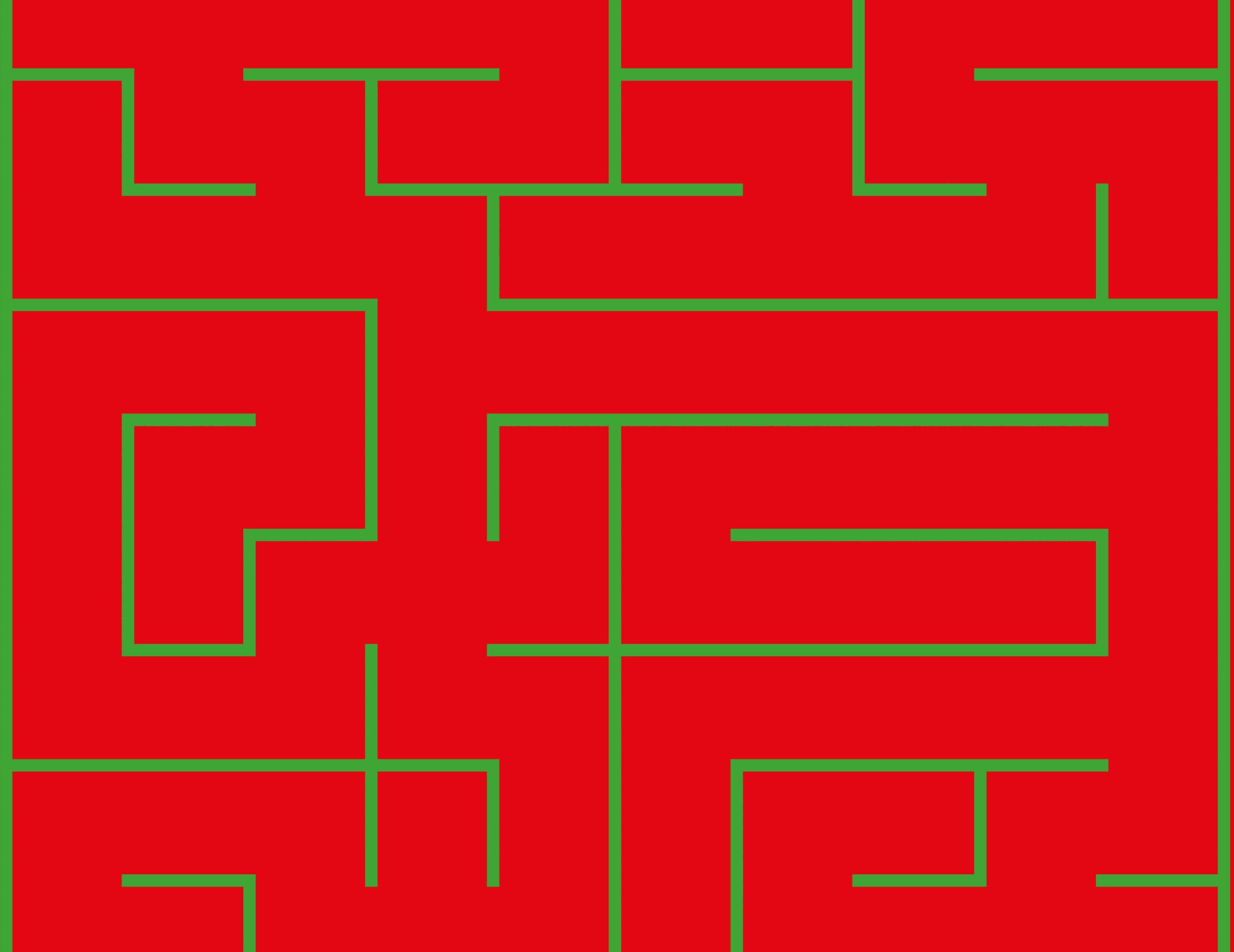
Die Kommission hat zwei Folgenabschätzungen zur Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen sowie der Umweltauswirkungen des neuen Emissionshandelssystems (EHS) durchgeführt, das sich, wie vom Europäischen Parlament und vom Rat vorläufig vereinbart, auf Emissionen von Gebäuden, aus dem Straßenverkehr und aus weiteren Sektoren erstrecken wird. Die eine Folgenabschätzung betrifft den Klimazielplan, die andere die Überarbeitung des EU-EHS.

Das neue EHS zielt darauf ab, die Emissionen in Sektoren zu reduzieren, die ansonsten schwer zu dekarbonisieren sind, und Ressourcen zu generieren, die vorzugsweise den finanziell schwächsten Haushalten zugutekommen sollen, damit diese in energieeffizientere Heizungen und in energieeffizientere Lösungen im Straßenverkehr investieren und damit die Kosten senken können. Das neue EHS soll ab 2027 gelten.

Die EHS-Folgenabschätzung kam zu dem Ergebnis, dass die Kosten des Gesamtkraftstoffverbrauchs im Durchschnitt um bis zu 0,12 Prozentpunkte des Haushaltseinkommens gesenkt werden können, wenn geeignete, wirtschaftliche Investitionen getätigt werden, um den Verbrauch und die Emissionen zu reduzieren.

Der Rat und das Europäische Parlament haben außerdem vereinbart, einen Klima-Sozialfonds einzurichten, um wirtschaftlich benachteiligte Haushalte, kleine Unternehmen und Kleinstunternehmen sowie Nutzerinnen und Nutzer von Verkehrsmitteln in der Übergangsphase zu entlasten.“

Die Kommission hat meine parlamentarische Anfrage zur Erhöhung der Energierechnungen von privaten Haushalten aufgrund der Ausweitung des Emissionshandelssystems (EHS) nicht angemessen beantwortet. Jedoch kann man ableiten, dass keine ausreichende Folgenabschätzung durchgeführt wurde. Die künstliche Verteuerung der Wohnungs- und Transportpreise scheint der Kommission ebenfalls total egal zu sein. Die Opfer ihrer fehlgeleiteten Politik sollen einfach durch den Klima-Sozialfonds aufgefangen werden – ich nenne das Steuergeld-Verschwendung!



Rede Guido Reil, Straßburg, Plenarsitzung des EU-Parlaments, 6. Oktober 2021

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen
und Kollegen!

Wir sprechen heute über ein völlig neues Phänomen: über Energiearmut. Vollkommen zu Recht: Wir erleben gerade, dass die Kraftstoff- und Heizkosten explodieren. Im letzten Winter waren 30 Millionen Europäer in kalten Wohnungen, und für diesen Winter steht uns noch Schlimmeres bevor. Und was will die EU tun? Sie will wieder einmal über einen Fonds Hunderte von Milliarden an die Bedürftigen verteilen – Geld, das natürlich wieder erzeugt wird, um die Probleme zu lösen, die sie selbst geschaffen hat. Denn es ist der Green Deal. Der Green Deal ist verantwortlich für die Probleme. Und was wir jetzt erleben, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Tonne CO₂ wird jetzt gerade mal mit 25 Euro bepreist. Wenn wir die Ziele umsetzen wollen, müssen es mindestens 150 Euro sein. Das wird zu einer Explosion der Preise führen. Deswegen in aller Deutlichkeit: Der Green Deal ist das Ende des sozialen Friedens und des Wohlstands in Europa. Frau von der Leyen sagte dazu, es wäre eine noble Aufgabe. Diese noble Aufgabe, dieses warme Gefühl im Herzen, die Welt vor dem Klimawandel zu retten – Frau von der Leyen kann es sich leisten, nur die allermeisten Europäer nicht. Frau von der Leyen sprach auch davon, dass der Green Deal so etwas wie die Mondlandung ist. Also ich möchte daran erinnern: Auf dem Mond leben keine Menschen. Und auf dem Mond ist es eiskalt. Also ich wünsche Frau von der Leyen viel Glück bei ihrer Mondlandung. Und, Frau von der Leyen, nehmen Sie bitte die Kommission und das Europäische Parlament mit auf ihre Reise zum Mond. Denn genau da gehören Sie hin, um kein Unheil mehr anzurichten für die Menschen hier.





EIN FATALER PAKT

Die aktuelle Energiekrise hat mehrere Gründe, darunter die wachsende Nachfrage weltweit und den Krieg in der Ukraine. Darüber hinaus tragen die klimapolitischen Vorgaben erheblich zur Preissteigerung bei.

Dies gilt sowohl für die EU als auch für Deutschland. Seit Jahrzehnten folgt Deutschland einem einzigartigen Ansatz, der von ökosozialistischen Ideen geprägt ist. Die Energiewende, die in den 2000er Jahren von der rot-grünen Regierung eingeleitet wurde, hat sich ebenfalls zu einer Art Energie-Planwirtschaft mit festgesetzten Preisen und umfangreichen Förder- und Subventionsprogrammen entwickelt.

Unter Dr. Angela Merkel hat die CDU den sozialistischen Kurs fortgeführt und die Energie-Planwirtschaft weiter ausgebaut. 2011 hat Merkel die Atomenergie in Deutschland für beendet erklärt. Acht Atomkraftwerke wurden sofort stillgelegt, die übrigen neun sollten bis 2022 schrittweise abgeschaltet werden. Durch diese Entscheidung verlor Deutschland plötzlich ein Achtel seiner benötigten Energie.

2018 folgte dann das zweite klimapolitische Todesurteil, das gefällt wurde, diesmal für Kohle, was zu dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Folgen führte, da Kraftwerke, die auf Stein- und Braunkohle basieren, fast 40 Prozent der deutschen Netto-Stromerzeugung ausmachen. Gleichzeitig hat die „Klimakanzlerin“ Merkel die klimapolitischen Vorgaben in Deutschland zunehmend verschärft.

Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden fossile Energiequellen künstlich verteuert und die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien massiv erhöht. Dies hat zur Folge, dass die Energiekosten in Deutschland unverhältnismäßig hoch sind. Insbesondere die hohen Steuern und Öko-Abgaben haben dazu geführt, dass die deutschen Verbraucher und Unternehmen die höchsten Strompreise der Welt zahlen müssen. Laut einer Studie des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomik (DICE) aus dem Jahr 2016 belaufen sich die Gesamtkosten der Energiewende allein für Strom auf über 520 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025.²¹ Im März 2021 warnte auch der Bundesrechnungshof vor dem finanziellen Druck, den die Energiewende auf Privathaushalte und Unternehmen ausüben kann.²²

Die deutsche Politik hat die Energieversorgung ihrer Wirtschaft an Russland delegiert und damit eine totale Abhängigkeit geschaffen. Allen war klar, dass die viertgrößte Wirtschaft der Welt sich nicht nur auf Wind und Sonne als Energiequellen verlassen kann.

Um den Übergang zu Deutschlands utopischem Ziel der Klimaneutralität zu unterstützen, hat die deutsche Politik beschlossen, auf russisches Gas als erschwingliche Energiequelle zu setzen. Jahrelang hat billiges, aus Russland bezogenes Erdgas dazu beigetragen, die Energiesicherheit des Landes zu gewährleisten und gleichzeitig den Verlust der Kernenergie auszugleichen.

Als 2018 der damalige amerikanische Präsident Donald Trump in der Generalversammlung der Vereinten Nationen auf die möglichen Risiken der Abhängigkeit Deutschlands von russischer Energie hinwies, wurde er von der deutschen Delegation, angeführt vom damaligen SPD-Außenminister Heiko Maas, nicht ernst genommen. Trumps Aussage wurde höhnisch belächelt und als unbegründet abgetan.²³

Jedoch hatte Trump Recht in seiner Einschätzung der Situation. Die deutsche Politik hat einen fatalen Pakt geschlossen, indem sie sich auf billiges russisches Erdgas als Energiequelle verlassen hat, ohne einen Plan B im Falle einer Unterbrechung der Lieferungen in der Schublade zu haben. Auf einen plötzlichen Gasstopp hat Deutschland keine Antwort und ist nun vollständig abhängig von den politischen Entscheidungen Russlands und dessen Präsident Wladimir Putin.

Deutschlands verfehlte Energiepolitik wird mit Recht von der amerikanischen Zeitung „The Wall Street Journal“ als „die dümmste Energiepolitik der Welt“ bezeichnet.²⁴

Laut Hans-Werner Sinn hat spätestens Wladimir Putin gezeigt, dass die Energiewende nur noch ein Scherbenhaufen ist: „Es wäre sicher nicht richtig gewesen, gänzlich auf die russische Energie zu verzichten – aber es war auch nicht richtig, sich derart abhängig zu machen. Unsere Energiequellen sind zu wenig diversifiziert. Das gilt insbesondere auch bezüglich der Entscheidung, im Jahr 2011 nach der Havarie von Fukushima aus einer augenblicklichen öffentlichen Stimmung heraus die Atomkraftwerke abzuschalten. Das war leichtfertig und falsch. (...) Der Flatterstrom aus Wind und Sonnenenergie, auf den sie setzten, braucht als Komplement zwingend den Strom aus Gaskraftwerken, um während der vielen Dunkelflauten die Stromversorgung zu sichern“.²⁵

Im September 2022 versicherte SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz den Deutschen in einer Video-Botschaft: „Wir kommen da durch. Wir haben uns (...) vorbereitet. Wir werden uns als Land unterhaken, weil wir ein solidarisches Land sind“.²⁶ „Unterhaken“ ist die SPD-Version von Merkels „Wir schaffen das“!

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) ist der Auffassung, dass Deutschland wegen der hohen Energiepreise in eine Rezession abgleitet. 2023 werde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) voraussichtlich um 0,7 Prozent zurückgehen. „Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtssog. (...) Mit den hohen Importpreisen für Energie rollt eine konjunkturelle Lawine auf Deutschland zu. Die teuren Energieimporte bedeuten, dass Deutschland nun einen weitaus größeren Teil seines erwirtschafteten Einkommens ins Ausland überweisen muss als bislang. Deutschland wird dadurch insgesamt ärmer“, kommentierte Stefan Kooths, Vizepräsident und Konjunkturchef des IfW Kiel.²⁷



*„Ich befürchte
eine allmähliche
Deindustrialisierung
der deutschen
Wirtschaft“.*

Ralf Stoffels, Geschäftsführer der BIW Isolierstoff GmbH

Ex·o·dus

Die steigenden Energiepreise belasten deutsche Unternehmen zunehmend und machen den Standort Deutschland für energieintensive Industrien immer unattraktiver. Dies führt zu sinkenden Investitionen und einem Rückgang des Kapitalstocks. Dieser negative Prozess wirkt bereits seit Jahren und hat sich besonders in Branchen wie Chemie, Metallerzeugung und -verarbeitung, Glas, Keramik und Papier bemerkbar gemacht, wo das Bruttoanlagevermögen im Zeitraum von 2010-2020 um 8,7 Prozent oder 28,2 Milliarden Euro gefallen ist und im Vergleich zu 2000 sogar 18 Prozent oder 65 Milliarden Euro verloren gegangen sind.

2020 merkte Hubertus Bardt an: „Für die weitere Entwicklung lässt diese Zwischenbilanz nicht viel Gutes erwarten. Bei insgesamt stark fallenden Investitionen ist mit einem deutlichen Rückgang des Kapitalstocks energieintensiver Industrien zu rechnen. Gerade diese stehen angesichts der strikter werdenden klimapolitischen Vorgaben inmitten eines sich beschleunigenden Transformationsprozesses. Strengere europäische Vorgaben können zu höheren CO₂-Preisen führen und den Abstand zu den anderen Industrieländern vergrößern (...).“²⁸

Im Juli 2022 hat der deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) alarmiert auf eine eigene Umfrage hingewiesen, die zeigte, dass 16 Prozent der Industriebetriebe gezwungen sind, auf die stark gestiegenen Energiepreise durch eine Reduzierung oder Einschränkung ihrer Produktion zu reagieren. „Das sind alarmierende Zahlen. Sie zeigen, wie stark dauerhaft hohe Energiepreise eine Belastung unseres Standortes sind. Vielen Unternehmen bleibt nichts anderes

übrig, als zu schließen oder die Produktion an andere Standorte zu verlagern“, sagt DIHK-Präsident Peter Adrian.²⁹

Die energieintensive Wirtschaft in Deutschland ist besonders stark von den steigenden Energiepreisen betroffen. Der Abbauprozess trifft fast jeden dritten energieintensiven Betrieb. Fast zwei Drittel der Industriebetriebe (63 Prozent) sehen in den hohen Stromkosten und Gaspreisen eine Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland.³⁰

„Die Preise stellen für viele energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, eine große Belastung dar“, sagte Evonik-Sprecher Matthias Ruch.³¹ Dementsprechend nimmt das Risiko für soziale Spannungen und Unruhen zu.

„Sollte die Industrie aufgrund der Energieknappheit zu verkürzten Arbeitswochen und Lohnkürzungen gezwungen sein, dann werde ich nervös. Die Zutaten für soziale Spannungen sind vorhanden und das Risiko dafür wird unterschätzt“, sagte Martin Devenish von S-RM Intelligence & Risk Consulting.

Die steigenden Energiepreise haben direkte Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Deutschland, da Unternehmen gezwungen sein werden, Entlassungen vorzunehmen. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) erwartet man bis Ende 2023 ein Verlust von 330.000 Arbeitsplätzen. Diese Entwicklung hat nicht nur negative Auswirkungen auf die betroffenen Arbeitnehmer, sondern kann auch langfristige negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und die mittleren Einkommensschichten haben.³²

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Industriestandort gerät ins Schwanken. Dies zeigt sich beispielsweise in einem Anstieg des Volumens der Chemieimporte und einem Rückgang der Chemieproduktion. Es besteht die Gefahr, dass ein Exodus der deutschen Industrie stattfindet und große Unternehmen ihren Standort verlegen werden.

Dazu sagte Ralf Stoffels, Geschäftsführer der BIW Isolierstoff GmbH, die Silikonteile für die Automobil-, Luft- und Raumfahrt- und Haushaltsgeräteindustrie produzieren „Ich befürchte eine allmähliche Deindustrialisierung der deutschen Wirtschaft“.³³

Eine Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) aus dem September 2022, an der knapp 600 Unternehmen teilgenommen haben, zeigt, dass 90 Prozent der befragten Unternehmen in den rasch steigenden Energiepreisen eine starke oder existenzielle Bedrohung für ihre Geschäfte sieht.

Im Februar 2022 standen „nur“ 23 Prozent der Unternehmen vor existenziellen Herausforderungen, dieser Wert hatte sich bei den befragten Unternehmen auf 34 Prozent erhöht. Ein Fünftel der deutschen Industriebetriebe erwägt eine teilweise oder vollständige Abwanderung ins Ausland und 8 Prozent der Unternehmen verlagern bereits Unternehmensteile und Arbeitsplätze dorthin. Weitere 12 Prozent wollen zwar keine Unternehmensteile auslagern, jedoch nicht mehr in Deutschland, sondern nur noch im Ausland investieren.³⁴

Einige US-Bundesstaaten bieten nun attraktive Angebote für deutsche Firmen, indem sie billigere Energiepreise anbieten. Erdgas ist in den USA etwa ein Zehntel so teuer wie derzeit in Deutschland und der Strompreis ist etwas mehr als ein Viertel niedriger. Wenn es tatsächlich zu einer Abwanderungswelle deutscher Unternehmen kommt, würde dies negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und die zukünftigen Steuereinnahmen haben.³⁵

Die Deutsche Bank äußert sich besorgt über die Aussichten des deutschen Industriestandorts. Ökonom Eric Heymann sagte dazu: „Wenn wir in etwa zehn Jahren auf die aktuelle Energiekrise zurückblicken werden, könnten wir diese Zeit als Ausgangspunkt für eine beschleunigte Deindustrialisierung in Deutschland betrachten.“ Die Gaskrise könne der „strukturelle Gamechanger für den Industriestandort Deutschland sein – und für das deutsche exportorientierte Geschäftsmodell“.³⁶

*Wenn wir in etwa
zehn Jahren auf die
aktuelle Energiekrise
zurückblicken werden,
könnten wir diese
Zeit als Ausgangspunkt
für eine beschleunigte
Deindustrialisierung in
Deutschland betrachten.*

Ökonom Eric Heymann



Die Kälte kommt

Die steigenden Energiepreise treffen nicht nur Unternehmen, sondern auch immer mehr Bürger. Millionen deutsche Haushalte befinden sich in einer finanziellen Schieflage wegen der extrem gestiegenen Kosten für Energie. Der hohe Energiepreis führt auch zu höheren Preisen für viele Produkte, da die Kosten an die Verbraucher weitergereicht werden. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft prognostiziert, dass die Kaufkraft in privaten Haushalten im Jahr 2023 um 4,1 Prozent zurückgehen wird – ein so starker Rückgang wie noch nie in der Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands.

Die steigenden Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot, Milchprodukte, Obst und Gemüse treffen vor allem Haushalte mit geringem Einkommen besonders hart, da sie einen überproportional großen Anteil ihrer Ausgaben ausmachen. Immer mehr Menschen, die von Armut betroffen sind, müssen sich deshalb an die Tafeln wenden, um ihren Bedarf an Grundnahrungsmitteln zu decken. Doch aufgrund der ständig steigenden Nachfrage und der begrenzten Mittel und Ressourcen, sind die Tafeln mittlerweile gezwungen, ihre Hilfe einzuschränken oder sogar abzulehnen.

Im Mai 2022 warnte der Vorsitzende des Bundesverbandes Tafel Deutschland, Jochen Brühl, dass die Freiwilligen völlig überfordert sind und dass einige Tafeln gezwungen sind, einen Aufnahmestopp einzuführen. Sylvia Willershausen, Vorstand der Tafel Oberhausen sagte ganz unverblümt: „Unsere Mitarbeiter gehen langsam am Stock“.³⁷

2020 nutzten rund 1,1 Millionen Menschen die Tafeln, inzwischen sollen es zwei Millionen sein. Aus einer Umfrage im Juli 2022 ergab sich, dass die Zahl der Kunden seit Jahresbeginn um etwa die Hälfte gestiegen sei. Zu den neuen Kunden zählten nicht nur Flüchtlinge aus der Ukraine, sondern auch viele Arbeitslose, Geringverdiener und Rentner.³⁸

Der Krieg in der Ukraine hat natürlich einen Einfluss auf die steigenden Energiepreise, jedoch war eine Preissteigerung auch vor dem Krieg bereits zu verzeichnen. Nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft war der durchschnittliche Strompreis im Januar 2022 fast 13 Prozent höher als im Jahr zuvor. Die Preise für Erdgas erreichten im Dezember 2021 einen Rekord. Diese Preisanstiege führten dazu, dass einige Energieversorger wie z.B. Stromio und Enyway Insolvenz anmelden mussten und 39 Energieversorger ihr Geschäft aufgeben mussten. Dies hat zu einer Kündigungswelle und zu einem Verlust von Strom- und Gastarifen für zehntausende Kunden geführt.³⁹

Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes müssen die Bürger in Deutschland bereits seit Jahren hohe Preise für ihre Energie bezahlen. Seit ihrer Einführung hat die Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fast durchgängig zugenommen und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Deutschen bereits vor Beginn des Krieges die höchsten Strompreise weltweit bezahlen.

Der durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte hat sich seit der Einführung der EEG-Umlage fast verdreifacht und betrug im Jahr 2020 31,89 Cent pro kWh. Dieser Durchschnittspreis ist somit beinahe 50% höher als der EU-Durchschnitt von 21,5 Cent pro kWh.⁴⁰

Im November 2021, kurz vor dem Ausbruch des Krieges, weist der wissenschaftliche Dienst des Bundestages darauf hin, dass sich der gehandelte Strompreis im Vergleich zum Jahresbeginn nahezu verdreifacht hatte. „Der dynamische Anstieg setzt jedoch nur den Trend fort, dass Energiepreise zum Beispiel für Haushalte seit den letzten 20 Jahren massiv gestiegen sind. Der jüngste sprunghafte Anstieg setzt Endverbraucher und Unternehmen, vor allem in den energieintensiven Branchen, unter Druck.“⁴¹

G A M M E
O V E R

Rede Guido Reil, Straßburg, Plenarsitzung des EU-Parlaments, 17. Oktober 2022

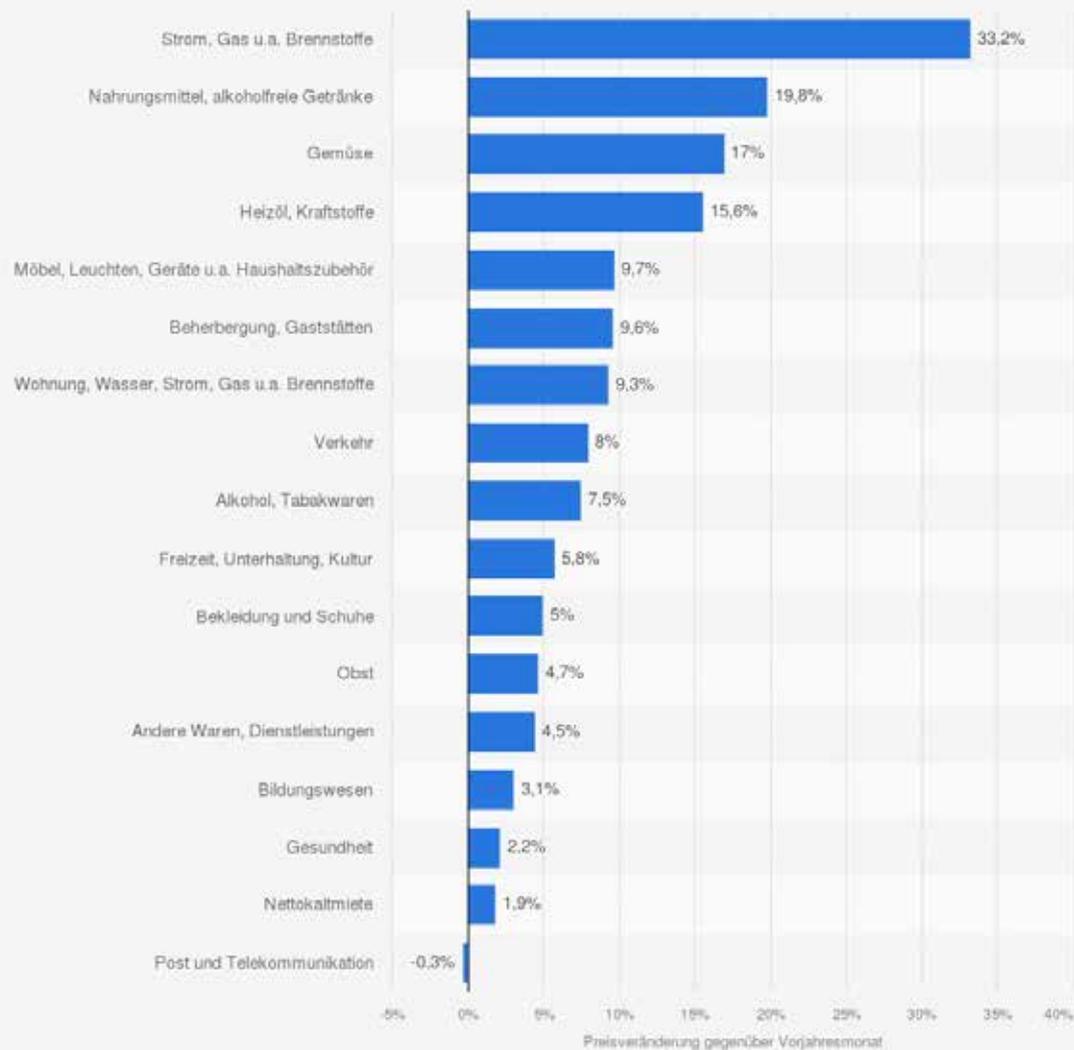
”

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Heute ist der internationale Tag zur Bekämpfung der Armut. Für mich ein sehr wichtiger Tag, denn ich war als Kind selber arm. Und meine Heimat, das Ruhrgebiet, ist das Armenhaus Deutschlands. Jeder fünfte ist dort arm, und 40 % der Kinder beziehen Hartz IV. Und Herr Kommissar Schmit. Sie haben viele Probleme richtig angesprochen. Immer mehr Erwerbstätige sind arm, immer mehr Rentner. Immer mehr Menschen können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten. Sie können es sich nicht leisten zu heizen, und sie haben kein Geld für den Strom. Selbst bei den Lebensmitteln wird es knapp. Die Tafeln in Deutschland wurden im Jahr 2020 von 1,1 Millionen Menschen besucht, und jetzt sind es zwei Millionen Menschen. Zwei Millionen Menschen, die in diesem vermeintlich reichen Land Deutschland auf die Tafel angewiesen sind! Sie haben aber jetzt Ursachen genannt Sie haben die Corona-Krise als Ursache benannt, und das halte ich für falsch. Es war nicht das Virus, das die Menschen in die Armut getrieben hat, sondern die Entscheidungen der Politik, die völlig überzogenen Maßnahmen. Und Sie haben den Ukraine-Krieg als Ursache benannt. Aber ist es der Krieg? Nein, es sind die Sanktionen, die die Menschen gerade in die Armut treiben - die Menschen in Europa in die Armut treiben. Und es hilft den Ukrainern nichts, wenn die Menschen in Europa arm sind. Es schadet den Russen nichts - sie verdienen sich nämlich dumm und dämlich. Wer die Armut bekämpfen will, der muss an die Wurzeln gehen. Und die Wurzeln sind die Nullzinspolitik der EZB, die ungebremste Masseneinwanderung und der Green Deal - die Klima-Gesetzgebung. Das sind die Punkte, die Europa in die Armut treiben.“



Preissteigerung für ausgewählte Waren und Dienstleistungen im Dezember 2022
(gegenüber Vorjahresmonat)



Quelle:
Statistisches Bundesamt
© Statista 2023

Weitere Informationen:
Deutschland

statista



*Die Energiewende
ist nicht teurer als
eine Kugel Eis.*

Umweltminister Jürgen Trittin im Jahr 2004

Eine Studie des RWI Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2018 hat gezeigt, dass die Energiewende insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen belastet. „Die von uns betrachteten Typen von einkommensschwachen Haushalten haben im Jahr 2016 allesamt mehr für Strom ausgegeben als zur Deckung ihres Energiebedarfs zum Heizen und zur Warmwassererzeugung. Damit stellt sich immer drängender die Frage nach Maßnahmen zur Abschwächung von weiteren Strompreisanstiegen und zur sozialen Abfederung ihrer regressiven Wirkungen“, sagt Dr. Manuel Frondel, Autor der Studie.⁴²

Das Öko-Institut wies 2018 ebenfalls darauf hin, dass „die einkommensschwächsten Haushalte einen deutlich größeren Anteil ihres Einkommens für die EEG-Umlage ausgeben als die einkommensstärksten“.⁴³

Obwohl im Juli 2022 die EEG-Umlage abgeschafft wurde, müssen Verbraucher seit dem Start des deutschen Emissionshandels im Januar 2021 höhere Preise für die Hauptbrennstoffe Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas bezahlen. Dies ist auf den CO₂-Preis zurückzuführen, der durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEGH) festgelegt wurde. Dies hatte zur Folge, dass der Heizölpreis Anfang 2021 um ca. 8 Cent pro Liter anstieg und sich Anfang 2022 noch einmal um knapp 1,6 Cent pro Liter verteuerte.

Doch das war noch nicht alles: Ab 2023 wird der CO₂-Preis auch auf die Kohleverbrennung angewendet. Ab 2024 gilt dies auch für die Müllverbrennung und somit für alle fossilen Brennstoffe.⁴⁴

Bereits im Jahr 2020 kam es zu einer alarmierenden Zunahme von Zahlungsverzügen bei Energiekosten. Laut Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wurden 4,2 Millionen Mal Stromsperrungen angedroht und in 230.000 Fällen wurde tatsächlich die Stromversorgung eingestellt. Auch bei der Gasversorgung gab es in 24.000 Fällen Sperrungen.

Die von Politikern hochgejubelte Energiewende – die angeblich nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat kosten sollte⁴⁵ – zeigt nun ihre finstere Schattenseite. Seit Beginn des Ukraine-Krieges fallen diese Schatten auf immer mehr Menschen in der EU.

Die hohen Kosten für Energie stellen eine erhebliche Belastung für private Haushalte dar. Im Durchschnitt müssen sie mit einem Verlust von 3,4 Prozent ihres Einkommens im Jahr 2022 rechnen. Insbesondere ärmere Haushalte werden im Verhältnis zum Nettoeinkommen deutlich stärker belastet als finanziell besser aufgestellte Haushalte.

Wenn man die Belastungen durch die hohen Energiepreise und die Entlastungspakete zusammenfasst, ergibt sich für das gesamte Jahr 2022 im Durchschnitt aller Haushalte eine per Saldo Belastung in Höhe von 2,1 Prozent. Diese Belastungen sind regressiv verteilt und betreffen insbesondere die unteren Einkommensgruppen. So werden diese im Durchschnitt mit rund 3 Prozent belastet, während es in den oberen Einkommensgruppen deutlich unter 2 Prozent sind, im obersten Einkommensbereich sogar nur 1,3 Prozent.⁴⁶



Die Gefahr der Energiearmut nimmt stetig zu. Mehr als 20 Millionen Menschen in Deutschland sind von Energiearmut bedroht, wobei jeder vierte Haushalt mehr als 10% seines Einkommens für Energie ausgibt. Durch die Steigerung der Energiepreise, insbesondere zum Jahresende 2021 durch die Einführung der CO₂-Bepreisung für Erdgas und Erdöl, ist die Zahl der Betroffenen im Jahr 2021 auf 14,5 Prozent gestiegen. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich das Problem weiter verschärft, sodass der Anteil der von Energiearmut bedrohten Menschen im Mai 2022 auf 25,2 Prozent anstieg.

Wie bereits erwähnt werden die hohen Energiepreise nicht nur Haushalte mit geringerem Einkommen stark belasten, sondern auch die Mittelschicht. Der Anteil der von Energiearmut betroffenen Haushalte in dieser Schicht hat sich von 2021 zu 2022 verdoppelt und liegt nun bei rund 41 Prozent.⁴⁷

Es ist nicht überraschend, dass die Akzeptanz von Klimamaßnahmen wie der CO₂-Bepreisung bei Menschen in Energiearmut auf wenig Verständnis trifft.

Energiemehrkosten belasten geringe Einkommen stark

Durchschnittlicher Anteil des Einkommens privater Haushalte, der für Energie verwendet wird (in %)



■ März 2022 ● Differenz ggü. Jan. 2020



Basis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts (60.000 Haushalte)

Quelle: RWTH Aachen | Prof. Dr. Aaron Praktiknjo und Jan Priesmann, M.Sc.

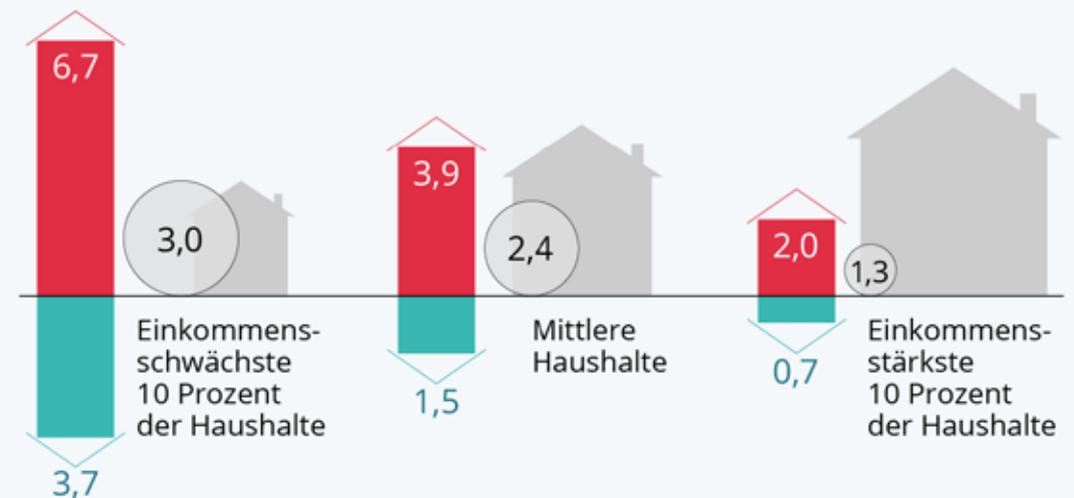


statista

Ärmere Haushalte leiden stärker unter hohen Energiekosten

Be- und Entlastung privater Haushalte durch Energiekosten (in % des Haushaltsnettoeinkommens)

■ Belastung durch Kostensteigerung bei Strom, Heiz- und Kraftstoffen
 ■ Staatliche Entlastungspakete ● Saldo aus Be- und Entlastung



Stand: Mitte April 2022

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung



statista



Energetische Gebäudesanierung: abgezockt und enteignet

Damit die EU ihre klima-totalitaristischen Ziele erreichen kann, wird energetische Sanierung zur Pflicht. Die Wärmedämmung von Gebäuden soll dazu beitragen, den Energiebedarf für die Beheizung unserer Wohnungen zu reduzieren. Obwohl in Deutschland von 2010 bis 2018 insgesamt 496 Milliarden Euro, also eine halbe Billionen Euro, in die energetische Gebäudesanierung flossen, hat dies kaum Auswirkungen gezeigt.⁴⁸

Der „Wärmemonitor 2019“, eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Essener Energie-Dienstleisters Ista, stellte fest, dass der Heizenergiebedarf pro Quadratmeter beheizter Wohnfläche in Wohngebäuden im Jahr 2019 ungefähr auf demselben Niveau lag wie im Jahr 2010.⁴⁹

„In den letzten 10 Jahren ist also nicht viel passiert“, konstatiert DIW-Mitarbeiter Jan Stede. Thomas Zinnöcker, CEO des Energiedienstleisters Ista, sagte dazu: „Die nüchterne Bilanz von zehn Jahren Gebäudesanierung zeigt: Energetische Gebäudesanierung führt nicht automatisch zu weniger CO₂“.⁵⁰

Trotz des mangelnden Erfolgs der bisherigen Maßnahmen setzt man in Deutschland weiterhin auf dieselbe Politik in Bezug auf die energetische Sanierung von Gebäuden und den Ausbau erneuerbarer Energien. Das Ziel, bis 2045 klimaneutrale Gebäude in Deutschland zu haben, wird weiterhin verfolgt, auch wenn dies bedeutet, dass Milliarden Euro unter dem Stempel „Klimaschutz“ weiterhin wirkungslos ausgegeben werden. Die Kosten dieser verfehlten Politik tragen die Mieter und die Hausbesitzer.

Das Wuppertal Institut für Klima, Energie und Umwelt fordert sogar staatlichen Zwang für die energetische Gebäudesanierung jedes

einzelnen Gebäudes in Deutschland. Es argumentiert, dass der Staat die Bürger dazu zwingen sollte, ihr Verhalten in Bezug auf Energieeffizienz zu ändern: „Um die Sanierungs- und Wärmeversorgungsmaßnahmen anzustoßen und zu leiten, sollten gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne und Energieberatungen verpflichtend werden. (...) Mit Blick auf den kurzen Umsetzungszeitraum sollten auch weitergehende Maßnahmen und eine andere Rollenverteilung ergebnisoffen geprüft werden, wie beispielsweise die vollständige Übernahme der Verantwortung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen durch den Staat (Koordinierung: Bund und Länder, Umsetzung: Kommunen) bzw. durch von diesem legitimierten Stellen. Auf Basis der gebäudeindividuellen Sanierungsfahrpläne würden diese Stellen mit dem entsprechenden Vorlauf und in Absprache mit dem Gebäudebesitzer bzw. der Gebäudebesitzerin Planung, Vorfinanzierung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen übernehmen und so sicherstellen, dass eine vollständige Sanierung des Gebäudebestandes möglich ist“.⁵¹

Die Forderungen des Wuppertal-Instituts zeigen auf, wie stark sich die Ideen des Öko-Totalitarismus in den Köpfen manifestiert haben. Das Institut sprach sich für eine Vorfinanzierung von staatlich verordneten Gebäudesanierungen durch eine Zwangshypothek aus, was zu verheerenden Folgen führen würde. Dieser Vorschlag verstößt gegen elementare Prinzipien des Rechtsstaates und ist aus sozialpolitischer Sicht pervers. Gerade in Zeiten der Energiekrise haben immer mehr Menschen Schwierigkeiten, ihre Finanzen zu stabilisieren. Durch die Vorschläge des Wuppertal Institutes könnten viele Menschen ihr Haus verlieren, da sie die erzwungenen Kredite nicht zurückzahlen können.⁵²

Die immer radikaleren Forderungen nach Klimaschutz führen dazu, dass die Politik immer stärker in die Wahlfreiheiten und Grundrechte der Bürger eingreift, wie beispielsweise das Eigentumsrecht.

Die gemeinnützige Bauforschungseinrichtung Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen (ARGE) hat errechnet, welche Kosten für ein klimaneutrales Wohnen auf die Bürger zukommen würden. Ihre Schlussfolgerung ist, dass alles sehr teuer wird und die immer strengeren Sanierungen für viele Mieter unbezahlbar werden.

Allein das Sanieren von 1,8 Prozent der bestehenden Wohngebäude pro Jahr bis 2045 auf einen Energieeffizienzhausstandard 115 würde Investitionskosten von 2,6 bis 3,6 Billionen Euro erfordern. Sollten alle Gebäude auf einen Energieeffizienzstandard 55 gebracht werden, kämen Kosten von bis zu 5,1 Billionen Euro zusammen.

Die jährlichen Fördergelder, die der Bund und die Länder zur Erreichung dieser Ziele aufbringen müssten, belaufen sich auf rund 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Die steigenden Kosten für Sanierungen können für viele Mieter zu einer Überbelastung führen. Die Kosten für Härtefälle bei der Miete könnten bis zu 8,1 Milliarden Euro pro Jahr betragen, bei höheren Energiestandards sogar bis zu 14 Milliarden Euro. Laut der Studie der ARGE ist eine Kaltmiete unter 13,50 Euro pro Quadratmeter bei Neubau nicht mehr möglich.

Eine warmmietenneutrale Modernisierung ist laut den Forschern kaum möglich. Höhere Energiestandards können Mieter bis zu 429 Euro mehr pro Jahr kosten.⁵³

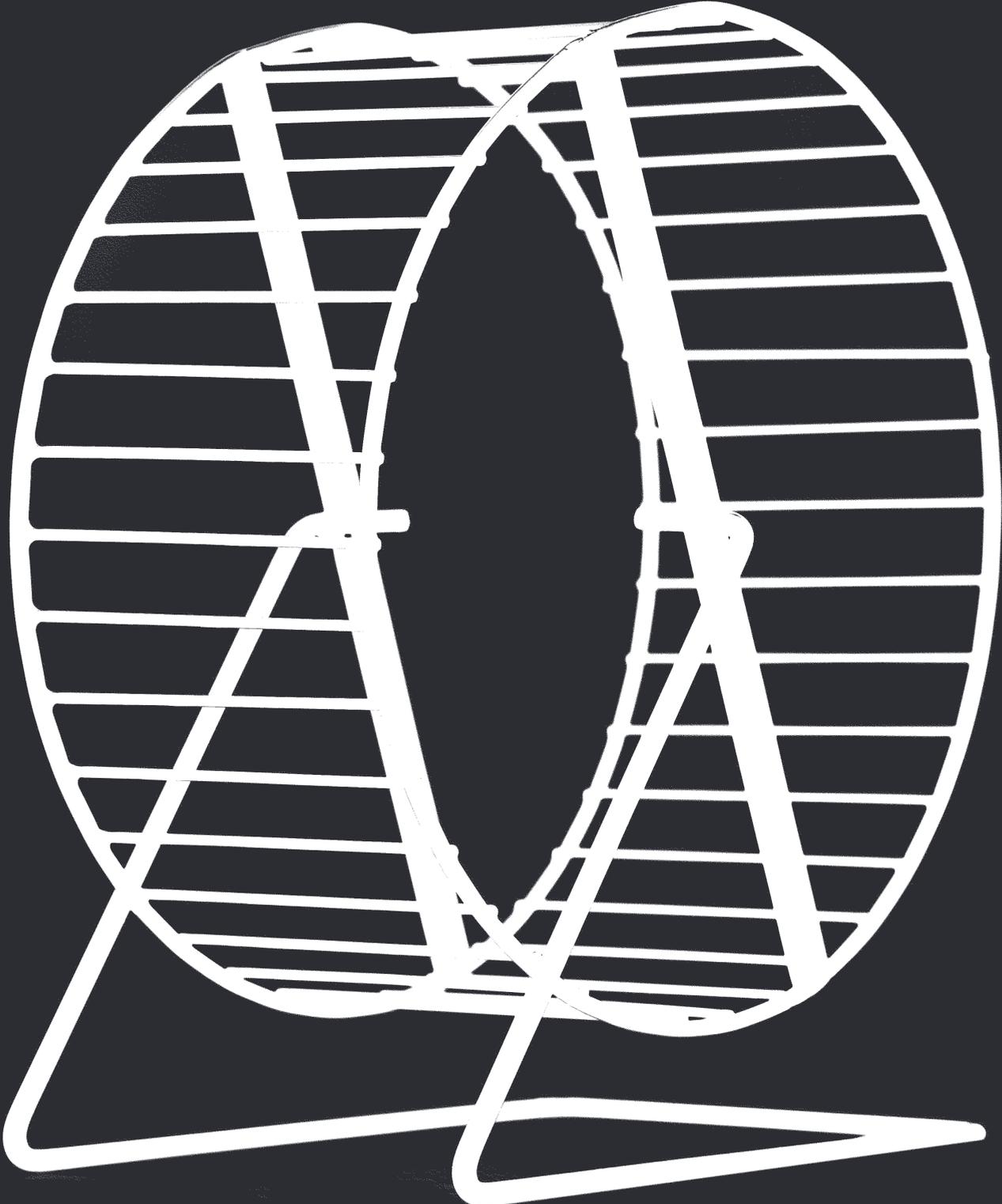
Die unbequeme Wahrheit ist, dass energetische Gebäudesanierungen zu teilweise erheblichen Mietsteigerungen führen, sodass einkommensschwache Mieter verdrängt werden. Dieses Phänomen ist so verbreitet, dass es einen Fachbegriff dafür gibt: Energiebedingte Gentrifizierung.⁵⁴

Statt das Leben für Geringverdienende immer unerschwinglicher zu gestalten, sollten die politischen Entscheidungsträger sich mit den tatsächlichen Herausforderungen auseinandersetzen und Lösungen finden, die diese Personengruppe entlasten, anstatt sie zusätzlich zu belasten.

Die ARGE betont, dass Deutschland und der deutsche Wohnungsmarkt nicht auf die alternde Gesellschaft vorbereitet sind. Derzeit gibt es bereits 3,1 Millionen Seniorenhaushalte, in denen mindestens eine Person mit Mobilitätseinschränkungen lebt, aber nur eine Million barrierefreie Wohnungen.

Diese Situation wird sich in absehbarer Zeit verschärfen. In 18 Jahren wird es 15,6 Millionen Seniorenhaushalte geben und fast jeder vierte wird mobilitätseingeschränkt sein. Der Bedarf an barrierefreien Wohnungen wird bis 2040 bei 3,2 Millionen Wohnungen liegen, die Versorgungslücke bei mindestens 2,1 Millionen Wohnungen. Um dem demografischen Wandel gerecht zu werden, müsste man jedes Jahr 170.000 Wohnungen altersgerecht machen, was Kosten von 5 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr verursachen würde.

**Gefangen im
Hamsterrad**



Heute strebt kein einziges Land und keine einzige Region in der Welt danach, dem europäischen ökosozialistischen Sonderweg zu folgen. Doch daran stört sich die EU-Elite nicht und ihr ist auch nicht bewusst, dass sie mit ihrer Politik die EU-Länder in einen wirtschaftlichen und sozialen Alptraum führt.

Der EU-Kommissar für Klimaschutz, Frans Timmermans, sagte, dass es ohne Greta Thunberg und die „Fridays for Future“-Bewegung keinen Green Deal geben würde.⁵⁵

Der amerikanisch-kanadische Ingenieur und Venture-Investor Chamath Palihapitya hingegen hält es für problematisch, dass Europa seine Energiepolitik von einem sechzehnjährigen Mädchen ohne fundierte Kenntnisse in Wissenschaft, Mathematik und Ökonomie leiten lässt. Er befürchtet, dass die Bürger und Unternehmen in der EU nun den Preis dafür zahlen müssen.⁵⁶

Eric Heymann, von der Deutschen Bank fordert eine offene und ehrliche Debatte über den Green Deal, in der alle Fragen, auch unbequeme, gestellt werden dürfen und müssen. Er hält es für unrealistisch, Klimaneutralität als Wachstumsstrategie zu verkaufen. Aufgrund des Bevölkerungswachstums und des Strebens nach materiellem Wohlstand wird der Energieverbrauch der Erde weiter steigen und fossile Energien bleiben dabei die wichtigste Säule.

Heymann warnt davor, dass private Haushalte und Unternehmen in Europa zu den Verlierern der Klimapolitik gehören und es zu spürbaren Wohlstands- und Arbeitsplatzverlusten kommen kann.⁵⁷

„Zu einer ehrlichen Debatte zählt, dass jeder Euro, der für Klimaschutz ausgegeben wird, nicht für Bildung, Forschung, das öffentliche Gesundheitssystem, digitale Infrastruktur, innere und äußere Sicherheit, Steuersenkungen oder höhere Renten eingesetzt werden kann“.

Es ist von großer Wichtigkeit, dass in Deutschland und in der EU über den Green Deal und die Energiewende diskutiert wird. Der Ukraine-Krieg hat uns aufgezeigt, dass wir uns in Deutschland und in der EU von einer planwirtschaftlichen Herangehensweise bei der Energieversorgung verabschieden müssen. Jetzt ist es an der Zeit, den Fokus auf günstige Energie, Energieunabhängigkeit und die Sicherstellung einer stabilen Energieversorgung zu legen.

Die EU-Elite hält an ihrer verfehlten Klimapolitik fest, die vorsieht, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen rasch zu reduzieren, vollständig auf erneuerbare Energie umzustellen und das „Fit for 55“-Paket schnell umzusetzen. Diese Maßnahmen werden von der Kommission irrsinnigerweise als die einzige Lösung in Betracht gezogen, um die Energiekrise zu bekämpfen.⁵⁸

Um die schädlichen sozialen Auswirkungen des Green Deal abzumildern, schlagen die Architekten der grünen Planwirtschaft eine Verstärkung der Umverteilungsmaßnahmen und Interventionismus vor. Dies war die Antwort der Kommission auf eine Anfrage von mir bezüglich der Folgenabschätzungen des Green Deal und des „Fit for 55“-Pakets.



Parlamentarische Anfrage und Antwort der Kommission

Der Europäische Gewerkschaftsbund warnt vor einer wachsenden Energiearmut als Folge des Pakets „Fit für 55“. Er befürchtet, dass 50 Millionen Haushalte in Energiearmut stürzen.

**Welche
Folgenabschätzungen
bezüglich Energiearmut
als Folge des Grünen
Deals und des
Pakets „Fit für 55“
hat die Kommission
durchgeführt?**

**„Fit für 55“
Energiearmut**

**Folge
„Fit für 55“**

Hier die Antwort:

„Zunächst hat die Kommission in ihrer Folgenabschätzung zum Klimazielplan die Auswirkungen auf die Energiekosten sorgfältig geprüft. Die Folgenabschätzungen zu den Vorschlägen zur Überarbeitung der Energieeffizienzrichtlinie, der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, der Energiebesteuerungsrichtlinie und der Richtlinie über gemeinsamen Vorschriften für die Binnenmärkte für erneuerbare Gase und Erdgas sowie Wasserstoff enthalten Erwägungen zur Energiearmut, die sich in den jeweiligen Legislativvorschlägen als spezifische Bestimmungen zur Bekämpfung der Energiearmut niedergeschlagen haben. Des Weiteren wurde in den Folgenabschätzungen zum Klimazielplan sowie zur Überarbeitung der Richtlinie über das Emissionshandelssystem (EHS) festgestellt, dass der Emissionshandel zu einem sozial gerechten Übergang beitragen kann,

da er Anreize für eine möglichst kosteneffiziente Emissionsminderung schafft und Einnahmen generiert, um Verteilungseffekten Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang hat die Kommission die Einrichtung eines speziellen Klima-Sozialfonds vorgeschlagen, mit dem Maßnahmen für von Energiearmut betroffene und andere schutzbedürftige Gruppen, z.B. Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, unterstützt werden sollen, um die grundlegenden Ursachen der Energiearmut zu bekämpfen. Insgesamt zeigen diese Legislativvorschläge und Folgenabschätzungen, dass die Maßnahmen des Pakets „Fit für 55“ der Kommission zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals sorgfältig konzipiert werden, um die Kosten der Bekämpfung des Klimawandels und der Anpassung an den Klimawandel gerecht zu verteilen und dafür zu sorgen, dass der grüne Wandel allen zugutekommt“.

Na super, die EU-Kommission hat also erkannt, dass ihre fehlgeleitete Politik Millionen von Menschen in die Energiearmut führen wird. Aus diesem Grund hat sie dann einen Klima-Sozialfonds ins Leben gerufen. Die EU neigt dazu, Probleme zu schaffen, wo zuvor keine existierten, um dann enorme Finanzmittel für Hilfspakete aufzuwenden, um diese zu beheben. Ein politischer Albtraum!

Die Behauptung, dass Mieter nach einer Sanierung entlastet werden, weil sie Energie sparen, ist umstritten. Laut einer Studie der ARGE ist es erforderlich, Investitionen zwischen 800 und 2500 Euro pro Quadratmeter zu tätigen, um im Wohnungsbau eine Tonne Treibhausgasemissionen einzusparen. Diese Kosten können nicht durch niedrigere Heizkosten ausgeglichen werden, auch beim Neubau sparen die Mieter demnach nicht.

Im Gegenteil: Die höheren Herstellungskosten können nicht durch die geringeren Betriebskosten ausgeglichen werden. Ein durchschnittlicher Haushalt mit 73 Quadratmetern Wohnfläche würde durch einen höheren Energiestandard mit teils deutlichen Mehrkosten belastet werden. Im Energieeffizienzhausstandard 70 wären die Mehrkosten noch moderat mit 35 Euro pro Jahr, beim Effizienzhaus 55 wären es bereits 175 Euro pro Jahr und im Effizienzhaus 40 sogar 429 Euro pro Jahr. Bei vielen Gebäuden würden sich die Kosten erst nach über 50 Jahren durch Einsparungen amortisieren, bei manchen erst nach 83 Jahren.⁵⁹

Kommisssion für Energiearmut

Umverteilung und Interventionismus

Zunächst heizt die EU durch ihre Klimapolitik das soziale Klima auf, danach führt sie ein neues Umverteilungsinstrument ein, um die negativen sozialen Folgen der eigenen verfehlten Politik abzumildern. Dabei ist es offenkundig, dass Deutschland den Hauptteil der Kosten tragen soll.

Der Vorschlag für einen Klima-Sozialfonds (KSF) ist Teil des „Fit für 55“-Pakets und soll „finanziell schwächere Bürger, Haushalte, Unternehmen und Verkehrsnutzer dabei unterstützen, die Klimawende zu vollziehen.“ Es werden zwei Beihilfen vorgesehen: Investitionen zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs und der Gebäude wie die Förderung der Elektromobilität und weiter direkte Einkommensbeihilfen.

Die Mitgliedstaaten müssen detaillierte Klima-Sozialpläne vorlegen, die von der Kommission geprüft und gebilligt werden, bevor sie ihre finanzielle Zuweisung aus dem KSF erhalten. Der KSF wird mit 65 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt und 25 Prozent Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten finanziert, insgesamt 86,6 Milliarden Euro.⁶⁰

Die EU hat versucht, die Folgen ihrer verfehlten Politik abzufedern, indem sie einen intransparenten und nicht demokratisch legitimierten Umverteilungsmechanismus einführt. Die Unterstützung für die Länderhaushalte wird direkt über den EU-Haushalt finanziert.

Erneut kompensiert sie die Probleme, die sie selbst geschaffen hat, mit Steuer-Milliarden. Nicht nur sprechen die Unterschiede in Löhnen und Kosten gegen den Fonds, sondern er ist

auch ein weiterer Eingriff in die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten, denn jeder Mitgliedstaat ist für die soziale Absicherung seiner eigenen Bürger verantwortlich.⁶¹

Die EU erkaufte sich die Unterstützung für den Klima-Sozialfonds, da die Mitgliedsstaaten mit geringerem Einkommen von den Maßnahmen des Fonds profitieren werden. Samuel Furfari, Professor für Geopolitik und Energie an der Freien Universität Brüssel und jahrelang Beamter bei der Europäischen Kommission schrieb dazu: „Es ist anzumerken, dass die ärmsten Länder - wie Bulgarien, Rumänien oder die baltischen Staaten - eine geringe Last tragen und gleichzeitig einen proportional großzügigen Anteil des ‚Sozialen Klimafonds‘ erhalten. Mit dieser Strategie wird ihr Schweigen erkaufte und es ist wahrscheinlich, dass es im Rat nicht genug Opposition geben wird, um sich dieser kostspieligen und unnötigen Strategie zu widersetzen.“⁶²

Hauptsächlich sollen das – mal wieder – die deutschen Steuerzahler zahlen. Großer politischer Widerstand wird aus Deutschland nicht zu erwarten sein, denn dessen neue Regierung zeigt ihre Hybris ganz offen und glaubt fest daran, dass sie das Weltklima im (europäischen) Alleingang retten kann.

Die Leidtragenden sind die deutschen Unternehmen und Steuerzahler, denn sie werden schon seit Jahrzehnten im Namen des Klimaschutzes auch von den vorangegangenen Regierungen abgezockt.

Öl-, Gas- und Energieunternehmen profitieren vom Krieg und erwirtschaften unerwartete Gewinne aus den explodierenden Energiepreisen. Gleichzeitig leiden immer mehr Haushalte und Firmen unter den steigenden Preisen und haben Schwierigkeiten, ihre Energierechnungen zu bezahlen. Daher sieht die Kommission es als fair an, diese sogenannten „Windfall“-Profite mit einer Sondersteuer abzuschöpfen und das Geld umzuverteilen.⁶³ So gibt die Kommission vor, das Geld à la Robin Hood bei den Reichen wegzunehmen und es unter den Armen zu verteilen.

Im September 2022 hat die Kommission eine Verordnung vorgeschlagen, die sicherstellen soll, dass EU-Mitgliedstaaten übermäßige Gewinne von Energiekonzernen abschöpfen und diese an bedürftige Haushalte und Unternehmen weitergeben. Rund 140 Milliarden Euro sollen durch diese Maßnahme umverteilt werden. Zusätzlich will die Kommission eine Stromsparpflicht für die Mitgliedstaaten vorschreiben.

Es wird erwartet, dass Deutschland besonders viel Geld abschöpfen kann und dieses Geld dann mit den ärmeren Mitgliedstaaten wie Malta, Zypern oder Litauen teilt. Vizekommissionspräsident Frans Timmermans sagte: „Wenn einige Mitgliedsländer mehr profitieren als andere, sollten sie

sich solidarisch zeigen.“⁶⁴ Wenn die EU Solidarität fordert, signalisiert sie, dass Deutschland ein finanzielles Opfer bringen muss.



Am 30. September 2022 hat der Rat der Energieminister einer Verordnung für ein Energie-preisnotfallpaket zugestimmt. Es sieht vor, dass für die Stromerzeugung aus Technologien wie erneuerbaren Energien, Kernenergie und Braunkohle eine Erlösobergrenze von 180 Euro pro MWh festgelegt wird. Überschüssige Einnahmen sollen abgeschöpft und unter die Endkunden verteilt werden. Auch soll ein temporärer Solidaritätsbeitrag von mindestens 33 Prozent auf die Gewinne des Rohöl-, Kohle-, Erdgas- und Raffinerie-Sektors erhoben werden, der 20 Prozent über den durchschnittlichen Gewinnen der letzten vier Jahre liegt.

Rede Guido Reil, Straßburg, Plenarsitzung des EU-Parlaments, 7. Juni 2022

”

„Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über den Europäischen Klima-Sozialfonds. Das heißt, wir reden über die Folgen des Green Deal für die Menschen. Und hier wird deutlich: Der Green Deal ist nicht nur weder grün noch kein Deal; nein, noch viel mehr: Er ist asozial, er treibt die Menschen in die Armut, und er führt zu sozialem Unfrieden. Warum sage ich das? Langsam werden die finanziellen Belastungen für die Menschen deutlich. Langsam haben wir genaue Zahlen. Allein die Ausweitung des Emissionshandels auf die Bereiche Verkehr und Wohnen führt für die europäischen Haushalte zu einer Mehrbelastung von 1112 Mrd. EUR. Ich wiederhole: 1112 Mrd. EUR. Und um diese Belastung mit abzufedern, wird dieser Sozialfonds eingeführt. Der wird gespeist mit 144 Mrd. EUR, die sollen dann die Probleme lösen. Schlimm ist nur, dass dieses Geld auch wieder nicht die Ärmsten der Armen kriegen sollen - also nur ganz wenige Menschen, die sich wirklich die Heizkosten nicht leisten können -, nein, auch hier sollen wieder die Käufer von E-Autos gefördert und unterstützt werden. Das alles kann nicht wahr sein. Angesichts der Krise wissen wir doch: Wir brauchen eine sichere und bezahlbare Energie, und die kommt aus Kohle und der Atomkraft. Wir brauchen eine Renaissance von Kohle und Atomkraft, und der Green Deal gehört auf den Müll.“



Diese Mittel sollen dazu verwendet werden, Entlastungen für Bürger und Unternehmen zu finanzieren. Des Weiteren hat der Rat ein verpflichtendes Stromsparziel von fünf Prozent in Zeiten hoher Nachfrage genehmigt. Insgesamt sollten die Mitgliedstaaten ihren Stromverbrauch freiwillig um 10 Prozent reduzieren, ohne dass es eine feste Vorgabe dafür gibt.⁶⁵

Die Kommission greift durch die Einführung einer Übergewinnsteuer in die Steuerkompetenzen der Mitgliedstaaten ein. Diese Kompetenzen gehören zu den Kernbefugnissen der Mitgliedstaaten. Es ist unverständlich, warum dieselben Politiker, die vor kurzem Erzeuger von Sonnen- und Windenergie mit Subventionen überhäuft haben, plötzlich ihre Gewinne begrenzen wollen.

Das Bestreben, an den Gewinnen der Energiebranche teilzuhaben, steht im krassen Gegensatz zur Duldsamkeit gegenüber den Tech-Firmen, E-Commerce-Giganten, Impfstoff-Produzenten und Herstellern von Medizin-Geräten, die während der COVID-19-Pandemie Milliardengewinne erzielt haben.⁶⁶

Ashutosh Pandey kommentierte den Sachverhalt folgendermaßen: „Es ist (...) schwer zu verstehen, warum Regierungen weggeschaut haben, als Firmen wie Apple und Amazon oder sogar BioNTech/ Pfizer und andere Gesundheitsunternehmen von der COVID-19-Pandemie profitierten. Ähnlich wie die heutigen Energieunternehmen hatten diese Unternehmen während einer Krise Glück, als der Staat hohe Kosten tragen musste, um die Schwachen zu unterstützen.“⁶⁷

Die Energieunternehmen leisten bereits ihren Beitrag in Form von staatlich vorgegebenen Steuern und die Einführung einer zusätzlichen Übergewinnsteuer wäre ungerecht. Diese Unternehmen haben ihre Investitionsentscheidungen auf Basis des bestehenden Steuersystems getroffen und die Einführung einer neuen Steuer würde für Unsicherheit und negative Auswirkungen auf zukünftige Investitionsentscheidungen sorgen.

Der Beirat des Finanzministeriums in Deutschland hat eindeutig davor gewarnt, dass eine solche Steuer „willkürliche Belastungen und Verzerrungen in der Produktionsstruktur“ verursachen würde. Es ist daher wichtig, das bestehende Steuersystem zu respektieren und die Entscheidungen der Energieunternehmen nicht durch unvorhergesehene und ungerechtfertigte Steuererhöhungen zu beeinträchtigen. Mit einer Sonderbesteuerung von Krisengewinnen würde Deutschland sein „über Jahrzehnte aufgebautes, hohes Ansehen als Standort mit sicheren Eigentumsrechten und verlässlichen rechtlichen Strukturen gefährden“.⁶⁸ Das kann dazu führen, dass Unternehmen ihre Investitionen in Deutschland zurückziehen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes beeinträchtigt wird. Es wäre unklug, die langfristigen Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die Wirtschaft und die Gesellschaft zu ignorieren und sich stattdessen auf kurzfristige politische Erfolge zu konzentrieren.

Das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat vor den drohenden negativen Folgen für den heimischen Standort gewarnt und betont, dass Energieunternehmen die Steuer auf ihre Kunden abwälzen könnten, was die Preise für die Verbraucher erhöhen und die Wirtschaft beeinträchtigen würde.⁶⁹

Eine neue Umverteilung wird die Energiefrage in Europa nicht lösen, solange die tiefen Ursachen der Energiekrise nicht aufgegriffen werden. Der Emissionshandel und der Green Deal sind das fundamentale Problem. Die Kommission und die EU verweigern sich, die tiefen Ursachen der Energiekrise zu benennen und die zugrundeliegenden Probleme zu lösen.

So betont Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki mit Recht, wie wichtig es ist, in den Emissionshandel einzugreifen, ein System, das zu extrem hohen Energiepreisen und zu Verarmung und Energiearmut geführt hat.⁷⁰ Statt eine Steuer einzuführen, müssen die Preise gesenkt werden. Wir brauchen billige Energie und Versorgungssicherheit.

Auch Zuhail Demir, Flanderns Energieminister, ist dieser Meinung. Demir weist darauf hin, dass der CO2-Preis 8 bis 13 Prozent der Energierechnung ausmacht. Demir spricht sich dafür aus, zusätzliche Emissionsrechte freizugeben, um den CO2-Preis zu senken.⁷¹

Die Kommission und die EU weigern sich jedoch. Sie wiederholen gebetsmühlenartig, dass eine weitere Umsetzung des Green Deal und des „Fit for 55“- Pakets unerlässlich sei. Die Klimaziele sollen also mit Interventionismus erreicht werden.

”

***Statt eine Steuer einzuführen,
müssen die Preise gesenkt werden.
Wir brauchen billige Energie und
Versorgungssicherheit.***

Mateusz Morawiecki

Die EU und die soziale Wirtschaft

Die Kommission betrachtet die Sozialwirtschaft als eine der treibenden Kräfte in der Erreichung der Klimaneutralität.

Die Sozialwirtschaft befasst sich eigentlich mit der Erbringung von Dienstleistungen, die dem Wohl der Gesellschaft dienen. Dazu gehören unter anderem die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen für Menschen in verschiedenen Einrichtungen wie Kinder- und Jugendhilfe, Behinderteneinrichtungen, Werkstätten für Behinderte und Pflegeeinrichtungen. Diese Dienstleistungen werden von diversen Arten von Unternehmen und Organisationen erbracht. Die Sozialwirtschaft umfasst eine Vielzahl von Rechtsformen, Organisationen und Unternehmen, die sich auf die Erbringung sozialer Dienstleistungen spezialisiert haben. Dazu gehören zum Beispiel gemeinnützige Vereine und Stiftungen, Genossenschaften, Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Unternehmen und soziale Unternehmen.

Sie sind in vielen Bereichen unterwegs wie Soziales, Gesundheit, Wohnen, Energie, Recycling, Landwirtschaft, Finanzen, Versicherungen, Kultur, Medien und Freizeit - um nur einige zu nennen. In der EU (inklusive des Vereinigten Königreichs) hat die Sozialwirtschaft im Jahr 2017 rund 13,6 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Dies stellt etwa 6 Prozent der Erwerbsbevölkerung in der EU dar und generiert 6-8 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der EU. Rund 19 Millionen Menschen sind beschäftigt, bezahlt und unbezahlt. Über 82,8 Millionen Freiwillige engagieren sich im Sozialbereich. Die Situation variiert jedoch von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat.⁷²

Die EU unterstützt die Sozialwirtschaft schon seit Jahren. So zielte die 2011 errichtete Initiative für soziale Unternehmen darauf ab, die Erlangung von Finanzmitteln zu erleichtern, die Sichtbarkeit von sozialen Unternehmen zu erhöhen und ein günstigeres rechtliches Umfeld zu schaffen.⁷³ Organisationen in der Sozialwirtschaft haben Unterstützung von spezifischen und kleinen Fonds sowie von den großen Strukturfonds wie dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) erhalten.⁷⁴

Die Sozialwirtschaft wird jetzt zum Instrument zur Umsetzung des Green Deal und das wird auch auf nationaler Ebene klar kommuniziert. Auf dem Europäischen Sozialwirtschaftsgipfel in Mannheim im Mai 2021 formulierte SPD-Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz die Erwartung gegenüber die Sozialwirtschaft wie folgt: „Die Sozialwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle gerade jetzt: Die Überwindung der Krise und der Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft braucht die Sozialwirtschaft“.⁷⁵

Jetzt hat die Kommission im Dezember 2021 einen Aktionsplan zur Förderung der Sozialwirtschaft vorgelegt. Nicht nur sollen Steuer-, Vergabe- und Beihilferahmen an die Bedürfnisse der Sozialwirtschaft angepasst werden, sondern die Kommission möchte auch sozialwirtschaftliche Unternehmen bei der Gründung und Umschulung unterstützen. Für den Zeitraum 2021-2027 will die Kommission ihre Unterstützung über die geschätzten 2,5 Milliarden Euro hinaus aufstocken, die der Sozialwirt-

schaft zuvor (im Zeitraum 2014-2020) bereitgestellt worden waren. Der Zugang zu Finanzmitteln soll verbessert werden.⁷⁶ Letztlich geht es der Kommission vorrangig darum, den Beitrag der Sozialwirtschaft zur Erreichung der Klimaziele zu maximieren, indem man gemeinsam mit Städten lokale Green Deals oder Maßnahmen für eine umweltbewusste Bürgerschaft umsetzt.⁷⁷ „Es ist wichtig, Organisationen der Sozialwirtschaft dabei zu helfen, grünere und klimafreundlichere Praktiken einzuführen und Umweltziele in ihre Arbeit zu integrieren. Dies kann durch Kapazitätsaufbau unterstützt werden. In der Kreislaufwirtschaft können Partnerschaften zwischen Sozialunternehmen und etablierten Unternehmen ein vielversprechender Ansatz sein, um die Entwicklung von Local Green Deals oder grüner Bürgerbeteiligung zu fördern“, heißt es wörtlich.⁷⁸

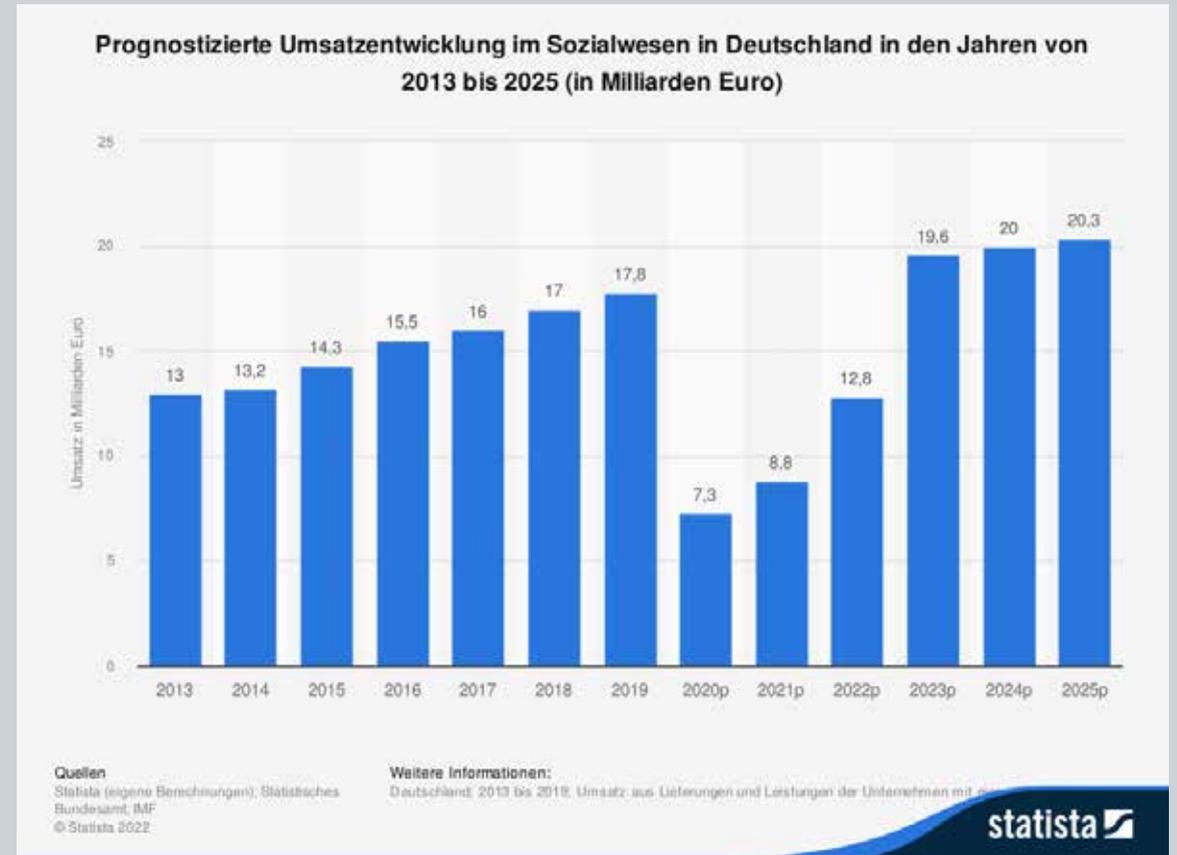
Im Juli 2022 erörterte das Europäische Parlament seine Stellungnahme zu diesem Aktionsplan.⁷⁹ In meiner vorgeschlagenen alternativen Resolution äußerte ich nicht nur meine Besorgnis, „dass nur Einrichtungen der Sozialwirtschaft, die sich an die politischen und ideologischen Leitlinien des Aktionsplans halten, Unterstützung im Rahmen des Aktionsplans erhalten werden“, sondern plädierte auch für viel mehr Transparenz und Kontrolle über die Verwendung der finanziellen Mittel in der Wohlfahrtsindustrie. Die Geschichte der zahllosen Skandale in der Wohlfahrtsindustrie in Deutschland zeigt, dass dies mehr als notwendig ist.

Das Sozialwesen in Deutschland: Eine wachsende Branche

In Deutschland hat die Sozialwirtschaft in den letzten Jahren eine beeindruckende Entwicklung genommen. Dies ist auf eine Kombination von Faktoren zurückzuführen wie dem demografischen Wandel, medizinische Fortschritte und verbesserte Gesetzgebung in Bereichen wie Gesundheit, Pflege und Kinder- und Jugendhilfe. Diese Entwicklungen haben zu einer zunehmenden Anzahl gesetzlich verankerter Ansprüche auf soziale Leistungen geführt. Aber vor allem profitiert die Sozialwirtschaft von der seit 2015 stattfindenden Asylummigration, die für sie eine ewig sprudelnde Einnahmequelle darstellt.

Die Wirtschaftsleistung der deutschen Sozialwirtschaft ist im Zeitraum von 1991 bis 2015 im Vergleich zur Gesamtwirtschaft um 140 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat die Wirtschaftsleistung in der Gesamtwirtschaft lediglich um 40 Prozent zugenommen. Diese Entwicklung zeigt sich auch in den Umsatzzahlen, die von 17,6 Milliarden Euro im Jahr 2019 auf eine Prognose von 20,3 Milliarden Euro im Jahr 2025 ansteigen.⁸⁰ Aufgrund der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ist der Branchenumsatz jedoch um über 50 Prozent eingebrochen.⁸¹

In Deutschland arbeiten derzeit etwa drei Viertel der Menschen in der Sozialwirtschaft in der Pflege und Betreuung von alten und behinderten Menschen, während ein Viertel in anderen Bereichen tätig ist.⁸²



Im Gewand des Samariters

Im Sozialwesen haben die sogenannten Wohlfahrtsverbände wie Diakonie und Caritas, eine sehr starke Stellung und ein großes politisches Gewicht. Schon lange bevor der deutsche Staat sich 1919 verpflichtet hatte, seinen Bürgern soziale Dienstleistungen zu bieten, erbrachten diese Verbände und ihre Vorläufer bereits soziale Dienstleistungen im Sinne der Fürsorge. Diese starke Stellung ist historisch gewachsen und wird durch das Subsidiaritätsprinzip in der deutschen Sozialgesetzgebung gerechtfertigt, wonach der Staat erst dann tätig wird, wenn niemand sonst Dienstleistungen wie die Betreuung von Kindern und Alten, soziale Arbeit unter Jugendlichen oder Hilfe für behinderte Menschen übernehmen will.⁸³

Die Wohlfahrtsverbände wie Diakonie und Caritas haben also eine Vorrangstellung in der Leistungserbringung. Sie erfüllen Aufgaben, die eigentlich dem Staat auferlegt sind und werden dafür vom Staat bezahlt und gefördert. Sie sind Träger von rund einem Drittel aller sozialen Dienstleistungseinrichtungen und werden zu 90% aus Sozialversicherungen und staatlichen Zuschüssen finanziert.

Die Wohlfahrtsverbände haben sozusagen einen Januskopf. Einerseits sehen sie sich als private Institutionen, die aufgrund ihrer historischen Entwicklung und ihres rechtlichen Status unabhängig sind. Andererseits übernehmen sie jedoch umfangreiche öffentliche Aufgaben, sind hochgradig staatlich abhängig und eng in Entscheidungen für das Sozial- und Gesundheitswesen eingebunden.⁸⁴

Die sechs großen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland sind: der Deutsche Caritasverband, das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche, das Deutsche Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Diese Verbände arbeiten zusammen in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Mit der zunehmenden Zuwanderung hat sich ein neuer Akteur auf dem Wohlfahrtssektor etabliert, nämlich die muslimische Wohlfahrt. Im Rahmen der Deutschen Islamkonferenz wurde der erste islamische Wohlfahrtsverband, An-Nusrat e.V., gegründet.⁸⁵

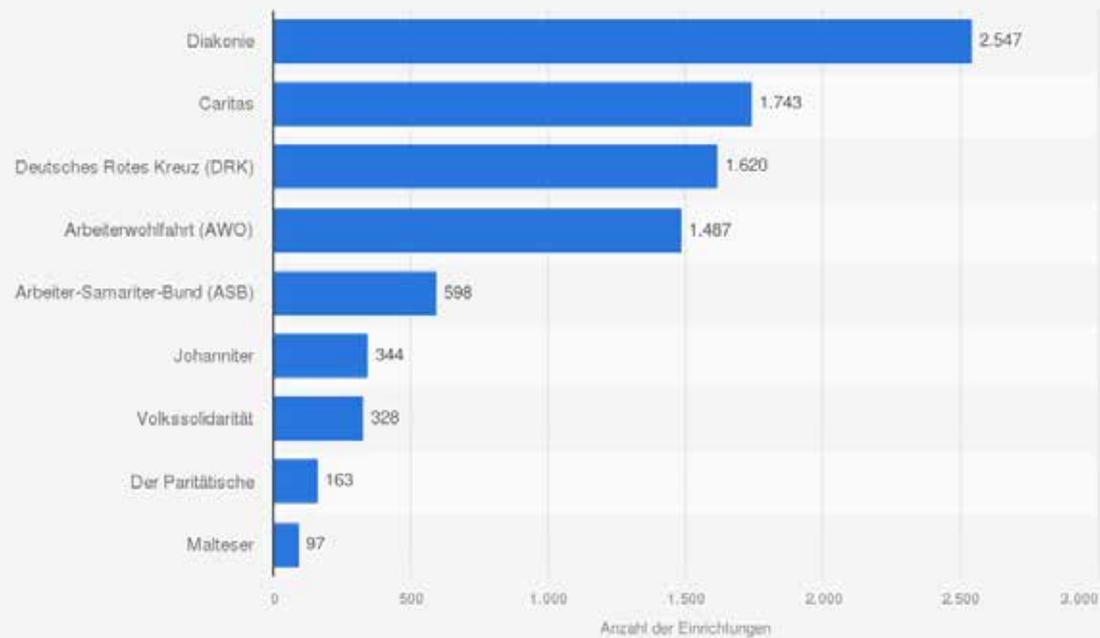
Der Deutsche Caritasverband (DCV) – der Wohlfahrtsverband der römisch-katholischen Kirche – ist seit Jahrzehnten der größte deutsche Wohlfahrtsverband, gefolgt vom Diakonischen Werk – dem Wohlfahrtsverband der evangelischen Kirchen. Weitgehend unabhängig von wirtschaftlichen Konjunkturen expandierten die deutschen Wohlfahrtsverbände fast 30 Jahre lang. Durch den Prozess der Verrechtlichung der Sozialpolitik und den Ausbau des Sozialstaates sind die Dienstleistungskapazitäten kontinuierlich gewachsen. Die Politik legte die Gesetze und Rahmenbedingungen fest, während die Wohlfahrtsverbände die Einrichtungen, Dienste und Infrastruktur errichteten.

Dementsprechend gab es eine enorme Beschäftigungsexpansion. Die Zahl der Beschäftigten stieg von rund 750.000 zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung auf 1,9 Millionen im Jahr 2016. 1990 waren 3,3 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Wohlfahrtsverbänden tätig; im Jahr 2000 waren das bereits 4,2 Prozent und 2016 schließlich 6,1 Prozent. Inzwischen dürften in den Wohlfahrtsverbänden rund 2,15 Millionen Menschen beruflich tätig sein. Damit hat sich die Anzahl der Beschäftigten in den Wohlfahrtsverbänden innerhalb von knapp drei Jahrzehnten nahezu verdreifacht. Inzwischen arbeitet jeder fünfzehnte Erwerbstätige in Deutschland in einem Wohlfahrtsverband.⁸⁶

Die Wohlfahrtsverbände wie Caritas und Diakonie sind die eindeutigen Nutznießer der andauernden Ausweitung des Sozialstaates. Sie beschäftigen rund 700.000 bzw. 600.000 Menschen, was eine doppelt so große Anzahl an Beschäftigten darstellt, wie beim großen Automobilkonzern Volkswagen. Es ist bemerkenswert, dass die Zahl der inländischen Beschäftigten der größten deutschen Industriekonzerne zwischen 1990 und 2016 nur geringfügig gestiegen ist, während die der Wohlfahrtsverbände stark zugenommen hat.⁸⁷

Die Wohlfahrtsverbände sind diejenigen, die am meisten von der fortwährenden Ausweitung des Sozialstaates profitieren.

Anzahl der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege nach Wohlfahrtsverbänden im Jahr 2018

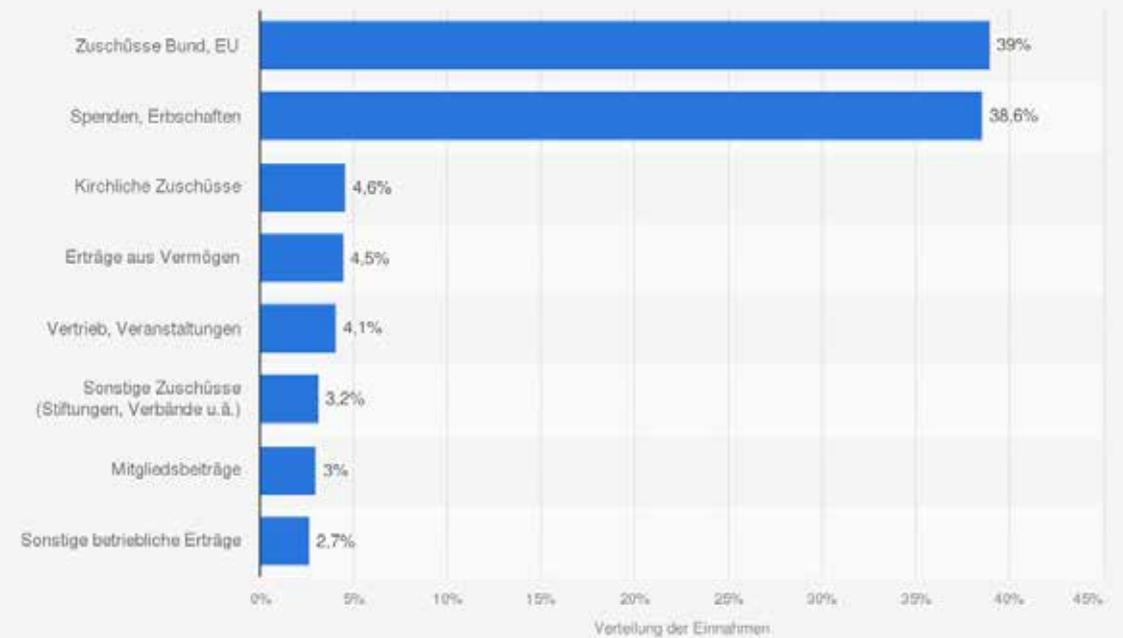


Quelle:
pflegemarkt.com
© Statista 2022

Weitere Informationen:
Deutschland; 2018; Stand: 03. Mai 2018

statista

Verteilung der Einnahmen des Deutschen Caritasverbands e.V. in Deutschland nach Bereichen im Jahr 2021



Quelle:
Deutscher Caritasverband
© Statista 2022

Weitere Informationen:
Weltweit; Deutschland

statista

Die Wohlfahrtsverbände stellen sich gerne als „Anwälte der Benachteiligten“ dar und behaupten, es sei ihre Aufgabe, „Solidarität in der Gesellschaft“ zu fördern. Sie sind der Auffassung, dass es selbstverständlich sein sollte, sie dafür großzügig zu subventionieren.

Rainer Hank, Wirtschaftsjournalist, formuliert es wie folgt: „Dabei gibt sich die Theologie des ‚solidarischen Mitleidens‘ im Gewande des Samariters, der barmherzig hilft, wo er Armut und Leiden erblickt. In Wirklichkeit sind die bevorzugten Objekte der Wohltäterindustrie aber nicht die Armen und Schwachen, sondern die Anspruchsberechtigten des Sozialstaates, oder, noch härter gesagt, jene, die es besonders gut verstehen, aus dem Sozialstaat Ansprüche für sich abzuleiten. Mehr noch: die Ideologie der Anwaltschaft erteilt sich die Vollmacht, zur Finanzierung ihres Samaritertums die Allgemeinheit heranzuziehen, ohne diese dazu um Erlaubnis gefragt haben zu müssen. Und sie fühlt sich berechtigt, mit diesen Geldern den Transferempfangsberechtigten des Sozialstaates ihre Dienste zukommen zu lassen“.⁸⁸

Die „Anwaltschaft“ der Wohlfahrtsverbände dient dazu, ihre Privilegien und Vorrechte zu legitimieren. „Wer Autos und Würste verkauft, hat keinen Anspruch auf Privilegien. Wer Anwalt der Armen ist und ‚solidarisches Mitleid‘ als Produkt vertreibt, hat dies schon“, sagte Rainer Hank.⁸⁹ Die Wohlfahrtsverbände genießen Steuervorteile und andere finanzielle Mittel und die konfessionellen Verbände haben eine rechtliche Sonderstellung. Laut Grundgesetz haben die Kirchen ein Selbstverwaltungsrecht, was ihnen ermöglicht hat, ein eigenes Arbeitsrechtssystem aufzubauen. Löhne und Arbeitsbedingungen werden in kircheneigenen, sogenannten Arbeitsrechtlichen Kommissionen festgelegt. Sie haben diese Sonderstellung ausgenutzt, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

”

Dabei gibt sich die Theologie des ‚solidarischen Mitleidens‘ im Gewande des Samariters, der barmherzig hilft, wo er Armut und Leiden erblickt. In Wirklichkeit sind die bevorzugten Objekte der Wohltäterindustrie aber nicht die Armen und Schwachen, sondern die Anspruchsberechtigten des Sozialstaates, oder, noch härter gesagt, jene, die es besonders gut verstehen, aus dem Sozialstaat Ansprüche für sich abzuleiten.

Rainer Hank, Wirtschaftsjournalist,

Die Wohltäterindustrie. Heimliche Geschäfte und Klima

Die Welt der Wohlfahrtsverbände ist nicht nur durch Vorrechte und Sonderregelungen, sondern auch durch einen Mangel an Transparenz und Kontrolle gekennzeichnet. So hat die Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland darauf hingewiesen, dass die fünf großen Sozialverbände sich von privaten Unternehmen dadurch unterscheiden, dass niemand die genauen Umsätze und Finanzlage dieser „Wohlfahrtsimperien“ kennt. „Es sind keine Unternehmen, die in ihrer Gesamtheit agieren und geführt werden, sondern viele rechtlich eigenständige Kreis- und Landesverbände sowie unabhängige Trägergesellschaften, die ihre Ergebnisse nicht offenlegen müssen“, heißt es.⁹⁰

Die Autoren Rauschenbach, Berth und Hoffjan werfen einen kritischen Blick auf die Personalentwicklung der Wohlfahrtsverbände und sprechen von einer „statistischen Unsichtbarkeit“. Sie finden es „bei rund zwei Millionen Beschäftigten mehr als erstaunlich, wie unterbelichtet die Wohlfahrtsverbände in öffentlich zugänglichen Statistiken bleiben“.

„Insgesamt bleibt es erstaunlich, dass wir über einen derartigen Teil der nationalen Wohlfahrtspolitik so wenig wissen und dass auch die politisch Verantwortlichen hier nicht mehr Transparenz einfordern und ermöglichen“.⁹¹

Organisationen, die Gelder der öffentlichen Hand erhalten, haben die Pflicht, offen zu legen, wie sie diese Mittel verwenden. Dies gilt gleichermaßen für alle. Wohlfahrtsverbände sehen das jedoch anders. Sie haben sich unter Berufung auf Prinzipien der Nächstenliebe und Gemeinnützigkeit sowie auf ein falsch verstandenes Subsidiaritätsprinzip immer der

Transparenz und Kontrolle entzogen. Nach den Haushaltsordnungen des Bundes und der Länder können die Rechnungshöfe prüfen, ob die öffentlichen Zuwendungen und Zuschüsse ordnungsgemäß und wirtschaftlich eingesetzt werden.

In den 80er und 90er Jahren kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Wohlfahrtsverbänden und den Landesrechnungshöfen, wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen 1987, in Baden-Württemberg 1991, in Schleswig-Holstein 1993 und in Sachsen 1999. Die Verbände argumentierten, dass sie als private Rechtspersonen keiner staatlichen Aufsicht unterliegen.

Eine staatliche Finanz- und Wirtschaftlichkeitskontrolle würde die freie Wohlfahrt zum staatlichen Werkzeug degradieren. Darüberhinaus betonten die konfessionellen Träger Caritas und Diakonisches Werk, das staatskirchenrechtlich verbürgte Selbstbestimmungsrecht schließe eine staatliche Finanzkontrolle aus.⁹²

Die Wohlfahrtsverbände haben oft nicht offengelegt, wie sie die Mittel verwenden, die sie von der öffentlichen Hand erhalten. Dies hat in der Vergangenheit immer wieder zu Missbrauch geführt. Dokumentiert wurden in Gutachten von Landesrechnungshöfen verschiedene Formen von Missbrauch, wie zum Beispiel Manipulationen von Förderanträgen, überhöhte Kostenabrechnungen, verdeckte Rücklagenbildung, zweckwidrige Verwendung von Zuschüssen oder kreative Gestaltung der Verbandsstrukturen, um als finanzschwache Institution mehr öffentliche Zuschüsse zu erhalten. Betroffene Verbände waren unter anderem Care Deutschland, AWO

Brandenburg, DRK Torgau, AWO Ravensburg, Caritas München, Bayerisches Rotes Kreuz und Caritas Trier. Vorgänge wie Buchungstricks, die Bildung illegaler Rücklagen oder Manipulationen bei Einnahmen und Ausgaben wurden von der Politik gedeckt oder zumindest nicht verhindert. Verschiedene Berichte von Landesrechnungshöfen belegen das.⁹³

In Mecklenburg-Vorpommern hat sich 2017 ein Untersuchungsausschuss des Landtags mit den Sozialverbänden beschäftigt. Der Auslöser dafür war ein Bericht des Rechnungshofs und Vorwürfe von Untreue beim Kreisverband Müritzer Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Jahr 2016. Im Juni 2018 bestätigte der Ausschuss, dass das Land die Sozialverbände über 22 Jahre ohne rechtliche Grundlage gefördert hat. Die Wohlfahrtsverbände teilten das Geld unter sich auf und gaben es weitgehend ohne Kontrolle aus. Millionen an Fördermitteln flossen über viele Jahre an die Wohlfahrtsverbände, ohne dass jemand einen Überblick über die genaue Verwendung hatte. Während im Untersuchungsausschuss wurden unter anderem der langjährige Vizepräsident und Mitarbeiter des Landesrechnungshofes gehört. Sie brachten diverse Unregelmäßigkeiten ans Licht, wie Abrechnungen für nie angefallene Personalkosten, irreguläre Zuschüsse zur Sozialversicherung eines Geschäftsführers oder für Kinderbetreuung sowie Doppelabrechnungen. Es hat sich über die Jahre ein „erhebliches Anspruchsdenken“ der Verbände herausgebildet.⁹⁴

AfD-Oppositionsleiter Thomas de Jesus Fernandes sagte dazu: „Der Fehler liegt im System. Die existierende Förderpraxis muss zügig abgeschafft werden“.⁹⁵

Doch nun haben sich die Wohlfahrtsverbände eine neue Aufgabe gestellt: den Planeten vor der Klimakatastrophe zu retten. Dabei wird der Einsatz für Klimaneutralität als eine Frage der sozialen Gerechtigkeit dargestellt. Es heißt, dass Krankenhäuser, Kitas oder Pflegeheime einen Beitrag zu einem klimaneutralen Deutschland leisten sollen.⁹⁶

Im Juni 2021 betonten Bundesumweltministerin Svenja Schulze und die Wohlfahrtsverbände, dass Deutschland eine Klima-Investitions-Offensive für die Sozialwirtschaft benötigt. Das Förderprogramm „Sozial und Mobil“ soll den sozialen Diensten helfen, ihre Flotten auf Elektromobilität umzustellen.⁹⁷ „Mit dem Förderprogramm ‚Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen‘ unterstützt das BMU mit 150 Millionen bis 2023 individuelle Beratungen und konkrete Maßnahmen, um sich gegen die spürbaren Folgen des Klimawandels zu wappnen. Damit will das BMU gegen die Folgen des Klimawandels vorgehen sowie das Arbeitsumfeld der Beschäftigten und die Lebensqualität in den Einrichtungen verbessern. Die hohe Zahl der eingereichten Anträge zeigt die hohe Relevanz, die Klimaschutz und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bereits in der Sozialwirtschaft haben“, heißt es.⁹⁸

Im Dezember 2022 betonte der Präsident der Diakonie, Ulrich Lilie, dass die Wohlfahrtspflege in Deutschland eine Kraft für mehr Nachhaltigkeit sein will. Er erklärte, dass alle Krankenhäuser in Deutschland zusammen den gleichen ökologischen Fußabdruck hätten wie Flug- und Bahnverkehr in Deutschland zusammen. Lilie plädiert für eine langfristige und zusammenhängende Förderung für klimaneutrale Sozialunternehmen.⁹⁹

Auf ihrer Bundeskonferenz 2016 bekannte sich die AWO zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens und hat sich vorgenommen ihren Beitrag zur ökologischen Transformation zu leisten. Deshalb unterstützt das Bundesumweltministerium die AWO mit insgesamt 1,65 Millionen Euro Steuergeld. Das Programm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ soll dabei angeblich die Lebensqualität von Betreuungsbedürftigen und das Arbeitsumfeld von Pflegekräften verbessern. Des Weiteren sollen mit dem Programm „Sozial & Mobil“ E-Autos und die notwendige Ladeinfrastruktur subventioniert werden.¹⁰⁰

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) sollte sich wieder auf ihren ursprünglichen Zweck konzentrieren: den Schutz der sozial Schwächeren. In den letzten Jahrzehnten hat sich die AWO stark entwickelt und betreibt nun bundesweit 18.000 Einrichtungen wie Seniorenheime, Kitas, Flüchtlingsunterkünfte, Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen. Dabei beschäftigt sie fast 74.000 Ehrenamtliche und rund 231.000 hauptamtliche Mitarbeiter, die oft schlecht bezahlt werden.

Die AWO ist in vielen Städten stark verflochten mit der SPD und den Gewerkschaften und hat sich dadurch in eine Art Selbstbedienungsladen verwandelt. Sie hat oft den politischen Rückhalt, um immer größere, kaum kontrollierte Aufträge zu erhalten. In vielen Orten, wo die AWO präsent ist, ist die SPD nicht weit entfernt. „Die AWO ist der verlängerte Arm der SPD. Wer einen

Posten in der AWO innehat, der hat ein SPD-Parteibuch. Und dieses Schema ist es, dass die AWO-Skandale erst ermöglicht. Genossen in der Geschäftsführung werden kontrolliert von Genossen im Vorstand, werden kontrolliert von Genossen in den Stadtparlamenten und im Rathaus.“¹⁰¹

Im Jahr 2019 sorgten Skandale bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Frankfurt und Wiesbaden für Schlagzeilen in ganz Deutschland. Das Führungsteam soll Gelder in Millionenhöhe veruntreut haben, darunter Vergütungen von 300.000 Euro pro Jahr und einen weißen Jaguar als Dienstwagen.

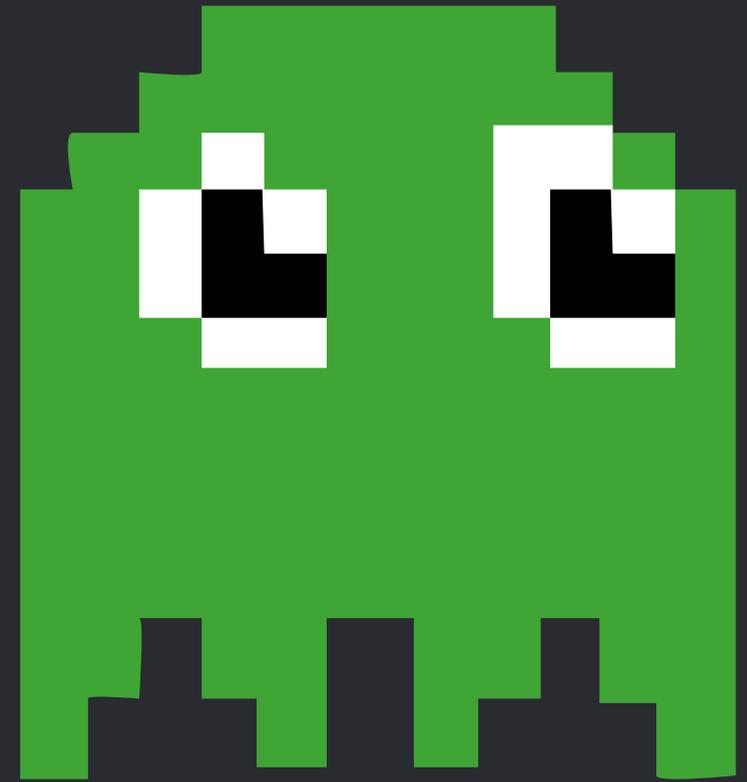
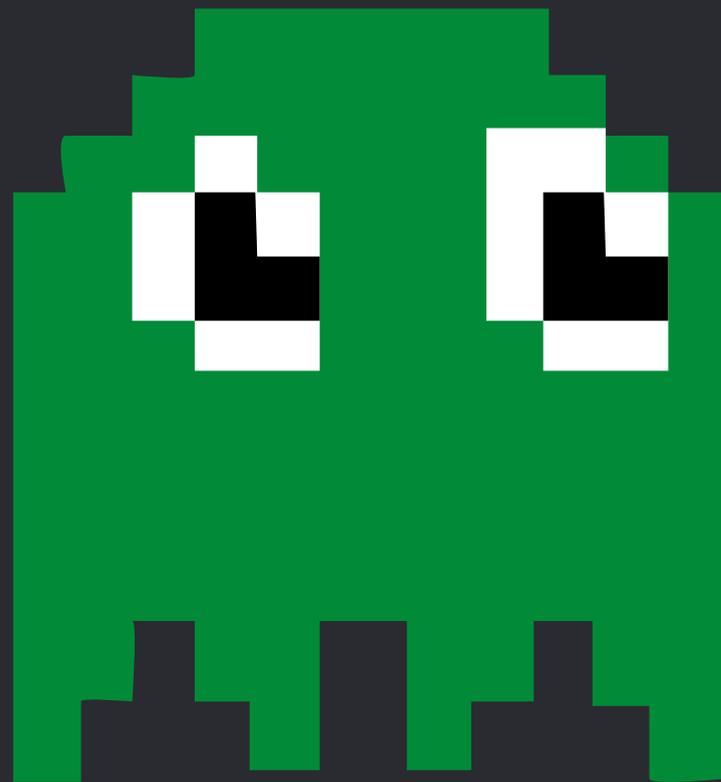
Seitdem hat die Staatsanwaltschaft mehrere Anklagen im Zusammenhang mit der AWO-Affäre erhoben. Im August 2022 gab es eine weitere Anklage gegen den ehemaligen Geschäftsführer des AWO-Kreisverbandes Frankfurt, dessen Ehefrau die frühere Geschäftsführerin der AWO Wiesbaden und „Sonderbeauftragte“ für den Bereich Flüchtlingshilfe war, einen Rechtsanwalt, der zeitweise für die AWO arbeitete, sowie die frühere Leiterin der Finanzabteilung der Frankfurter AWO. Ihnen wurde vorgeworfen, dass sie in den Jahren 2016 bis 2018 gegenüber der Stadt Frankfurt überhöhte Rechnungen für den Betrieb von zwei Flüchtlingsunterkünften eingereicht haben und dadurch ein Schaden von mehr als 2,6 Millionen Euro entstanden sein soll.¹⁰² Im November 2022 hat die neue Führung der Arbeiterwohlfahrt (AWO) einen Misserfolg

erlitten, als ihre Klage auf Schadenersatz gegen das Ehepaar Jürgen und Hannelore Richter abgewiesen wurde. Die Klage betraf unter anderem die Steuernachzahlung in Höhe von 582.000 Euro, die die AWO leisten musste, nachdem das Finanzamt ihr rückwirkend für die Jahre 2015 bis 2019 die Gemeinnützigkeit aberkannt hat.¹⁰³

Die gesamte Affäre hatte auch Auswirkungen auf die SPD, denn der frühere Oberbürgermeister von Frankfurt, Peter Feldmann, hatte es ermöglicht, dass die AWO Betrug beging. Im Jahr 2022 wurden Vorwürfe der Staatsanwaltschaft bekannt, wonach Peter Feldmann während des OB-Wahlkampfs 2018 durch Spenden der AWO unterstützt worden sein soll, im Gegenzug für sein Versprechen, als Stadtoberhaupt die Interessen der AWO „wohlwollend zu berücksichtigen“. Schließlich musste er sich am 6. November 2022 einem Bürgerentscheid stellen, bei dem eine Mehrheit von 95 Prozent für seine Abwahl votierte. Am 23. Dezember 2022 wurde er vom Landgericht Frankfurt am Main zu einer Geldstrafe verurteilt.¹⁰⁴

Maximilian Tichy brachte das Problem in wenigen Sätzen auf den Punkt: „Möglich wurde der Frankfurter AWO-Raubzug auch, weil die theoretisch unabhängigen Kontrollgremien komplett versagten. Revisorin der AWO Frankfurt war die damalige Bundestagsabgeordnete Ulli Nissen – natürlich SPD. Sie merkte selbst allerdings an, dass es 'illusorisch sei' von Ehren-

amtlichen zu erwarten, dass sie die Bücher eines Unternehmens wie der AWO prüfen. Das ist durchaus wahr, die AWO ist in Wirklichkeit einer der größten Arbeitgeber Deutschlands. Doch statt ihr Amt niederzulegen oder auf eine professionelle Prüfung zu bestehen, sprach sie sich dennoch für eine Entlastung des Vorstands und der Geschäftsführung aus. Dass SPD-Politiker Ämter nicht ausführen können, aber sie dennoch wahrnehmen wollen, ist mittlerweile gang und gäbe.“¹⁰⁵



Parlamentarische Anfrage und Antwort der Kommission

Am 23. März 2022 fragte ich die Kommission folgendes:

„Im Dezember 2021 hat die Kommission einen Aktionsplan zur Förderung der Sozialwirtschaft vorgelegt. Die Kommission möchte Wohlfahrtsorganisationen und sozial ausgerichtete NGOs bei der Betriebsgründung und bei der Umschulung unterstützen. Für den Zeitraum von 2021-2027 möchte sie ihre Unterstützung über die 2,5 Milliarden Euro hinaus aufstocken, die sie bisher bereitgestellt hat. Sie möchte insbesondere im Rahmen des Programms „Invest EU“ neue Finanzprodukte auf den Weg bringen und den Zugang zu Finanzmitteln verbessern.

Auch die Arbeiterwohlfahrt (AWO), eine gemeinnützige Organisation in Deutschland, hat schon Fördergelder von der EU erhalten. Allerdings sind Teile der AWO in enger Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften zu einem Selbstbedienungsladen geworden.

2019 sorgten Skandale der AWO in Frankfurt und Wiesbaden für Entsetzen, aber auch schon früher hat es Unregelmäßigkeiten und Missstände gegeben, die vor dem Staatsanwalt gelandet sind. Auch andere Wohlfahrtsverbände wurden in Korruptionsskandale verwickelt. Dies wurde in zahlreichen Gutachten von verschiedenen Landesrechnungshöfen dokumentiert.

1. Wird die Kommission im Rahmen des Aktionsplans zusätzliche Kontroll-, Evaluierungs- und Überwachungsinstrumente einführen, die sicherstellen werden, dass sozial ausgerichtete NGOs und Wohlfahrtsorganisationen Fördergelder nicht missbrauchen?

2. Lässt sich die Kommission bei der Genehmigung von Fördergeldern von der Vertrauenswürdigkeit bzw. dem Ruf von Wohlfahrtsorganisationen wie der AWO beeinflussen?

Die Kommission antwortete wie folgt:

„(...) Der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen unterliegen der geteilten Mittelverwaltung. Die Behörden der Mitgliedstaaten sind für die Auswahl der Projekte (einschließlich der Bewertung der Vertrauenswürdigkeit der Begünstigten) sowie für deren Kontrolle und Prüfung zuständig. Die Kommission beeinflusst weder die Auswahl der einzelnen Begünstigten oder Projekte, noch entscheidet sie über diese.

Die Kommission hat die Lage bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Frankfurt/Main analysiert. Ausgehend davon liegen keine Hinweise darauf vor, dass sich die dort festgestellten Probleme auf die vom ESF oder vom FEAD finanzierten Vorhaben ausgewirkt haben. Die Kommission hat daher keine begründeten Zweifel an der recht- und ordnungsgemäßen Verwendung von ESF-Mitteln für die Projekte der AWO Frankfurt.

Gemäß der Rechtsgrundlage (Artikel 142 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 und Artikel 97 der Verordnung (EU) 2021/1060) kann die Kommission Zwischenzahlungen auf der Ebene der operationellen Programme aussetzen; dies ist jedoch nur möglich, wenn festgestellt wird, dass das Verwaltungs- und Kontrollsystem der Mitgliedstaaten einen gravierenden Mangel aufweist. Gemäß Artikel 144 der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 werden finanzielle Berichtigungen vorgenommen, wenn die in einem Zahlungsantrag enthaltenen Ausgaben mit Unregelmäßigkeiten behaftet sind. Bei Verdacht auf betrügerische Unregelmäßigkeiten oder Missbrauch von EU-Mitteln kann das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) oder die Europäische Staatsanwaltschaft Untersuchungen einleiten, um festzustellen, ob EU-Mittel betroffen sind. Auf nationaler Ebene werden strafrechtliche Ermittlungen von der zuständigen Staatsanwaltschaft durchgeführt.“

Ich bewerte die Anfrage folgendermaßen:

Die Kommission gibt an, dass sie bei der Genehmigung von Fördergeldern nicht von der Vertrauenswürdigkeit oder dem Ruf von Wohlfahrtsorganisationen beeinflusst wird. Sie betont das die Auswahl und Bewertung der Projekte von den Behörden der Mitgliedstaaten durchgeführt werden und die Kommission keine Entscheidungen über die Auswahl der Begünstigten oder Projekte trifft. Sie hat auch nicht vor zusätzliche Kontroll-, Evaluierungs- und Überwachungsinstrumente einzuführen, um sicherzustellen, dass die Fördergelder nicht missbraucht werden.

Rede Guido Reil, Straßburg, Plenarsitzung des EU-Parlaments, 5. Juli 2021

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Kommission möchte die Sozialwirtschaft stärken. Das ist grundsätzlich richtig. Aber geht es darum, die Sozialwirtschaft sozialer zu machen, menschlicher zu machen, zum Beispiel die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte zu verbessern? Nein. Die Kommission möchte die Pflege klimaneutral gestalten. Was für eine Überraschung! Ganz besonders begeistert davon ist die deutsche Arbeiterwohlfahrt. Die tauscht jetzt nämlich gerade ihre veraltete Fahrzeugflotte gegen E-Autos aus, wieder mal auf den Schultern der Steuerzahler. Denn die müssen wieder mal dafür aufkommen. Und wie ist es um die Sozialwirtschaft in Deutschland grundsätzlich bestellt? Sozialwirtschaft ist zum größten Teil eine Vorfeldorganisation der Parteien und der Kirchen, und sie genießen Sonderrecht: steuerliche Sonderrechte, arbeitsrechtliche Sonderrechte, und sie brauchen auch nicht so besonders zu transparent zu sein. Rechenschaftsberichte müssen nicht veröffentlicht werden, was dazu führt, dass wirklich monatlich massive Skandale aufpoppen – Skandale über die Chefetagen, wo man sich dicke Dienstwagen leistet, Gehälter über 150.000 Euro Jahresgehalt. Liebe Mitglieder des Parlaments, die Sozialwirtschaft ist in großen Teilen nicht sozial, sie ist asozial. Sie zockt die Gemeinschaft ab und dagegen müssen wir kämpfen. Wir brauchen endlich Transparenz und Gerechtigkeit in der Sozialwirtschaft.

”



Der EU-Mindestlohn: Ein klarer Rechtsverstoß

Die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat im Sommer 2019 im Europäischen Parlament angekündigt, dass sie einen europäischen Mindestlohn einführen möchte. Diese Ankündigung war Teil ihrer Bewerbungsrede, in der sie die Unterstützung der Sozialisten für ihre Wahl an die Spitze der Kommission suchte.¹⁰⁶

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) lehnte das Vorhaben entschlossen ab: „Die Verträge schließen ausdrücklich eine EU-Zuständigkeit für Lohnfragen aus.“¹⁰⁷ Die EU muss die nationalen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken der Mitgliedstaaten respektieren. Die deutsche Wirtschaft hat berechtigte Bedenken, dass die Kommission und die EU immer mehr Kompetenzen in der Sozialpolitik an sich ziehen und zentral regeln möchten. Die Kommission hat keine Befugnis, einen EU-Mindestlohn durchzusetzen. Allerdings haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, einen EU-Mindestlohn durch einen völkerrechtlichen Vertrag zu vereinbaren.¹⁰⁸

Nicht nur deutsche und andere Arbeitgeberverbände betonten, dass die EU gar keine Rechtssetzungsbefugnis in diesem Bereich hat.¹⁰⁹ Auch die dänischen, norwegischen, isländischen und schwedischen Gewerkschaften warnen davor, eine Mindestlohnrichtlinie könne gut funktionierende Tarifmodelle gefährden. Eine Einmischung in die Lohnsetzung würde zudem die Autonomie der Sozialpartner auf nationaler Ebene beeinträchtigen.¹¹⁰

1994 war die Frage der Befugnis der EU im Bereich der Lohnpolitik beim Referendum über die EU-Mitgliedschaft in Schweden von großer Bedeutung. Damals versprach die Kommission den Schweden, dass ihr Tarifvertragsmodell durch eine Mitgliedschaft in der EU nicht beeinträchtigt würde und begründete dies mit rechtlichen Gründen.



Parlamentarische Anfrage und Antwort der Kommission

Am 14. Januar 2020 veröffentlichte die Kommission ein Konsultationspapier zu dem Thema „Gerechte Mindestlöhne“. Artikel 31 der Grundrechtecharta legt fest, dass „jeder Arbeitnehmer das Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen hat“. Daraus leitet die Kommission ab, dass sie das Recht und die Pflicht hat, ein angemessenes Arbeitsentgelt in Form eines EU-Mindestlohns sicherzustellen. Dies ist aber rechtlich sehr fragwürdig, denn der Artikel bezieht sich auf den Arbeitzeitschutz. Die Unterlagen der Konvente zur Ausarbeitung der Grundrechtecharta belegen zudem, dass zum Arbeitsentgelt keine Einigung erzielt werden konnte. Darüber hinaus bestimmt Artikel 51 Absatz 2 der Grundrechtecharta, dass „die Charta den Geltungsbereich des Unionsrechts nicht über die Zuständigkeiten der Union hinaus ausdehnt“. ¹¹¹ Gemäß Artikel 153 Absatz 5 AEUV fällt die Einführung eines unionsweit geltenden Mindestlohns nicht unter die Zuständigkeit der Union. Dies wurde vom Europäischen Gerichtshof ausdrücklich bestätigt. Im Gegenteil ist im Binnenmarkt ein Lohnwettbewerb erwünscht.

Kann die Kommission mitteilen, wie sie angesichts der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Selbstverständnisses der Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“ und der EU-Grundrechtecharta dieses Ergebnis des Konsultationsverfahrens sowohl politisch als auch aus gesetzgeberischer Perspektive rechtfertigt? Auf welche Grundlage stützt die Kommission die Einführung eines EU-Mindestlohns?

Ich bekam folgende Antwort:

In ihren politischen Leitlinien hat sich die Präsidentin der Europäischen Kommission dazu verpflichtet, ein Rechtsinstrument vorzuschlagen, mit dem sichergestellt wird, dass „jeder Arbeitnehmer in unserer Union einen gerechten Mindestlohn erhält“, um am Ort der Arbeit einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen. Im Einklang mit dieser Verpflichtung und gemäß Artikel 154 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) konsultiert die Kommission in einem zweistufigen Verfahren die Sozialpartner zu einer möglichen EU-Maßnahme zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit gerechten Mindestlöhnen.¹¹² Nach Abschluss der ersten Phase der Konsultation und dem Eingang von 23 Beiträgen der Sozialpartner hat die Kommission am 3. Juni 2020 die zweite Phase der Konsultation zum möglichen Inhalt und Instrument des geplanten Vorschlags eingeleitet, die bis zum 4. September 2020 laufen soll. Eine mögliche Initiative der EU würde sich auf Artikel 153 Absatz 1 Buchstabe b AEUV stützen, dem zufolge die Union die

Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen innerhalb der Grenzen der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit unterstützt und ergänzt. Wie in der zweistufigen Konsultation im „Einklang mit den Artikeln 151 und 153 Absatz 5 AEUV – wonach es der EU untersagt ist, direkt in die Höhe des Arbeitsentgelts einzugreifen, um die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und die Autonomie der Sozialpartner in diesem Bereich nicht zu beeinträchtigen – sowie mit der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union hervorgehoben wurde, würden etwaige Maßnahmen der EU im Bereich der Mindestlöhne weder darauf abzielen, die Höhe des Mindestlohns in der gesamten EU zu harmonisieren noch einen einheitlichen Mechanismus für die Festlegung von Mindestlöhnen einzurichten“ noch ein Lohnniveau festzulegen.¹¹³ Sie würden auch die nationalen Traditionen, die Autonomie der Sozialpartner und die Tarifautonomie achten.

Die Kommission betont, ihr Vorschlag zielt weder darauf ab, die Höhe des Mindestlohns EU-weit zu harmonisieren, noch einen einheitlichen Mechanismus für die Festlegung von Mindestlöhnen bzw. ein einheitliches Lohnniveau festzulegen. Diese Argumentation ist falsch. Auch mit Maßnahmen, mit denen die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, Kriterien festzulegen, auf welche Weise genau der Mindestlohn festgelegt werden muss, greift die EU unmittelbar in die Festsetzung der Höhe der Löhne ein. Was rechtlich nicht zulässig ist.¹¹⁴

Die Kommission ist immer auf der Suche nach Schlupflöchern, mit denen sie souveränen Staaten ihre nationalen Rechte entreißen kann.

Ob mit Befugnissen oder nicht, die Kommission hat ihre Agenda durchgesetzt und im Oktober 2020 einen Vorschlag für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union vorgelegt. Der Vorschlag schlägt Maßnahmen in drei Bereichen vor: eine bessere Angemessenheit gesetzlicher Mindestlöhne, Förderung von Tarifverhandlungen in allen Mitgliedstaaten und eine bessere Durchsetzung und Überwachung in allen Mitgliedstaaten.

Die Kommission schlug vor, dass die Mitgliedstaaten Tarifverhandlungen erst fördern sollten, wenn mindestens 70 Prozent der Arbeitnehmer davon profitieren. Im November 2021 hat das Europäische Parlament seine Position festgelegt. Das Parlament schlug vor, den Schwellenwert auf 80 Prozent zu erhöhen und forderte die Mitgliedstaaten auf, Zeitpläne vorzulegen, in denen sie beschreiben müssen, wann und mit welchen Maßnahmen sie versuchen werden, diesen Schwellenwert zu erreichen. Außerdem wird vorgeschlagen, die bestehenden Unterschiede im Mindestlohn zu beseitigen und die Abzüge zu beschränken.¹¹⁵

Im Juni 2022 erreichten der Rat und das Europäische Parlament eine vorläufige Einigung, die im September 2022 von dem Parlament in einer Plenarsitzung bestätigt wurde. Die Mitgliedstaaten, die gesetzliche Mindestlöhne haben, müssen diese mindestens alle zwei Jahre anpassen und die Sozialpartner in den Prozess einbeziehen. Der Schwellenwert für die tarifvertragliche Abdeckung (80 Prozent), der vom Parlament vorgeschlagen wurde, wurde beibehalten.¹¹⁶



Ein falsches Instrument

Die Kommission benutzte die Corona-Krise als weiteres Argument für einen EU-Mindestlohn, und betonte, dass Mindestlöhne für die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Krise von entscheidender Bedeutung sind. Im Vorschlag heißt es wörtlich: „Mindestlöhne spielen in Rezessionsphasen eine noch wichtigere Rolle. Die COVID-19-Krise hat Branchen mit hohem Anteil von Geringverdienenden, wie den Einzelhandel und den Tourismus, besonders hart getroffen. Ebenfalls stärker von der Krise betroffen sind benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Die Gewährleistung des Zugangs zu Beschäftigungsmöglichkeiten und zu angemessenen Mindestlöhnen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Union ist für die Unterstützung einer nachhaltigen und inklusiven wirtschaftlichen Erholung von entscheidender Bedeutung.“¹¹⁷

Sozialkommissar Nicolas Schmit erklärte dazu, dass gerade Arbeitnehmende mit niedrigen Löhnen „unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften am Leben hielten, als alles andere [wegen des Virusausbruchs] gestoppt werden musste“.¹¹⁸

Die Kommission wies darauf hin, dass von 2007 bis 2018 die EU-weite „Armut trotz Erwerbstätigkeit“ von 8,3 auf 9,4 Prozent gestiegen ist und dass Mindestlöhne in angemessener Höhe die Armut trotz Erwerbstätigkeit verringern.¹¹⁹

Die Erfahrung in Deutschland zeigt jedoch, dass ein Mindestlohn nur eine begrenzte Wirkung auf die Verringerung der Armut bei Erwerbstätigen hat. Er trägt nur in begrenztem Maße dazu bei, dass Menschen im Niedriglohnsektor von ihrer Arbeit angemessen leben können. Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für geringe Einkommen wäre ein besserer Ansatz.¹²⁰

In Deutschland gibt es erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Mindestlohns. Viele Beschäftigte und Unternehmen sind sich nicht über die genaue Höhe des Mindestlohns im Klaren, lediglich 15% der Beschäftigten im Niedriglohnbereich kennen diese. Es ist wichtig, dass Beschäftigte und Unternehmen wissen, wie hoch der Mindestlohn ist und welche Lohnbestandteile dafür in Betracht gezogen werden. Das deutsche Mindestlohngesetz enthält jedoch keine klaren und leicht verständlichen Regelungen hierzu. Es gab nie öffentliche Informationskampagnen zur Höhe des Mindestlohns. Im Gegensatz dazu hat man in Großbritannien durch Plakataktionen und Werbung dafür gesorgt, dass derzeit etwa 90% der Befragten die Höhe des geltenden Mindestlohns kennen.

Ein weiteres Problem ist die Umgehung des Mindestlohns durch die falsche Erfassung der Arbeitszeit. Auch die Unterstützung von Beschäftigten bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auf den Mindestlohn ist in Deutschland unzureichend. Im Gegensatz dazu werden in einigen anderen EU-Ländern Beschäftigte deutlich umfassender unterstützt. In Frankreich und Spanien können die Arbeitsinspektionen direkte Anordnungen gegenüber Unternehmen aussprechen, ohne die Beschäftigten auf den privaten Rechtsweg zu verweisen. In Belgien und Großbritannien unterstützt man Beschäftigte bei Klagen vor Gericht.¹²¹

Obwohl der Bundestag den Mindestlohn ab 1. Oktober 2022 von 10,45 auf 12 Euro Brutto pro Stunde erhöht hat, steigt die Zahl der Menschen, die trotz Vollzeitbeschäftigung von ihrem Einkommen nicht leben können. Alleinstehende ohne Kinder, die 40 Stunden pro Woche arbeiten, erhalten durch die Erhöhung zwar ein Netto-Gehalt von rund 1.480 Euro, aber dieses wird durch die „grüne“ Inflation aufgezehrt.¹²²

Beim EU-Mindestlohn handelt es sich in Wirklichkeit um einen entscheidenden Schritt in Richtung einer Sozialunion. Erik Sjödin, Assoziierter Professor an der Universität Stockholm, befürwortet den Vorschlag, weist aber darauf hin, dass die EU mit dieser Richtlinie eindeutig in einen Bereich eingreift, der früher den Mitgliedstaaten vorbehalten war: „Es wird interessant sein zu sehen, wie der nächste Schritt aussehen wird und ob als Folge der Regulierung der Mindestlöhne Forderungen nach weiteren sozialen Reformen erhoben werden, wie z.B. nach einem gemeinsamen steuerfinanzierten Sozialversicherungssystem auf EU-Ebene“.¹²³



Es wird interessant sein zu sehen, wie der nächste Schritt aussehen wird und ob als Folge der Regulierung der Mindestlöhne Forderungen nach weiteren sozialen Reformen erhoben werden, wie z.B. nach einem gemeinsamen steuerfinanzierten Sozialversicherungssystem auf EU-Ebene.

Erik Sjödin, Professor Universität Stockholm

Die Lohntransparenz-Richtlinie

Auch der Vorschlag für eine Lohntransparenzrichtlinie wird als ein Mittel zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit und zur Verringerung der Armut dargestellt. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um ein ideologisch geprägtes Instrument, das zu mehr Überwachung und Bürokratie führen wird.

Laut der EU-Kommission ist die mangelnde Lohntransparenz einer der Hauptfaktoren, die die Durchsetzung des Rechts auf gleiches Entgelt für Frauen und Männer bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit erschweren. Es wird argumentiert, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle langfristige Auswirkungen auf die Lebensqualität von Frauen hat, wie zum Beispiel ein erhöhtes Armutsrisiko und fortbestehende Rentengefälle, die in der EU bei 33 Prozent liegen. Auch hier wurde die Corona-Krise von der Kommission als zusätzliches Argument benutzt. Es heißt, „Aufgrund der COVID-19-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Folgen besteht umso dringender Handlungsbedarf, da Frauen von der Krise besonders stark betroffen sind“.¹²⁴

Die Lohntransparenzrichtlinie wurde im März 2021 von Frau Helena Dalli, EU-Gleichstellungskommissarin, vorgeschlagen. Dalli ist bekannt für ihre ideologisch geprägten Vorschläge und dieser Vorschlag ist keine Ausnahme. Im Vorschlag wird alles in Bezug auf Diskriminierung gesehen. Insbesondere werden laut der Kommission Migrantinnen mehrfach diskriminiert: „Einen besonderen Fall intersektioneller Diskriminierung stellt die Situation von Migrantinnen dar, die durch Mehrfachdiskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse oder ethnischen Herkunft oder der Religion oder Weltanschauung gefährdet sein können“.¹²⁵

Die EU-Gleichstellungskommissarin diskriminiert jedoch selbst insbesondere eine bestimmte Religion – das Christentum. Im Oktober 2021 erließ Dalli einen Sprachleitfaden für die Kommission und ihre Beamten, um eine „inklusive Kommunikation“ sicherzustellen, bei der Menschen „unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe oder ethnischen Zugehörigkeit“ geschätzt und anerkannt werden. Laut Dalli sollte das Wort „Weihnachten“ vermieden werden, um „sensibel“ gegenüber Personen zu sein, die nicht dem Christentum angehören. Mitarbeiter sollten keine Namen verwenden, „die nur einer Religion“ angehören, wie „Maria und John“. Besser seien „Malika und Julio“. Der Leitfaden beschrieb auch, wie man eine geschlechtsneutrale, LGBTQ-freundliche Sprache verwenden sollte. Nach heftiger Kritik wurde der Leitfaden zurückgezogen.¹²⁶

Der Richtlinienvorschlag konzentriert sich auf die Gewährleistung von Lohntransparenz für Arbeitnehmer sowie den Zugang zu Justiz. Es soll ein individueller Auskunftsanspruch eingeführt werden, wodurch Arbeitgebern mit mehr als 250 Beschäftigten jährliche Berichtspflichten auferlegt werden. Bewerber sollen zudem Informationen zum betrieblichen Gehaltsniveau erhalten. Weitere Maßnahmen umfassen Entschädigungsrechte für Arbeitnehmer, Beweislastumkehr.¹²⁷ auf Seiten des Arbeitgebers sowie Sanktionen einschließlich Geldstrafen. Zudem können Gleichbehandlungsstellen und Arbeitnehmervertreter im Namen von Arbeitnehmern in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren auftreten.

Ideologie, Überwachung und Bürokratie.

Das Parlament hat den Text ideologisiert und sogar seine Anforderungen gegenüber den ursprünglichen Empfehlungen der Kommission erhöht. In der Plenarsitzung im April 2022 beschloss das Parlament, Verhandlungen mit dem Rat aufzunehmen. Mit einer Mehrheit von 403 gegen 166 Stimmen und 58 Enthaltungen forderten die Abgeordneten, dass Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten (anstatt 250, wie von der Kommission vorgeschlagen) verpflichtet werden, Informationen offenzulegen, die es den Beschäftigten erleichtern, Gehälter zu vergleichen und mögliche geschlechts-spezifische Lohnunterschiede aufzudecken. Es sollen geschlechtsneutrale Kriterien und Arbeitsplatzbewertungs- und Klassifizierungssysteme verwendet werden. Wenn die Lohn- und Gehaltsberichte ein Lohngefälle von mindestens 2,5% (im Gegensatz zu den von der Kommission vorgeschlagenen 5%) zwischen Frauen und Männern aufzeigen, müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Arbeitgeber gemeinsam mit ihren Arbeitnehmervertretern eine Lohn- und Gehaltsbewertung durchführen und einen Aktionsplan für die Gleichstellung entwickeln.¹²⁸

Das Parlament forderte auch die Einführung eines „offiziellen Gütesiegels“ für Arbeitgeber, deren Unternehmen keine geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede aufweisen. Die Verlagerung der Beweislast wurde ebenfalls bekräftigt.¹²⁹

Grünen-Abgeordnete Terry Reintke zeigte sich sehr zufrieden mit der radikalen Verschärfung der Richtlinie, denn dadurch werden etwa 60 Prozent aller Beschäftigten in der EU abgedeckt.

Dagegen sorgte diese Verschärfung im Handwerk für Unruhe. „Der Vorschlag bedeutet neue Dokumentations- und Nachweispflichten, und das ist Gift für unsere Unternehmen“, sagt der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Holger Schwannecke.¹³⁰ BDA-Geschäftsführer Steffen Kampeter findet es unsinnig, dass Firmen betroffen seien, die an Tarifverträge gebunden seien oder sie anwendeten. Die Verträge böten bereits ein geschlechtsneutrales Vergütungssystem.

„Diese zusätzliche Bürokratie ist von Kleinbetrieben ohne große Personalabteilung nicht zu leisten“, sagt er.¹³¹

Im Dezember 2022 einigten sich die Unterhändler des Europäischen Parlamentes und der Mitgliedstaaten und im Januar 2023 wurde diese Einigung vom Sozial- und Beschäftigungsausschuss des Europäischen Parlamentes bekräftigt.

Zusammengefasst müssen Arbeitgeber mit mehr als 100 Beschäftigten Informationen zum Lohngefälle zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern bereitstellen und diese an die zuständige Behörde übermitteln. Eine gemeinsame Entgeltbewertung in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretern ist durchzuführen, wenn Entgeltberichte einen Unterschied in der Höhe des Durchschnittslohns von mindestens 5 Prozent aufweisen und Arbeitgeber diesen Unterschied nicht mit objektiven und geschlechtsneutralen Kriterien begründen können.¹³²

Die grüne Verhandlungsführerin des Europaparlaments, Kira Marie Peter-Hansen, begrüßte diese Art von „Naming and Shaming“¹³³. Beschäftigte können eine Entschädigung verlangen, wenn der Arbeitgeber gegen die Bestimmungen der Richtlinie verstößt.¹³⁴

Die Lohntransparenzrichtlinie verstößt gegen das Prinzip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Laut einem Expertenbericht wird das Prinzip des gleichen Entgelts in den meisten EU-Mitgliedstaaten bereits angemessen umgesetzt und der Zugang zu Gerichten ist gesichert. Es gibt nur wenige Gerichtsverfahren und Rechtsprechungen zu diesem Thema, und die Umsetzung von verbindlichen Lohntransparenzmaßnahmen ist sehr komplex und hat nur einen geringen Einfluss auf Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen.¹³⁵

In Deutschland wurde 2017 das Entgelttransparenzgesetz erlassen. Arbeitgeber mit mehr als 200 Beschäftigten müssen auf Antrag von Beschäftigten darlegen, wie viel Kollegen des jeweils anderen Geschlechts für eine vergleichbare Beschäftigung verdienen. Eine Evaluation des Gesetzes im Jahr 2019 bestätigte jedoch, dass es nur eine geringe Auswirkung auf die Gleichstellung von Geschlechtern hatte. Nur 14% der befragten Unternehmen erhielten Auskunftsanfragen, die in erster Linie dazu dienten, den eigenen Wert im Unternehmen einschätzen zu können und nicht, um Diskriminierung zu entlarven.¹³⁶

Der Forschungsdienst des Europäischen Parlaments hat darauf hingewiesen, dass die Kommission bei ihrer Folgenabschätzung nur eine von mehreren möglichen Optionen, nämlich eine Richtlinie, betrachtet hat. Im Gegensatz zu den Behauptungen von Kommission und Parlament ist das geschlechtsspezifische Lohngefälle selten das Ergebnis von Diskriminierung. Der Vorschlag der Kommission geht an den tatsächlichen Ursachen des Lohnunterschieds zwischen Männern und Frauen vorbei. Tatsache ist, dass es unterschiedliche Sektoren und Berufe mit unterschiedlichen Lohnniveaus gibt und dass Frauen eher in schlecht bezahlten Berufen und Sektoren arbeiten und Männer eher in besser bezahlten.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) erklärt das Phänomen wie folgt: „Frauen und Männer zeigen noch immer ein sehr unterschiedliches Berufswahl- und Erwerbsverhalten. Frauen arbeiten häufiger in Branchen und Berufen mit niedrigerem Vergütungsniveau sowie in Teilzeit, haben häufigere und längere familienbedingte Erwerbsunterbrechungen und erreichen damit auch seltener Führungspositionen als Männer. Maßnahmen zur Lohntransparenz knüpfen nicht hieran und sind daher nicht geeignet, Entgeltunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern.“¹³⁷

Die Richtlinie zur Lohntransparenz hätte nur eine begrenzte Auswirkung auf einige Niedriglohnsektoren, die bereits von Frauen dominiert werden. Transparenz ist ein viel geringeres Problem als die strukturell niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen, die zu Armut in Erwerbstätigkeit führen. Das eigentliche Problem liegt in der Unterbewertung der Arbeit, die in diesen Sektoren geleistet wird.¹³⁸

Die Richtlinie berücksichtigt nicht, dass Tarifverträge eine wichtige Rolle bei der Erreichung von Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen spielen. Denn die Vergütung nach Tarifverträgen erfolgt unabhängig von der Person und in Betrieben mit Tarifbindung sind Lohnunterschiede nachweislich geringer.¹³⁹

Die Richtlinie greift in die unterschiedlichen Lohnbildungsmodelle der Mitgliedstaaten ein und untergräbt die Autonomie der Sozialpartner. Arbeitgebern wird das Recht genommen zu beurteilen, was gleiche Arbeit ist. Die Richtlinie führt zu neuen Verwaltungslasten und übermäßigen zusätzlichen Kosten für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). Die Umsetzung der Richtlinie ist für kleine Unternehmen schwierig aufgrund des Mangels an Personal und sie müssen Fachpersonal einstellen und externe Dienstleistungen in Anspruch nehmen.¹⁴⁰

Es fehlt eine Analyse der Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU. Letztendlich ist es sehr problematisch, dass die Richtlinie explizit prozessorientiert ist und eine erhöhte Anzahl von Gerichtsverfahren provoziert. Dies hat negative Auswirkungen auf die Kultur am Arbeitsplatz und auf die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern. Kira Marie Peter-Hansen sagte dazu: „Ich habe große Hoffnungen, dass mehr Klagen eingereicht und mehr Klagen gewonnen werden.“¹⁴¹

Die Richtlinie enthält mehrere detaillierte Verfahrensregeln, die sich auf Rechtsstreitigkeiten, Beweislast, Prozesskosten, Entschädigung und Verjährungsfristen beziehen. All dies ist ein wesentlicher Verstoß gegen die (gerichtliche) Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten.¹⁴²

Parlamentarische Anfrage und Antwort der Kommission

Parlamentarische Anfrage und Antwort der Kommission:

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments hat darauf hingewiesen, dass in der Folgenabschätzung der Kommission zu dem Vorschlag für die Lohntransparenzrichtlinie eine Analyse zur Wettbewerbsfähigkeit fehlt. Er findet dies „überraschend“, denn in der Folgenabschätzung wird festgestellt, dass Lohndiskriminierung ineffizient ist und den Arbeitsmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt beeinträchtigt. Die Kommission hingegen behauptet, dass EU-Maßnahmen zur Schaffung von Lohntransparenz einen Mehrwert haben, da sie verhindern, dass Unternehmen unter gleichen Bedingungen miteinander konkurrieren und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts verbessern.

Der Ausschuss für Regulierungskontrolle der Kommission stellt in seiner dritten Stellungnahme fest, dass die Folgenabschätzung „kohärente Schlussfolgerungen in Bezug auf die Auswirkungen der Entgeltdiskriminierung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hätte ziehen müssen“.

Aus welchem Grund fehlt die Analyse der Wettbewerbsfähigkeit in der Folgenabschätzung der Kommission? Worauf stützt die Kommission ihre Behauptung bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit, wenn in der Folgenabschätzung eine Analyse zur Wettbewerbsfähigkeit fehlt?

Mehr als vier Monate später bekam ich folgende Antwort von Gleichstellungs- kommissarin Helena Dalli:

„Das Recht auf gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gehört zu den Grundrechten der EU (Artikel 157 AEUV). Es wird zudem im Grundsatz 2 – ‚Gleichstellung der Geschlechter‘ der europäischen Säule sozialer Rechte bekräftigt. Der Europäische Gerichtshof hat anerkannt, dass der mit diesem Grundsatz verfolgte wirtschaftliche Zweck gegenüber seinem sozialen Ziel zweitrangig ist. Ferner wird der Grundsatz des gleichen Entgelts bereits in den Gründungsverträgen als grundlegender Faktor für das Funktionieren des Binnenmarkts verankert. Der Grund dafür ist, dass gleiches Entgelt für Frauen und Männer für Unternehmen, die im Binnenmarkt tätig sind, einen fairen Wettbewerb und gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleistet. Die in der Bewertung von 2020 und in der genannten Folgenabschätzung vorgelegten Informationen und Daten zeigen, dass das Grundrecht auf gleiches Entgelt in der Europäischen Union nach wie vor nicht verwirklicht ist. Die noch immer fragmentierten und spärlichen nationalen Maßnahmen zur Lohntransparenz erhöhen das Risiko, dass der Wettbewerb durch unterschiedliche Sozialstandards, unterschiedliche Schutzniveaus für Arbeitnehmer und ungleiche Wettbewerbsbedingungen verzerrt wird. In der Arbeitswelt beeinflussen Geschlechterstereotypen, Vorurteile und Überzeugungen oft unbewusst die Lohngestaltung, was zu versteckten Diskriminierungen zwischen Männern und Frauen führt. Um solche versteckten Diskriminierungen und Vorurteile aufzudecken, ist mehr Transparenz erforderlich“.

Die EU-Kommission scheint kein Interesse daran zu haben, mögliche Auswirkungen der Lohntransparenzrichtlinie auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu berücksichtigen, obwohl dies negative Konsequenzen für die Wirtschaft haben wird – beispielsweise in Bezug auf Investitionen, Beschäftigung und Innovationen. Zu diesem Thema habe ich die folgende Pressemitteilung verfasst:

Guido Reil, MdEP, Pressemitteilung, 5. April 2022

Lohntransparenz ist wichtig, ist aber eine nationale Befugnis. Die Richtlinie greift unzulässig in die unterschiedlichen Lohnbildungsmechanismen der Mitgliedstaaten ein, untergräbt die Autonomie der Sozialpartner und verneint den Arbeitgebern das Recht zu beurteilen, was gleiche Arbeit ist. Stattdessen soll ein bürokratisches Planungsmodell etabliert werden, bei dem Gerichte die wichtigste Rolle einnehmen. Das kann niemand wollen. Davon abgesehen ist in den meisten EU-Mitgliedstaaten der Lohn angemessen transparent. Will man die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen verringern, wären andere Maßnahmen erforderlich.

Die Lohntransparenz-Richtlinie führt nur (wieder) zu neuen Verwaltungsaufgaben und zu Mehrkosten für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), weil sie pauschal verdächtigt werden, ihre Mitarbeiter zu diskriminieren.

Wir brauchen diese extrem ideologisch geprägte Richtlinie nicht und wollen das deutsche Sozialmodell und seine gut funktionierende Tarifpartnerschaft erhalten.

Durch verbindliche Transparenzregeln werden Arbeitsverträge und Unternehmen unter Verdacht als mögliche Täter von Diskriminierung gestellt. Die Lohnbildung, wie wir sie jetzt kennen, wird auf Dauer verschwinden und durch ein bürokratisches Planungsmodell ersetzt, bei dem das Gericht die wichtigste Instanz wird. Ich lehne ein solches Konfliktmodell ab. Wir brauchen Entwicklung, Qualifikationsanpassung und Produktivitätssteigerung in Deutschland und Europa, um unsere wirtschaftliche und soziale

Zukunft zu sichern - keine Wirtschafts- und Sozialplanung und Bürokratie. Lohnentwicklung bei Frauen soll durch einen Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefördert werden. Statt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen weiter zu untergraben, soll die Politik in Deutschland und in der EU sich dafür einsetzen, die Arbeitsbedingungen von verschiedenen Berufen zu verbessern.

Eine Politik der Unmenschlichkeit

Eine Gesellschaft wird an ihrer Behandlung von Pflegebedürftigen gemessen, darunter ältere Menschen, Menschen mit Krankheiten und Menschen mit Behinderungen. Leider wurde diese moralische Pflicht in Europa, dem Gebiet mit dem größten Anteil an älteren Menschen, während der Corona-Zeiten weitgehend vernachlässigt. Die Einschränkungen zur Eindämmung des Virus hatten einen überproportionalen und negativen Einfluss auf das Leben vieler pflegebedürftiger älterer Menschen. Viele Bewohner in Alten- und Pflegeheimen wurden von Betreuern und emotionaler Unterstützung von Freunden und Familie abgeschnitten. Beispielsweise sank in Deutschland die Qualität der Versorgung in Pflege- und Altenheimen sowie ambulanten Pflegediensten während der COVID-19-Zeiten drastisch. Dokumentationspflichten wurden ausgesetzt und Monitoring und Evaluierung auf ein Minimum reduziert.¹⁴³

Es ist traurig, aber wahr: Menschen, die in Alten- und Pflegeheimen leben, gehören zu den verletzlichsten unter uns, wenn sie vernachlässigt werden und einsam sind. Viele ältere Menschen sind allein gestorben, ohne die Begleitung ihrer Lieben und manchmal nur mit minimaler Fürsorge. In Deutschland und Europa gab es zahlreiche schockierende Berichte.¹⁴⁴

Dies darf in Zukunft nicht mehr passieren. Wir müssen uns alle dafür einsetzen, dass ältere Menschen in jeder Situation Zugang zu ihren Angehörigen, Dienstleistungen und Unterstützung haben und ihre Würde gewahrt wird.

Rede Guido Reil, Brüssel, Plenarsitzung, 8. Oktober 2021

„Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! COVID-19 macht uns Angst. Das ist auch kein Wunder, denn wir stehen auf mit COVID-19 und gehen schlafen mit COVID-19. Ich befürchtete, dass die Maßnahmen, die wir zur Bekämpfung der Pandemie ergreifen, viel mehr Schäden anrichten als die Pandemie selber. Ich meine damit nicht die verheerenden wirtschaftlichen Folgen, die diese Maßnahmen haben. Nein, ich meine die Maßnahmen, die getroffen wurden, die die Schwächsten der Gesellschaft betreffen – die Menschen in Pflegeeinrichtungen. In Deutschland ist jeder zweite, der an COVID-19 gestorben ist, in einer Pflegeeinrichtung gestorben. Welche Maßnahmen hat die Regierung ergriffen? Sie hat die Menschen isoliert. Sie hat ihnen ein Kontaktverbot zu ihren Angehörigen auferlegt. Diese Maßnahme hat kein Menschenleben gerettet – ganz im Gegenteil. Sie war unglaublich grausam, sie war unmenschlich, und sie hat Menschenleben gekostet. Gerade in einer solchen schweren Phase brauchen diese Menschen natürlich die Liebe und die Nähe zu ihren Angehörigen. Das wäre unter Einhaltung der Maßnahmen natürlich ohne Probleme möglich gewesen. Das wissen wir heute. So etwas darf nicht mehr passieren. Diese Maßnahme war grausam und unmenschlich. Was ist aus den heimlichen Helden der Pandemie geworden, unseren Pflegekräften, die ja wirklich an vorderster Front standen, die sich aufgeopfert haben? Was haben sie bekommen? Applaus. Und, sonst? Applaus ist schön, Wertschätzung. Aber war das schon alles? Unsere Bundesregierung hat lächerliche Einmalzahlungen bereitgestellt – wirklich lächerliche.

Aber hat sich an der Grundsituation der Pflegekräfte etwas verändert? Schon vorher war die Situation eine Katastrophe. Eine examinierte Pflegekraft in Deutschland verdient 2500 Euro brutto. 2500 Euro! Dafür muss sie acht Stunden hart arbeiten, körperlich und seelisch. Nach diesen acht Stunden kann sie sich meist noch ein, zwei Stunden hinsetzen für Dokumentation. Das weiß ich jetzt so, nicht, weil ich das gelesen habe, sondern meine Frau arbeitet da, deswegen kenne ich die Probleme. Wir brauchen endlich eine Politik der Menschlichkeit.“



Pflege in der EU. Geschäfte und Einwanderung

Die Menschen, die sich um Pflegebedürftige kümmern – Pflegerinnen und Pfleger in Krankenhäusern, Altenpflegerinnen und Pfleger in Alten- und Pflegeheimen, Menschen, die in der ambulanten Pflege tätig sind - sind unbezahlbar und von unschätzbarem Wert. Dies wurde in den Corona-Zeiten noch deutlicher.

Die Pflege ist jedoch eine der größten Herausforderungen Europas. Insbesondere die rasche Alterung der Bevölkerung führt zu einer stark steigenden Nachfrage nach Langzeitpflege. Die Zahl der Pflegebedürftigen in der EU wird voraussichtlich von 30,8 Millionen im Jahr 2019 auf 38,1 Millionen im Jahr 2050 steigen. Es fehlt in der EU an immer mehr Pflegekräften, um dieser stetig wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen gerecht zu werden. Laut der Kommission werden in Europa bis 2030 elf Millionen Pflegekräfte fehlen.¹⁴⁵

Der Pflegeberuf ist nun mal nicht attraktiv genug. Die Europäische Kommission fasst es wie folgt zusammen: „Der Arbeitskräftemangel aufgrund schwieriger Arbeitsbedingungen und niedriger Löhne und Gehälter wird sich künftig voraussichtlich verschärfen und wird durch eine alternde Erwerbsbevölkerung und eine zunehmende Nachfrage nach Pflege- und Betreuungsleistungen noch verstärkt.“¹⁴⁶

Die COVID-19-Pandemie hat laut der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) viele tiefsitzende Probleme in der Langzeitpflege offengelegt, wie den Mangel an Personal, geringe Jobqualität und Fähigkeiten. Die rasch alternde Bevölkerung übersteigt in zunehmendem Maße die Zahl der benötigten Pflegekräfte. Die OECD betont die „unzureichende Personalausstattung und fehlende Qualifikationen, die zulasten der Pflegequalität und Sicherheit gehen“. Laut OECD ist es für

den Sektor schwierig, genügend Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten.

Nichtstandardisierte Arbeit ist weit verbreitet, das Lohnniveau ist tendenziell niedriger als bei vergleichbaren Qualifikationen in anderen Gesundheitssektoren und Langzeitpflegekräfte haben mehr gesundheitliche Probleme als anderes Gesundheitspersonal. Darüber hinaus entsprechen die Qualifikationen in vielen Fällen nicht den (zunehmend) anspruchsvolleren und wachsenden Aufgaben.¹⁴⁷

Es ist besorgniserregend, dass 2021 30 Prozent der Pflegekräfte in Krankenhäusern in der EU den Beruf aufgegeben haben. Im Jahren 2019 und 2020 haben 421.000 Arbeitskräfte die Pflegebranche verlassen. Während es fast überall in der EU an Pflegekräften für die stetig wachsende Zahl an Pflegebedürftigen fehlt, machen internationale Konzerne und Finanzinvestoren gleichzeitig mit Pflegeheimen ein Milliardengeschäft. In vielen Fällen wird vor allem die Rendite statt bedürftiger Personen gepflegt. Ein Journalistenteam von Investigate Europe hat festgestellt, dass:

- ein immer größerer Anteil der Gelder, die Regierungen für die Pflege ausgeben, auf die Konten von internationalen Konzernen fließt; derzeit verfügen die 25 größten Konzerne europaweit über mehr als 455.000 Pflegeplätze
- anonyme Finanzsektoren immer größere Anteile der Pflegegeschäfte übernehmen und ihre Gewinne in Steuerparadiese verschieben (obwohl sie mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden)
- Entwicklung in vielen EU-Mitgliedstaaten einher geht mit einer Verminderung der Pflegequalität; Heimbewohner werden in vielen Fällen schlecht versorgt.

In vielen Ländern werden Qualitätsprüfungen in Pflegeeinrichtungen nur sehr selten durchgeführt, was dazu führt, dass staatliche Behörden in den meisten Fällen bei den Kontrollen versagen.

Oft begutachten Prüfer nicht die Pflegebedürftigen selbst, sondern beschränken sich darauf, die Pflegedokumentation zu lesen. Dies ist ein Problem, da die Kontrollinstanzen oft unterbesetzt und überfordert sind.¹⁴⁸

Dieser Zustand wird deutlich in dem Jahresbericht 2021 des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt. Der Hof hat erhebliche Mängel bei der Heimaufsicht festgestellt. Die Heimaufsicht sollte jede stationäre Einrichtung mindestens einmal im Jahr prüfen. In den Jahren 2018 und 2019 fanden jedoch nur etwa die Hälfte der vorgeschriebenen Prüfungen statt. Das Land begründete die Lage unter anderem mit der bisherigen Personalausstattung. Die Rechnungsprüfer betonten auch, dass die Qualitätsberichte für Pflegeheimbewohner und deren Angehörige oft nicht zugänglich sind. Zudem hätten die Berichte „keine Aussagekraft“.¹⁴⁹

Im Februar 2022 machte das Buch des französischen Journalisten Victor Castanet über der französischen Pflegekonzern Orpea deutlich, wie massiv die Pflegemängel in den französischen Altenheimen sind.¹⁵⁰

Die Kommission hat vorgeschlagen, den Mangel an Pflegepersonal durch mehr Migration zu lösen. Im April 2022 hat die Kommission weitere Möglichkeiten für eine mittel- bis längerfristige legale Migration in die EU vorgeschlagen. Zum Beispiel sollen Pflegepersonal aus Ländern wie Ägypten, Niger, Tunesien, Senegal und anderen afrikanischen Ländern angezogen werden, um den Bedarf an Fachkräften zu decken.¹⁵¹

Eine solche Politik ist kontraproduktiv. Sie führt zu einem weiteren Verlust qualifizierter Arbeitskräfte in Entwicklungsländern, die diese Fachkräfte ebenfalls dringend benötigen. Eine Abwanderung verschlimmert die ohnehin schwachen Gesundheits- und Pflegedienste in diesen Ländern.

Statt Zuwanderung zu forcieren, sollten die Mitgliedstaaten endlich die Probleme in diesem Bereich angehen und eine umfassende Pflegepolitik führen. Viele Mitgliedstaaten haben die Pflege vernachlässigt. Sie müssen den Beruf der Pflege- und Betreuungskräfte attraktiver gestalten und sicherstellen, dass die Aufsicht in Pflege- und Altenheimen deutlich verbessert wird.

Straßburg, 5. Juli 2022

Pflegekräfte werden verheizt. Sie haben so viele Patienten zu versorgen, dass ihnen keine Zeit für Pausen bleibt. Sie leiden darunter, ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht zu werden. Die meisten von ihnen sind Pfleger geworden, um Menschen zu helfen. Stattdessen sehen sie, wie sich moderne Medizin gegen Menschen richtet, wie überflüssige Operationen durchgeführt werden, weil sie gut bezahlt werden und wie Patienten zu früh aus dem Krankenhaus entlassen werden, weil ihr Aufenthalt nur pauschal bezahlt wird. Sie sehen, wie der Tod hinausgezögert und das Leid verlängert wird, weil sich beides für ein Krankenhaus rentiert. Pflegekräfte werden nicht ernst genommen, weder von Ärzten und erst nicht von der Politik. Sie machen Überstunden und arbeiten die Wochenenden durch. Solange, bis sie selbst Gesundheitsprobleme bekommen:

Schlafstörungen, Bandscheibenvorfälle, Burnouts. So sieht es aus. Und all das ist politisch gewollt, weil für einige wenige finanziell lohnend. Es gibt aber Bereiche des menschlichen Lebens, die nicht kommerziell geregelt sein sollten, weil für sie andere Regeln gelten: moralisch-ethische Regeln, die keine materielle Entsprechung haben. Das sind die Probleme der Pflege, die nicht dadurch gelöst werden, dass Sie, nachdem sie alle heimischen Pflegekräfte verheizt und krankgemacht haben, noch mehr ausländische Pflegekräfte importieren, um diese genauso zu verheizen.



Am 14. Juli 2022 fragte ich die Kommission:

„Die Kommission plant Fachkräftepartnerschaften mit nordafrikanischen Ländern – insbesondere mit Marokko, Tunesien und Ägypten, aber auch mit Pakistan, Bangladesch, dem Senegal und Nigeria –, um Pflegekräfte anzuwerben. Die Kommission möchte einen sogenannten Talente-Pool schaffen und weist darauf hin, dass es bis 2030 voraussichtlich bis zu sieben Millionen offenen Stellen im Bereich Gesundheit und Pflege geben wird. Darum will sie die Zulassung für Pflegekräfte aus obigen Herkunftsländern vereinfachen und ist der Meinung, dass sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Herkunftsländer davon profitieren. Meiner Meinung nach ist die Lage weitaus komplizierter. Dies wird zu einem weiteren Brain-Drain (Abwanderung hochqualifizierter Fachkräften) in diesen Herkunftsländern führen. Ägypten kämpft bereits mit einem massiven Brain-Drain. Das Gesundheitssystem steht am Rande des Zusammenbruchs.“

1. Hat die Kommission untersucht, ob eine weiter massive legale Immigration von Pflegekräften aus den oben genannten Ländern zu (weiteren) sprachlichen und kulturellen Problemen im Pflegebereich führen wird?
2. Wie rechtfertigt die Kommission diese Pläne im Licht des ständigen Braindrains aus diesen Ländern?
3. Welche Beispiele von Braingain (volkswirtschaftlicher Gewinn, der für Einwanderungsländer durch Zuwanderung entstehen kann) im Pflegebereich gibt es bereits?“

Die Kommission antwortete wie folgt:

„Die Zuweisung von Ressourcen (einschließlich Humanressourcen) für die Gesundheitssysteme fällt in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Die Kommission unterstützt die nationalen Strategien zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen unter anderem im Rahmen des Programms EU4Health, mit dem die Planung verbessert und die berufliche Bildung gefördert werden sollen. Fachkräftepartnerschaften zielen darauf ab, die internationale Mobilität von Arbeitskräften und die Talentförderung in einvernehmlich vereinbarten Sektoren anzukurbeln und gleichzeitig sicherzustellen, dass Partnerländer, Mitgliedstaaten und private Interessenträger gleichermaßen davon profitieren. Der Pflegesektor würde nur dann in eine bestimmte Fachkräftepartnerschaft einbezogen, wenn das Partnerland zustimmt. Ist dies der Fall, wird speziell darauf geachtet, einen „Braindrain“ zu verhindern. Bei Fachkräftepartnerschaften könnte Mobilität lediglich ein Aspekt sein. Weitere Maßnahmen könnten beispielsweise die berufliche Bildung sowie Möglichkeiten der zirkulären Mobilität umfassen.“

Der WHO-Verhaltenskodex für die internationale Rekrutierung von Gesundheitspersonal würde hierbei Anwendung finden. Darüber hinaus könnten Fachkräftepartnerschaften Maßnahmen wie Schulungen zum Aufbau von Kompetenzen und Sprachkenntnissen umfassen, mit denen Drittstaatsangehörige darauf vorbereitet werden, entweder in ihrem eigenen Land oder im Pflegesektor in einem anderen Drittland oder in der EU zu arbeiten. Dies sind alle Aspekte der globalen Dimension der Demografie. Wie die Kommission in ihrer jüngsten Strategie für Pflege und Betreuung ausgeführt hat, muss überprüft werden, „ob und inwieweit EU-Instrumente dazu beitragen könnten, die Zulassung von Wanderpflegekräften in die EU zum beiderseitigen Nutzen der Mitgliedstaaten und der Herkunftsländer zu verbessern und gleichzeitig die ethische Anwerbung von Migranten gewährleisten würden“.

Die Kommission ist wie üblich nicht bereit, sämtliche Fragen vollständig zu beantworten. Sie hat nicht direkt auf die Frage geantwortet, ob eine weitere massive legale Einwanderung von Pflegekräften aus diesen Ländern zu weiteren sprachlichen und kulturellen Problemen im Pflegebereich führen wird. Auch hat die Antwort nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, wie die Kommission meine Bedenken in Bezug auf den bereits bestehenden Brain Drain aus diesen Ländern im Zusammenhang mit der geplanten Anwerbung von Pflegekräften anzugehen beabsichtigt. Die Antwort konzentrierte sich hauptsächlich auf die Aspekte der Fachkräftepartnerschaften, Mobilität und Talentförderung und betonte, dass Partnerländer, Mitgliedstaaten und private Interessenträger gleichermaßen von Fachkräftepartnerschaften profitieren sollten, was natürlich Unsinn ist.



Parlamentarische Anfrage und Antwort der Kommission

Am 21. Dezember 2022 fragte ich die Kommission folgendes:

„Häufig versagen in den Mitgliedstaaten die Behörden bei den Kontrollen von Pflegeheimen. Oft werden Qualitätsprüfungen oberflächlich oder gar nicht durchgeführt. Die Prüfer begutachten nicht die pflegebedürftigen Menschen selbst, sondern lesen nur die Pflegedokumentationen. Die Kontrollinstanzen sind unterbesetzt und überfordert. Dieser Zustand wird zum Beispiel im letzten Jahresbericht aus dem Jahr 2021 des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt beschrieben. Der Rechnungshof stellt große Mängel bei der Heimaufsicht fest. Im Prinzip sollte die Heimaufsicht jede stationäre Einrichtung mindestens einmal im Jahr prüfen. 2018 und 2019 fanden jedoch nur die Hälfte der vorgeschriebenen Prüfungen statt.“

Die Rechnungsprüfer kritisieren auch die Tatsache, dass Qualitätsberichte für Pflegeheimbewohner und deren Angehörige oft nicht zugänglich seien, und dass die Berichte „keine Aussagekraft“ hätten. In Frankreich gab es 2022 einen Skandal bei dem französischen Pflegekonzern Orpea. Im Buch „Die Totengräber“ beschrieb der französische Journalist Victor Castanet ausführlich die gravierenden Pflegemängel in den französischen Altenheimen. Überall in Europa wird dafür plädiert, dass die Qualitätskontrolle in den Altenheimen wesentlich verbessert werden. Aus welchen Gründen wird dieses Problem nicht offensiv in der Pflegestrategie behandelt und in die Empfehlungen an die Mitgliedstaaten aufgenommen?

Die Kommission ist wie üblich nicht bereit, sämtliche Fragen vollständig zu beantworten. Sie hat nicht direkt auf die Frage geantwortet, ob eine weitere massive legale Einwanderung von Pflegekräften aus diesen Ländern zu weiteren sprachlichen und kulturellen Problemen im Pflegebereich führen wird. Auch hat die Antwort nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, wie die Kommission meine Bedenken in Bezug auf den bereits bestehenden Brain Drain aus diesen Ländern im Zusammenhang mit der geplanten Anwerbung von Pflegekräften anzugehen beabsichtigt. Die Antwort konzentrierte sich hauptsächlich auf die Aspekte der Fachkräftepartnerschaften, Mobilität und Talentförderung und betonte, dass Partnerländer, Mitgliedstaaten und private Interessenträger gleichermaßen von Fachkräftepartnerschaften profitieren sollten, was natürlich Unsinn ist.

Chronik eines angekündigten Notstandes

Der Pflegenotstand ist in Deutschland ein altbekanntes Problem. Ein Pflegenotstand wird als „großer Mangel an Pflegekräften in Krankenhäusern und anderen der Pflege von Kranken und alten Menschen dienenden Einrichtungen“ definiert. Der Begriff wurde in Deutschland schon in den Sechzigerjahren verwendet, als die Altenpflege ausgeweitet wurde und gleichzeitig rund 50.000 Pflegestellen in neu entstandenen Krankenhäusern unbesetzt waren.¹⁵² 1991 warnte der Deutsche Ärztetag schon vor einem Mangel an Pflegekräften.¹⁵³ Seitdem hat sich das Problem immer weiter verschärft.

Die Zahl der Beschäftigten in der Pflege hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Am 31. Dezember 2020 arbeiteten 486.100 Beschäftigte in Krankenhäusern in der Pflege, 18 Prozent mehr als vor zehn Jahren. Auch in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten hat die Zahl der Beschäftigten zugenommen. Während im Jahr 2009 noch 679.000 ambulante und stationäre Pflegekräfte tätig waren, waren es 2019 bereits 954.000, was einer Steigerung um 40 Prozent entspricht.¹⁵⁴

Die Alterung der Gesellschaft in Deutschland hat jedoch zu einer starken Zunahme der Anzahl der Pflegebedürftigen geführt. Während 1990 nur 13 Prozent der Bevölkerung älter als 67 Jahre waren, war dies 2021 bereits bei jedem fünften Bürger der Fall. Da ältere Menschen in der Regel mehr Pflege benötigen, ist die Zahl der Pflegebedürftigen in den letzten Jahren stark gestiegen. Im Dezember 1999 waren 2,02 Millionen Menschen pflegebedürftig, im Dezember 2009 hatte sich diese Zahl auf 2,34 Millionen erhöht und im Dezember 2019 waren es 4,13 Millionen Menschen.¹⁵⁵

Ende 2021 gab es rund 4,96 Mio. Pflegebedürftige in Deutschland. Damit hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt.¹⁵⁶

Nach dem Barmer Pflegereport 2021 wird es bis 2030 rund sechs Millionen Pflegebedürftige in Deutschland geben. Dies bedeutet, dass eine Million Menschen vollstationär und 1,7 Millionen Menschen durch ambulante Pflegedienste versorgt werden müssen. Im Vergleich zu Dezember 2021 würde dies einen Anstieg von 26 Prozent in Pflegeheimen und 16 Prozent ambulant bedeuten. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt damit deutlich schneller als die offiziellen Zahlen zu den benötigten Pflegekräften.

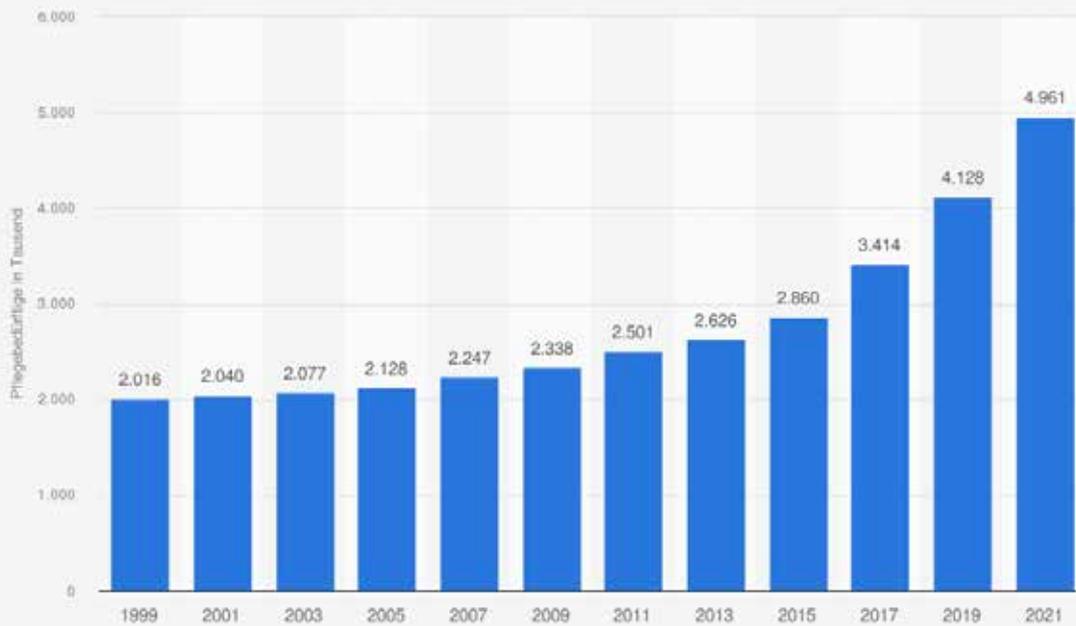


Bereits heute fehlen 200.000 Pflegekräfte. Der renommierte Pflegeforscher Heinz Rothgang geht davon aus, dass es bis 2030 einen Bedarf an 434.000 Vollzeitstellen geben wird. Allerdings arbeitet mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in den Altenheimen nicht Vollzeit, sodass die tatsächliche Zahl wahrscheinlich noch höher liegen dürfte.

Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) könnten bis zum Jahr 2035 rund 307.000 Pflegekräfte in der stationären Versorgung fehlen. Die Versorgungslücke im Pflegebereich insgesamt hat sich im Jahr 2022 auf insgesamt knapp 500.000 Fachkräfte vergrößert, Tendenz steigend!

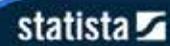


Anzahl der Pflegebedürftigen in Deutschland in den Jahren 1999 bis 2021 (in 1.000)

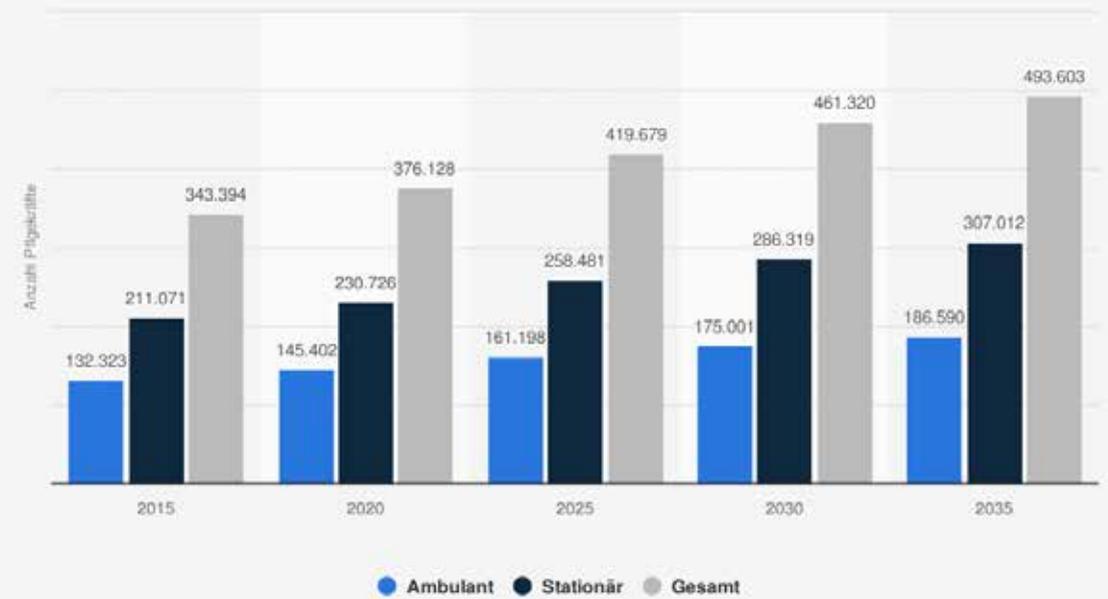


Quelle:
Statistisches Bundesamt
© Statista 2022

Weitere Informationen:
Deutschland, 1999 bis 2021



Prognostizierter Bedarf an stationären und ambulanten Pflegekräften* in Deutschland bis zum Jahr 2035



Quelle:
IW Köln
© Statista 2022

Weitere Informationen:
Deutschland



Der Pflegeberuf ist nicht nur aufgrund der geringen Verdienstmöglichkeiten unattraktiv, sondern auch wegen der hohen Belastung. Altenpflegekräfte in Deutschland sind deutlich häufiger krankgeschrieben und werden öfter früherrentet als Erwerbstätige in anderen Berufen.

Der Vorstandsvorsitzende der Barmer, Christoph Straub, sprach von einer gefährlichen Abwärtsspirale. Wenn Pflegekräfte erkranken oder in den vorzeitigen Ruhestand gehen, müssen die verbliebenen Kollegen und Kolleginnen diese Arbeit zusätzlich übernehmen, was wiederum die Belastung und die gesundheitlichen Risiken erhöht. Dies ist ein Teufelskreis.

Pflegekräfte haben vor allem Fehlzeiten aufgrund von psychischen Problemen sowie Muskel-Skelett-Erkrankungen. Deswegen brauchen wir mehr Gesundheitsvorsorge im Pflegeberuf und eine Aus- und Weiterbildungsoffensive, um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen.

Der Personalmangel hat negative Auswirkungen auf Klinikpatienten, Heimbewohner und andere Pflegebedürftige. Wenn es nur wenig Personal gibt und viele Patienten und Pflegebedürftige zu versorgen sind, steigt das Risiko von Gewaltausübung. Auch hat die Zahl der Pflegekräfte Einfluss auf die Zahl der Todesfälle. Der Mangel an Pflegekräften kann verringert werden, indem die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Eine Studie aus Gelsenkirchen, Bremen und Saarland aus Mai 2022 zeigte, dass, wenn sich die Arbeitsbedingungen in Kliniken, Heimen und ambulanten Diensten verbessern würden, mindestens 300.000 Vollzeit-Pflegekräfte in Betracht ziehen würden, in ihren Beruf zurückzukehren oder ihre Arbeitszeit aufzustocken.¹⁵⁷

Allerdings dürfen die Kosten für Lohnsteigerungen nicht auf die Bewohnerinnen und Bewohner in Pflege- und Altenheimen umgelegt werden. Der Reichenforscher Professor Thomas Druyen weist darauf hin, dass die zunehmende finanzielle Belastung für Pflegebedürftige die Gefahr birgt, dass die Pflege für viele unerschwinglich wird. Er meint, dass die Pflege immer noch nicht als extrem wichtige Dienstleistung anerkannt wird und dass Investitionen in Höhe von 85 Milliarden Euro notwendig sind, um die Herausforderungen zu bewältigen.¹⁵⁸

Die Präsidentin des Deutschen Pflegerates, Christine Vogler, teilt diese Ansicht: „Wir hoffen auf die Umsetzung eines Pflegepersonalbemessungsinstruments, auf die Entscheidung für eine konsequente generalistische Ausbildung mit Blick auf die weitere Fachbildung, auf eine refinanzierte Entwicklung von Selbstverwaltungsstrukturen für die Profession Pflege, auf die Finanzierung der hochschulischen Ausbildung, auf ein refinanzierbares System in der Langzeitpflege, bei dem Lohnkostenerhöhungen nicht bei den Bewohnerinnen und Bewohnern landen, auf eine Neuordnung der Kompetenz bei den Gesundheitsberufen inklusive Heilkundeübertragung und auf den Beginn der Diskussion über die Umgestaltung des Gesundheitssystems“.¹⁵⁹

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitstreiter und Freunde,**

In meinem letzten Buch "Abwärts" (2021) habe ich mich intensiv mit den Folgen des von der ökosozialistischen bzw. klimasozialistischen Mehrheit im EU-Parlament beschlossenen Green Deals und dessen Folgen auseinandergesetzt.

Das Ziel der Klimasozialisten ist es, eine „grüne Transformation“ der Wirtschaft zu erzwingen. Allerdings bedeutet diese Transformation nicht mehr und nicht weniger als die Deindustrialisierung Europas. Die Folgen dieser weltweit wohl einzigartigen, planmässig politisch gewollten Vernichtung von wertschöpfenden, gut bezahlten Arbeitsplätzen werden verheerend sein.

Bereits im Jahr 2022 habe ich begonnen, an meinem Buch "Abgezockt" zu arbeiten, welches sich intensiv mit der Sozialindustrie in Deutschland beschäftigt. Meine Motivation hierfür basiert auf persönlichen Erfahrungen meiner Frau, die in der Krankenpflege tätig ist, sowie meiner eigenen Erfahrung von 10 Jahren ehrenamtlicher Arbeit für die AWO, bei der ich Senioren zum Einkaufen gefahren habe. Das Projekt habe ich damals selbst initiiert, finanziert und war für mich eine Herzensangelegenheit.

Ich möchte betonen, dass die Sozialindustrie keineswegs sozial ist, sondern im Gegenteil - sie agiert asozial und ist im höchsten Masse scheinheilig. Lediglich gegenüber ihren Vorständen, die im Durchschnitt ein jährliches Einkommen von 130.000 Euro sowie Dienstwagen erhalten und oft politisch der SPD nahestehen, zeigt sie eine soziale Haltung. Diese scheinheiligen Verbände geniessen zahlreiche Vorteile, da sie als sogenannte Tendenzbetriebe kaum Steuern zahlen müssen, keine öffentlichen Rechenschaftsberichte herausgeben müssen und faktisch vom deutschen Arbeitsrecht ausgenommen sind. All das muss sich ändern!

Mit dem Ausbruch des Ukrainekrieges und der Verhängung von Sanktionen gegen Russland durch die EU rückten weitere Probleme in den Fokus. Insbesondere die verfehlte Energiewende in Deutschland und die Folgen des Green Deals der EU wurden dadurch schonungslos aufgedeckt. Deutschland hat sich unnötigerweise von billigem russischem Gas abhängig gemacht, während gleichzeitig sichere Energiequellen wie Kohle- und Kernenergie abgeschaltet wurden. Das "Wall Street Journal" nannte das jüngst, die dümmste Energiepolitik der Welt und stellte richtig fest, dass sie dazu geführt hat, dass Deutschland die höchsten Energiepreise der Welt hat. Und das schon vor dem Aufbruch des

Krieges. Zusätzlich zu den Preissteigerungen und der nie dagewesenen Inflation sind mittlerweile zwei Millionen Menschen in Deutschland auf die Tafeln angewiesen. Doch wie reagiert die EU auf diese Probleme? Sie verschärft die Sanktionen gegen Russland und setzt weitere strengere Klimagesetze um, was zu enormen Preissteigerungen in allen Lebensbereichen führt.

Der Verbrennungsmotor soll bis 2035 verboten werden und mit dem Programm Fit-For-55 werden Immobilienbesitzer gezwungen, ihre Gebäude noch weiter energetisch zu sanieren und ihre Heizungen zu erneuern. Falls sie die Kosten hierfür nicht aufbringen können, drohen ihnen Zwangshypotheken. Die Bürgerinnen und Bürger werden ihrer bezahlbaren Autos beraubt, was letztlich den Individualverkehr einschränkt. Die Politik der EU zerstört Ihre Arbeitsplätze und in Bezug auf Ihre Immobilien sollen Sie enteignet werden. Deswegen wurde dieses Buch, vollkommen zu Recht, zu einer Generalabrechnung mit der EU und ihrer asozialen Politik. Während meiner 33-jährigen Arbeitstätigkeit musste ich täglich akribisch dokumentieren, was ich geleistet habe. Aus diesem Grund ist dieses Buch auch ein Arbeitsnachweis der letzten Monate.

Leider sind die AfD-Delegation und die ID-Fraktion im Europäischen Parlament noch nicht in der Lage, etwas zu bewirken. Allerdings bin ich zuversichtlich, dass sich dies nach der nächsten Europawahl ändern wird. In vielen europäischen Ländern schlägt das Pendel bereits in Richtung konservativ und rechts.

Dennoch war es unsere Pflicht und Aufgabe, aufzuklären und zu informieren, wofür dieses Buch einen Beitrag leisten soll. Ich möchte auch deutlich betonen, dass ich als EU-Skeptiker im Jahr 2019 Mitglied dieses Parlaments geworden bin und mittlerweile ein absoluter EU-Gegner bin. Meiner Ansicht nach ist die EU in ihrer derzeitigen Form nicht reformierbar.

Ich setze mich mit aller Kraft dafür ein, die EU zurückzuführen zu dem, was sie einmal war: eine Freihandelszone mit offenen Binnengrenzen und gemeinsamen Werten. Ich stehe für Frieden, Wohlstand und Freiheit, und setze mich für eine traditions-, familien- und werteorientierte konservative Politik ein.

Glück auf!

Danksagung

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um allen, die an der Entstehung meines Buches beteiligt waren, meinen herzlichen Dank auszusprechen.

Als Autor bin ich mir bewusst, dass ein Buch niemals das Werk eines einzelnen Menschen ist. Es erfordert die Zusammenarbeit und die Mühen vieler, um ein vollständiges und beeindruckendes Werk zu schaffen.

Ich möchte mich daher insbesondere bei meinen Mitarbeitern im Europäischen Parlament, Dirk Crols und Mark Schulte, bedanken. Ohne ihre unermüdliche Unterstützung und ihr Engagement wäre es mir nicht möglich gewesen, mein Buch zu vollenden.

Ich habe mich bemüht, alle Ideen, die von anderen stammen und in meinem Buch eingeflossen sind, in Verweisungen und Endnoten kenntlich zu machen. Obwohl mein Buch eine politische Publikation und keine wissenschaftliche Arbeit ist, habe ich mich darum bemüht, die Quellen meiner Inspiration so transparent wie möglich zu gestalten. Sollten dennoch Unvollständigkeiten vorhanden sein, trage ich als Autor selbstverständlich die alleinige Verantwortung.

Ich hoffe, dass mein Buch Ihnen genauso viel Freude bereitet wie mir bei der Erstellung. Nochmals vielen Dank an alle, die an diesem Projekt beteiligt waren.

LITERATURVERZEICHNIS

Agius, Monique: Climate change: deal on multi-billion Climate Social Fund reached, in: Newsbook vom 18. Dezember 2022
<https://newsbook.com.mt/en/climate-change-deal-on-multi-billion-euro-climate-social-fund-reached/>

Ammann, Janos : EU-Gesetzgeber:innen stimmen für eine Stärkung der Tarifverhandlungen, in: Euractiv vom 12. November 2021
<https://www.euractiv.de/section/soziales-europa-jobs/news/eu-gesetzgeberinnen-stimmen-fuer-eine-staerkung-der-tarifverhandlungen>

Anastasiadis, Georg/Hauskrecht, Wolfgang: Top-Ökonom Hans-Werner Sinn warnt vor schweren Jahren für Deutschland: „Staat wird heillos überfordert sein“, in: Merkur vom 29. November 2022
<https://www.merkur.de/wirtschaft/hans-werner-sinn-deutschland-wirtschaft-news-krieg-russland-folgen-inflation-energie-prognose-ex-ifo-chef-91496278.html>

AWO: Svenja Schulze überreicht Förderbescheide an soziale Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt, Pressemitteilung vom 10. Mai 2021
<https://awo.org/svenja-schulze-ueberreicht-foerderbescheide-soziale-einrichtungen-der-arbeiterwohlfahrt/>

Bach, Stefan/Knautz, Jacob (2022): Hohe Energiepreise: ärmere Haushalte werden trotz Entlastungspaketen stärker belastet als reichere Haushalte, DIW Wochenbericht 17/2022, 4 S. 243-251, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c840036.de/22-17-1.pdf

Bär, Irene: Krankenhaus in Münster: CO2-Ausstoss fast halbiert, in: Caritas-Klimablog, 22. Dezember 2022
<https://klima.caritas.de/krankenhaus-co2-ausstoss-fast-halbiert/>

Barazon, Ronald (2019): Der späte Sieg des Sozialismus: Von der Leyens „Green Deal“ führt die EU zur zentral gelenkten Planwirtschaft, in: Deutsche Wirtschaftsnachrichten
<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/501389/Der-spate-Sieg-des-Sozialismus-Von-der-Leyens-Green-Deal-fuehrt-die-EU-zur-zentral-gelenkten-Planwirtschaft>

Bardt, Hubertus (2020): Abbau im Aufschwung: energieintensive Branchen reduzieren ihren Kapitalstock, IW-Kurzbericht 76
https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2020/2020-6-26_Abbau_im_Aufschwung_Layout_Kurzbericht_D.pdf

Bardt, Hubertus (2021): Industrie, Klimaschutz und Handel. Ausgleich unterschiedlicher Kosten und Preise für industriellen Klimaschutz, IW-Report 41/2021
<https://www.iwkoeln.de/studien/hubertus-bardt-ausgleich-unterschiedlicher-kosten-und-preise-fuer-industriellen-klimaschutz.html>

Baumann, Arne/Bruttel, Oliver: Fünf Jahre gesetzlicher Mindestlohn. Bilanz und Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 18. September 2020
<https://www.bbp.de/shop/zeitschriften/apuz/315569/fuenf-jahre-gesetzlicher-mindestlohn/>

Berschens, Ruth: EU-Kommission prüft Einführung eines EU-Mindestlohns, in: Handelsblatt.com vom 12. Januar 2020
<https://www.handelsblatt.com/politik/international/lohnuntergrenze-eu-kommission-prueft-einfuehrung-eines-europaeischen-mindestlohns/25424124.html>
(abgerufen am 4. Februar 2023)

Bertelsmann Stiftung: Entwicklung der Altersarmut bis 2036. Trends, Risikogruppen und Politikszenerarien
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/feiles/BSI/Publikationen/GrauePublikationen/Entwicklung_der_Altersarmut_bis_2036.pdf

Bild: Peinlich-Rückzieher nach Protest: EU will „Weihnachten“ doch nicht streichen, 30. November 2021
<https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/peinlich-rueckzieher-nach-protest-eu-will-weihnachten-doch-nicht-streichen-78403460.bild.html>

Blake, Aaron: World leaders stumble upon a potent response to Trump’s claims: laughter, in: Washington Post vom 25. September 2018
<https://www.washingtonpost.com/politics/2018/09/25/world-leaders-stumble-upon-potent-response-trumps-claims-laughter/> (abgerufen am 3. Februar 2023)

Brenke, Karl/Schlaak, Thore/Ringwald, Leopold (2018): Sozialwesen: ein rasant wachsender Wirtschaftszweig, DIW Wochenbericht 16/2018, S. 305-315
https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.582487.de/18-16-1.pdf

Bruckmeier, Kerstin/Bruttel, Oliver (2021): Minimum wage as a social policy instrument: evidence from Germany, in Journal of Social Policy, Vol. 60, Issue 2, S. 247-266
<https://www.cambridge.org/core/journals/journal-of-social-policy/article/minimum-wage-as-a-social-policy-instrument-evidence-from-germany/14937DF51FD604D0F23CCB4F75937427>

Bund der Arbeitgeber (2021): Richtlinie ignoriert Ursachen und leistet keinen Beitrag zur Entgeltgleichheit: Kurzposition zum Kommissionsvorschlag „Richtlinie über Lohntransparenz zur Stärkung des Grundsatzes des gleichen Entgelts“, 10. März 2021
https://arbeitsgeber.de/wp-content/uploads/2021/03/BDA_Entgelttransparenz.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (a): Bundesumweltministerin Schulze und Spitzen der Wohlfahrtsverbände fordern Klima-Investitions offensive für die Sozialwirtschaft, 1. Juni 2021
https://www.bmuv.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Pressemeldungen/PM_2021_BMU_Investitions offensive_für_Sozialwirtschaft_010621.pdf

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (b): Ökologische Transformation in der freien Wohlfahrtspflege, 29. Juni 2021
https://bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Sommerreise_2021/bmu_steckbrief_AWO.pdf

Bundesrechnungshof (a): Bund steuert Energiewende weiterhin unzureichend, 30. März 2021
<https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Statements/DE/2021/energiewende.html?nn=23496>

Bundesrechnungshof (2021) (b): Bericht nach Paragraph 99 BHO zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bei Elektrizität
<https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/langfassungen-ab-2013/2021/umsetzung-der-energiewende-im-hinblick-auf-die-versorgungssicherheit-und-bezahlbarkeit-bei-elektrizitaet>

Bundesregierung: CO2-Preis für Kohle- und Abfallbrennstoffe, 16. November 2022
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/co2-preis-kohle-abfallbrennstoffe-2061622>

Business Europe (2018): EU action plan on tackling the gender pay gap
https://www.business-europe.eu/sites/buseur/files/media/position_papers/social/2018-05-29_business-europe_position_paper_eu_action_plan_gender_pay_gap.pdf

Business Europe (2020): Business Europe response to 2nd stage social partner consultation on a possible action addressing the challenges related to fair minimum wages
https://www.business-europe.eu/sites/buseur/files/media/position_papers/social/2020-09-07_response_second_stage_consultation_minimum_wages.pdf

Business Leaders: Deindustrialisierung in Deutschland - Angriff auf die Substanz der deutschen Industrie, 11. September 2022
<https://www.business-leaders.net/deindustrialisierung-in-deutschland-angriff-auf-die-substanz-der-deutschen-industrie/>

Capital: Hohe Energiepreise: droht Deutschland der Exodus?, 23. August 2022
<https://www.capital.de/wirtschaft-politik/hohe-energiepreise-droht-deutschland-der-exodus-32654524/html>

CNE News: EP criticises ban on “Christmas”, 16. Dezember 2021
<https://cne.news/artikel/401-european-parliament-criticises-ban-on-christmas>

Council of the European Union: “Fit for 55”: Council and Parliament reach provisional deal on EU emissions trading system and the Social Climate Fund, Pressemitteilung vom 18. Dezember 2022
<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/12/18/fit-for-55-council-and-parliament-reach-provisional-deal-on-eu-emissions-trading-system-and-the-social-climate-fund/>

Danish, Norwegian, Icelandic and Swedish trade union federations: Reply on the second phase consultation of social partners under article 154 TFEU on a possible action addressing the challenges related to fair minimum wages, 4. September 2020
<https://www.fho.dk/wp-content/uploads/2020/09/letter-second-consultation-on-minimum-wage.pdf>

DATEV-Magazin: Vorläufige Einigung zur Lohntransparenz-Richtlinie, 22. Dezember 2022
<https://www.datev-magazin.de/nachrichten-steuern-recht/recht/vorlaufige-einigung-zur-lohntransparenz-richtlinie-92410>

De la Baume, Maia: EU accused of trying to cancel Christmas! Advice on inclusive language dropped after criticism, in: Politico vom 30. November 2021
<https://www.politico.eu/article/european-commission-commission-cancel-christmas-inclusive-language-lgbtq>

De Lachapelle, Aimée: Pflegenotstand in Deutschland – eine kontinuierliche Zuspitzung der Lage, in: Sanubi vom 27. Februar 2023
<https://sanubi.de/pflege/pflegenotstand>

Der Standard: EU fördert Energie zu hoch und falsch, 22. April 2013
<https://www.derstandard.at/content/tcf/story/1363708777650/boltz-eu-foerdert-energie-zu-hoch-und-falsch>

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: Massnahmen zur Abschwächung der Wirkung steigender Energiepreise, November 2021
<https://www.bundestag.de/ressource/blob/873696/d590fca5285bf456ada964848592abb7/WD-5-077-21-pdf-data.pdf>

Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Stark gestiegene Energiepreise gefährden Produktion in Deutschland, 25. Juli 2022
<https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/energie/wege-aus-der-energiekrise/stark-gestiegene-energiepreise-gefahrdet-produktion-in-deutschland-776516>

Deutsches Ärzteblatt: “Wir wissen, dass 2030 circa 500.000 Pflegekräfte fehlen werden“, 12. Oktober 2021
<https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/128103/Wir-wissen-dass-2030-circa-500-000-Pflegekraefte-fehlen-werden>

Dewitte, Dominique: Een heel continent liet een 16-jarig meisje toe zijn energiebeleid te dicteren; ze werd zelfs genomineerd voor Nobelprijs, in: BusinessAM vom 13. September 2022
<https://businessam.be/een-heel-continent-liet-een-16-jarig-meisje-toe-zijn-energiebeleid-te-dicteren-ze-werd-zelfs-genomineerd-voor-een-nobelprijs/>

DICE Consult (2016): Kosten der Energiewende. Untersuchung der Energiekosten im Bereich der Stromerzeugung in den Jahren 2000 bis 2025 in Deutschland
https://www.insm.de/fileadmin/insm-dms/text/soziale-marktwirtschaft/eeg/INSM_Gutachten_Energiewende.pdf

Die Presse: Boltz: EU-Energieförderung kostet Jobs in Industrie, 22. April 2013
<https://www.diepresse.com/1392393/boltz-eu-energiefoerderung-kostet-jobs-in-industrie>

Die Welt: Über 330.000 Menschen könnten wegen Energiekrise Jobs verlieren, 11. August 2022
<https://www.welt.de/wirtschaft/article240418645/Wirtschaftsforscher-330-000-Jobs-stehen-wegen-der-Energiekrise-auf-dem-Spiel.html>

Ellena, Silvia: EU agrees on pay transparency rules to fight gender pay gap, in: Euractiv vom 15. Dezember 2022
<https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/eu-agrees-on-pay-transparency-rules-to-fight-gender-pay-gap/>

Enste, Dominik (2004): Die Wohlfahrtsverbände in Deutschland. Eine ordnungspolitische Analyse und Reformagenda, IW-Analyse Nr. 9
<https://www.iwkoeln.de/studien/dominik-h-enste-die-wohlfahrtsverbaende-in-deutschland.html>

Euronews: EU wouldn’t have plan to be climate neutral without Greta Thunberg, says Frans Timmermans, 25. November 2021
<https://www.euronews.com/my-europ/2021/11/24/eu-wouldn-t-have-plan-to-be-climate-neutral-without-greta-thunberg-says-frans-timmermans>

Europäische Kommission (2020) (a): Vorschlag für eine Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union, COM(2020) 682final, 28. Oktober 2020
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020PC0682&from=DE>

Europäische Kommission (2020) (b): Fragen und Antworten: angemessene Mindestlöhne, Pressemitteilung vom 28. Oktober 2020
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/quanda_20_1967

Europäische Kommission (2021) (a): Vorschlag für eine Richtlinie zur Stärkung der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit durch Lohntransparenz und Durchsetzungsmassnahmen, COM(2021)93final, 4. März 2021
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52021PC0093>

Europäische Kommission (b): Steigende Energiepreise: EU-Kommission will Mitgliedstaaten mit Leitlinien unterstützen, Pressemitteilung vom 23. September 2021
https://germany.representation.ec.europa.eu/news/steigende-energiepreise-eu-kommission-will-mitgliedstaaten-mit-leitlinien-unterstuetzen-2021-09-23_de

Europäische Kommission: Social economy action plan
<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1537&langId=en>

Europäische Kommission (c): Kommission legt Aktionsplan zur Förderung der Sozialwirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen vor, Pressemitteilung vom 9. Dezember 2021
<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=10117&langId=de>

Europäische Kommission (2021) (d): Mitteilung. Aufbau einer Wirtschaft im Dienste der Menschen: ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft, COM(2021)778final, 9. Dezember 2021
<https://eur.lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC07788&from=EN>

Europäische Kommission (2021) (e): Commission Staff Working Document, Building an economy that works for people: an action plan for the social economy, SWD(2021)373final, 9. Dezember 2021, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021SC0373&from=EN>

Europäische Kommission (2022) (a): Europäische Strategie für Pflege und Betreuung, Aufforderung zur Stellungnahme zu einer Initiative (ohne Folgenabschätzung), 1. März 2022, S. 1-6, https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13298-Europaische-Strategie-fur-Pflege-und-Betreuung_de

Europäische Kommission (2022) (b): Mitteilung. Legale Migration: Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern, COM(2022)657final, 27. April 2022 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2022:657:FIN>

Europäische Kommission (c): Fragen und Antworten – Anwerbung qualifizierter und talentierter Fachkräfte aus Drittländern, 27. April 2022 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/quaanda_22_2655

Europäische Kommission (d): Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt mit 27,5 Mrd. EUR ausgestattete deutsche Regelung zugunsten energieintensiver Unternehmen zum Ausgleich indirekter Emissionskosten, Pressemitteilung vom 19. August 2022 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_4925

Europäische Kommission (e): EU einigt sich auf Reform des Emissionshandels und Einrichtung eines Klimasozialfonds, Pressemitteilung vom 19. Dezember 2022 https://germanyrepresentation.ec.europa.eu/news/eu-einigt-sich-auf-reform-des-emissionshandels-und-einrichtung-eines-klima-sozialfonds-2022-12-19_de

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2017): Die jüngsten Entwicklungen der Sozialwirtschaft in der Europäischen Union. Zusammenfassung <https://www.ciriec.uliege.be/wp-content/uploads/2018/09/evol-recente-ES-UE-resume.de.pdf>

Europäisches Parlament (a): Entschliessung vom 6. Juli 2022 zu dem EU-Aktionsplan für die Sozialwirtschaft, P9_TA (2022) 0288 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022IPO288&from=DE>

Europäisches Parlament (b): Geschlechtsspezifisches Lohngefälle: verbindliche Massnahmen für Lohntransparenz, Pressemitteilung vom 5. April 2022 <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20220401IPR26532/geschlechtsspezifisches-lohngefalle-verbindliche-massnahmen-fur-lohntransparenz>

European Chemical Employers Group: Position paper on the European Commission's proposal for a Directive to strengthen the application of the principle of equal pay for equal work or work of equal value between men and women through pay transparency and enforcement mechanisms, 21. Mai 2021

European Parliamentary Research Service: What future for the social economy?, 11. November 2020 [https://www.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/659336/EPRS_BRI\(2020\)659336_EN.pdf](https://www.eu/RegData/etudes/BRIE/2020/659336/EPRS_BRI(2020)659336_EN.pdf)

European Parliamentary Research Service: Directive on adequate minimum wages, 26. Oktober 2022 [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/735355/EPRS_BRI\(2022\)735355_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/735355/EPRS_BRI(2022)735355_EN.pdf)

EY: EU bringt Strompreisdeckel und Übergewinnsteuer auf den Weg, 30. September 2022 https://www.ey.com/de_de/steuernachrichten/eu-bringt-strompreisdeckel-und-uebergewinnsteuer-auf-den-weg

Finanzen100 (a): Armut droht. Jeder vierte deutsche Haushalt kann sich Energie nicht mehr leisten, 5. Juli 2022 https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/boerse/armut-droht-jeder-vierte-deutsche-haushalt-kann-sich-energie-nicht-mehr-leisten_H1366572234_11091128/

Finanzen100 (b): Ausgerechnet mit günstigem Atomstrom locken USA deutsche Firmen an, 30. September 2022 https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/boerse/ausgerechnet-mit-guenstigem-atomstrom-locken-usa-deutsche-firmen-an_H507154707/668/

Focus (a): Star-Ökonom Raffelhüschen: Deutschland finanziert grosszügige Renten in EU-Ländern, 25. März 2021 https://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/rente/hilfsprogramm-deutschland-finanziert-die-hohen-Renten-in-eu-laendern_id_13119663.html

Focus (b): EU einigt sich auf Gewinnabschöpfung gegen hohe Energiepreise, 30. September 2022 https://www.focus.de/politik/ausland/eu-einigt-sich-auf-gewinnabschoepfung-gegen-hohe-energiepreise_id_156460985.html

Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland: Wohlfahrtseinrichtungen in Deutschland 1970-2014, 9. Dezember 2016 <https://fowid.de/meldung/wohlfahrtseinrichtungen-deutschland-1970-2014-node3224>

Frankfurter Rundschau: Frankfurt: AWO verliert gegen das Ehepaar Richter, 16. November 2022 <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-awo-verliert-gegen-das-ehespaar-richter-91920724.html>

Friends of the Earth: "Fit for 55" puts energy poor in jeopardy, Pressemitteilung vom 14. Juli 2021 <https://friendsoftheearth.eu/press-release/fit-for-55-puts-energy-poor-in-jeopardy/>

Frondel, Manuel/Schmidt, Christoph: Ein europäischer Klimasozialfonds als Ausgleich für ambitionierte Klimapolitik? Bitte nicht!, in: Wirtschaftliche Freiheit vom 3. Februar 2022 <https://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?tag=europaische-union>

Furfari, Samuel: The many hopeless European climate change laws, in: Clintel vom 1. September 2021 <https://clintel.org/the-many-hopeless-european-climate-chang-laws/>

Giesserei Praxis: Abwanderungspläne in der Industrie, 13. September 2022 <https://www.giesserei-praxis.de/news-artikel/artikel/abwanderungsplaene-in-der-industrie>

Gill-Pedro, Eduardo (2020): The Commission's proposal for a European minimum wage -another ultra vires challenge for the EU?, in: European Law Blog vom 23. Juni 2020 <https://europeanlawblog.eu/2020/06/23/the-commission-proposal-for-a-european-minimum-wage-another-ultra-vires-challenge-for-the-eu/>

Gillespie, Todd/Nicola, Stefan/Raymund, Monica: Germany risks a factory exodus as energy prices bite hard, in: Moneyweb vom 19. August 2022 <https://www.moneyweb.co.za/news/international/germany-risks-a-factory-exodus-as-energy-prices-bite-hard/>

Gries, Lothar: Wie der Corona-Fonds funktioniert, in: Tagesschau vom 12. Mai 2021 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/wiederaufbaufonds-hilfspaket-eu-kommission-101.html>

Haas, Simon: Warum die Energiewende nur mit Atomkraft funktioniert, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. November 2022 <https://www.nzz.ch/meinung/warum-die-energiewende-nur-mit-atomkraft-funktioniert-ld.1710692?reduced=true>

Hank, Rainer: Sozialstaatsillusion - Die heimlichen Geschäfte von Caritas, Diakonie & Co, in: Wirtschaftliche Freiheit vom 18. Mai 2007 <https://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=35>

Health Europe: The disproportionate impact of COVID-19 on senior populations, 18. Juni 2020 <https://www.health.europa.com/the-disproportionate-impact-of-covid-19-on-senior-populations/100798>

Henger, Ralph/Stockhausen, Maximilian (2022): Gefahr der Energiearmut wächst, IW-Kurzbericht 55/2022 <https://www.iwkoeln.de/studien/ralph-henger-maximilian-stockhausen-gefahr-der-energiearmut-waechst.html>

Hessenschau: Weitere Anklage im AWO-Komplex gegen Ehepaar Richter, 10. August 2022 <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/stadt-frankfurt-um-26-millionen-betrogen-weitere-anklage-im-awo-komplex-gegen-ehespaar-richter.awo-anklage-102.html>

Het Laatste Nieuws: Zuhal Demir (N-VA) haalt uit naar Tinne Van der Straeten (Groen) „Groene dogma's en taboes loslaten blijkt te moeilijk, 9. September 2022 <https://www.hln.be/binnenland/zuhal-demir-n-va-haalt-uit-naar-tinne-van-der-straeten-groen-groene-dogma-s-en-taboes-loslaten-blijkt-te-moeilijk-a2bbb60c/?refer=https%3A%F%2Fwww.google.com%2F>

Heymann: Klimaneutralität: Sind wir bereit für eine ehrliche Debatte?, in: Deutsche Bank Research vom 11. November 2020 https://www.dbresearch.com/PROD/RPS_DE-PROD/PROD00000000513784/Klimaneutralität%3A_Sind_wir_bereit_für_eine_ehrlich.xhtml

Hochstätter, Matthias: Energiewende wird zum Milliarden-Grab. Deutsche dämmen wie die Weltmeister - andere Massnahmen wären für das Klima besser, in: Finanzen100 vom 5. Oktober 2020 https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/boerse/deutsche-daemmen-wie-die-weltmeister-andere-massnahmen-waeren-fuer-das-klima-besser_H1328023911_12490652/

Hoffmann, Holger: Sozialwirtschaft in Deutschland. Definition, Strukturmerkmale, Kritik, Vortrag, Europäisches Parlament, Strassburg, 24. Oktober 2014 https://www.euroinstitut.org/fileadmin/user_upload07_Dokumentation/Seminarokumentation/2014/2014_10_24_HOFFMANN-Sozialwirtschaft_in_Deutschland_5.pdf

Institut für deutsche Wirtschaft: Übergewinnsteuer schafft mehr Probleme, als sie löst, 31. August 2022 <https://www.iwd.de/artikel/uebergewinnsteuer-schafft-mehr-probleme-als-sie-loest-557064/>

Investigate Europe: Graues Gold – Das Milliarden-Geschäft mit der Altenpflege, 18. Juli 2021 <https://www.investigate-europe.eu/de/2021/milliardengeschaeft-altenpflege-konzerne/>

Joeres, Annika: Gut gepflegt wurde vor allem die Rendite, in: Zeitonline vom 4. Februar 2022 <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fwirtschaft%2F2022-02%2Ffrankreich-pflege-skandal-orpea-vernachlaessigung%2Fseite-2>

Junge Freiheit (a): Studie: Energiekrise vernichtet 330.000 Arbeitsplätze, 12. August 2022 <https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2022/studie-energiekrise-vernichtet-330-000-arbeitsplaetze/>

Junge Freiheit (b): Bye-bye Germany, 7. Oktober 2022

Kaindl, Franziska: So viel Geld bleibt deutschen Rentnern im europäischen Vergleich, in: Merkur vom 1. Oktober 2022 <https://merkur.de/leben/geld/deutschland-rente-vergleich-europa-netto-lohn-prozentual-renteneintritt-zr-91775933.html>

Kaiser, Tobias : Verdienstunterschied bekämpfen ? Deutsche Wirtschaft verärgert über neue EU-Regel, in: Die Welt vom 10. April 2022 <https://www.welt.de/wirtschaft/article238082241/Lohntransparenzrichtlinie-Verdienstunterschied-bekaempfen-Deutsche-Wirtschaft-veraergert-ueber-neue-EU-Regel.html>

Kinkartz, Sabine : Was kostet ein gutes Leben in Deutschland ?, in: Deutsche Welle vom 11. Oktober 2022 <https://www.dw.com/de/was-kostet-ein-gutes-leben-in-deutschland/a-63343143>

Kising, Tobias : Was der Klimaschutz Hauseigentümer und Mieter kosten wird, in: Hamburger Abendblatt vom 17. Februar 2022 <https://www.abendblatt.de/wirtschaft/article2344593825/wohnen-klimaschutz-kosten-mieter-vermieter-co2.html>

Kluth, Andreas: Windfall profit taxes are pure economic populism, in : Bloomberg vom 6. September 2022 <https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2022-09-06/windfall-profit-taxes-are-economic-populism-and-anti-investment?leadsource=uverify%20wall>

Konsultationspapier: Zweite Phase der Konsultation der Sozialpartner gemäss Artikel 154 AEUV zu einer möglichen Massnahme zur Bewältigung der Herausforderungen in Zusammenhang mit gerechten Mindestlöhnen, 3. Juni 2020 <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=22727&langId=de>

Le Monde: Mitterrand: seule une Europe socialiste bâtirait son indépendance, 10. Juni 1977 https://www.lemonde.fr/archives/article/1977/06/11/m-mitterrand-seule-une-europe-socialiste-batira-son-independance_2867299_1819218.html

Mannheim: Mannheim definiert EU-Ziele der Sozialwirtschaft, 28. Mai 2021 <https://www.mannheim.de/de/presse/mannheim-definiert-eu-ziele-der-sozialwirtschaft>

Matthes, Jürgen: Trotz guter Absicht: Der EU-Krisenfonds ist ein Etikettenschwindel, in: Focus vom 16. Juli 2020 https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/gastbeitrag-von-juergen-matthes-trotz-guter-absicht-der-eu-krisenfonds-ist-ein-etikettenschwindel_id_12216925.html

Max-Planck-Gesellschaft (2021): Wie unterschiedlich Rentensysteme die Bevölkerung absichern <https://www.mpg.de/16789292/wie-unterschiedlich-rentensysteme-die-bevoelkerung-absichern>

MDR Sachsen-Anhalt: Rechnungshof kritisiert unnötige Ausgaben

Merkur: Lebensmittel-Tafel: übermässiger Ansturm, 14. Juli 2022 <https://www.merkur.de/politik/lebensmittel-tafel-ansturm-91667410.html>

Morawiecki, Mateusz: The green transition cannot come at the cost of European security, in: Financial Times vom 4. Juli 2022 <https://www.ft.com/content/3d593adc-b0b0-4098-8616-9d615c9fcd5>

Noack, Rick: Trump accused Germany of becoming 'totally dependent' on Russian energy at the U.N. The Germans just smirked, in: Washington Post vom 25. September 2018 <https://www.washingtonpost.com/world/2018/09/25/trump-accused-germany-becoming-totally-dependent-russian-energy-un-germans-just-smirked/>

Öko-Institut: Die soziale Seite der Energiewende, Dezember 2018 <https://www.oeko.de/e-paper/die-soziale-seite-der-energiewende/artikel/the-social-side-of-the-energy-transition>

Organisation for Economic Cooperation and Development: Who cares? Attracting and retaining care workers for the elderly, Juni 2020 <https://www.oecd.org/publications/who-cares-attracting-and-retaining-elderly-care-workers-92c0ef68-en.htm>

ORF.at: EU-Energieminister unter Erfolgsdruck, 8. September 2022 <https://orf.at/stories/3284411/>

Ostsee-Zeitung: Zeuge: Ministerium förderte Wohlfahrtsverbände ohne Kontrolle, 12. Juni 2018 <https://www.ostsee-zeitung.de/mecklenbug-vorpommern/zeuge-ministerium-foerderte-wohlfahrtsverbaende-ohne-kontrolle-NCESSJH44CEJWCMK3SBKVOXBI.html>

Otte, Romanus: Rezession: Deutschland wird Schlusslicht in Europa und G-20, in: Business Insider vom 11. November 2022
<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/konjunktur-rezession-inflation-deutschland-wird-schlusslicht-beim-wachstum-krank-mann-europas-c/>

Pandey, Ashutosh (a): Vom Sinn und Unsinn der Übergewinnsteuer, in: Deutsche Welle vom 10. Juni 2022
<https://www.dw.com/de/vom-sinn-und-unsinn-der-uebergewinnsteuer/a-62088457>

Pandey, Ashutosh (b): Übergewinnsteuern für Energieunternehmen sind verzweifelter Populismus, in: Focus vom 17. September 2022
https://www.focus.de/finanzen/news/uebergewinnsteuer-fuer-energie-riesen-das-ist-verzweifelter-populismus_id_147984574.html

Paulitz, Henrik: Deutsche Bank spricht von Öko-Diktatur, in: Akademie Bergstrasse vom 10. Dezember 2020
<https://www.akademie-bergstrasse.de/dokumente/AE/Deutsche%20Bank%20Research%20spricht%20von%20Oeko-Diktatur.pdf>

Petrache, Lavinia/Rudolph, Karen (2020): Europäischer Mindestlohn. Auf welche Kompetenzgrundlage kann die Europäische Union handeln, Cepinut Nr. 13/2020
https://www.ccp.eu/fileadmin/user_upload/ccp.eu/Studien/cepinut_Europaeischer_Mindestlohn/cepinut_Europaeischer_Mindestlohn.pdf

Polish Economic Institute/European Roundtable on Climate Change and Sustainable Transition/Cambridge Econometrics (2021): Cost for households of the inclusion of transport and residential buildings in the EU ETS
<https://ercest.org/wp-content/uploads/2021/08/20210628-Final-Report-New-Title.pdf>

Rademaker, Maike: Sechs Millionen Pflegebedürftige und zu wenig Personal, in: Deutschlandfunk vom 22. Dezember 2021
<https://www.deutschlandfunk.de/wachsender-pflegenotstand-personal-technik-praevention-100.html>

Radtke, Rainer: Pflegebedürftige in Deutschland bis 2021, in: Statista vom 5. Januar 2021
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2722/umfrage/pflegebeduerftige-in-deutschland-seit-1999/>

Rauschenbach, Thomas/Berth, Felix/Hoffjan, Matthias (2021): Wohlfahrtsverbände als Profiteure des sozialen Wandels?, in: Sozial Extra, 6/2021, S. 376-381
https://www.researchgate.net/publication/355183153_Wohlfahrtsverbände_als_Profiteure_des_sozialen_Wandels/link/616527820bf51d481f769d63/download

Rayner, Laura/Brady, Danielle: The pay transparency directive: one small step for womankind, in: EPC.EU vom 8. März 2021
<https://epc.eu/en/publications/The-Pay-Transparency-Directive-One-small-step-for-womankind%7E3c70a8>

Rechska, Lisa: Gesundheitswesen auf dem Krankenbett, in: Plattform für Digitalisierung und Nachhaltigkeit vom 12. September 2022
<https://dup-magazin.de/technologie/e-health/gesundheitswesen-auf-dem-krankenbett/>

Reliefweb: Policy brief: The impact of COVID-19 on older persons, Mai 2020
<https://reliefweb.int/report/world/policy-brief-impact-covid-19-older-persons-may-2020>

Right to Energy Coalition: Fit for 55, not fit for Europe's energy poor. Gains for energy efficiency offset by emissions trading for buildings that will raise energy bills, 14. Juli 2021
<https://righttoenergy.org/2021/07/14/fit-for-55-not-fit-for-europes-energy-poor/>

Rios, Beatriz: Kommission wirbt weiter für EU-Mindestlohn, in: Euractiv vom 4. Juni 2020
<https://www.euractiv.de/section/unternehmen-und-arbeit/news/kommission-wirbt-weiter-fuer-eu-mindestlohn/>

Rogge, Philipp Laurenz (2001): Staatliche Finanzkontrolle freier Wohlfahrtspflege, Duncker & Humblot, Berlin, Dissertationsschrift, 1. Auflage

Roszbach, Henrike: Lindners Experten nennen Übergewinnsteuer langfristig schädlich, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. August 2022
<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/uebergewinnsteuer-1.5631867>

Rudnicka, J: Prognose zum Umsatz im Sozialwesen in Deutschland bis 2025, in: Statista vom 24. Januar 2022
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/247974/umfrage/prognose-zum-umsatz-im-sozialwesen-in-deutschland/>

Rühle, Marc Oliver: Reichenforscher zählt Deutschland an, in: Bild vom 22. November 2022
<https://www.bild.de/geld/mein-geld/vorsorge-und-rente/pflege-in-zukunft-nur-noch-fuer-vermoegende-reichenforscher-zaeht-deutschland-a-81790850.bild.html>

Schmid, Josef: Wohlfahrtsverbände, in: Bundeszentrale für politische Bildung
<https://www.bpp.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202214/wohlfahrtsverbaende/>

Schmidt, Helmut: Europa-Rede vom 4. Mai 1979
https://www.helmut-schmidt.de/fileadmin/News/2019_05_20_BKHS_Helmut_Schmidt_Europa-Rede_1979.pdf

Schmidt, Nico/Schumann, Harald: Heime als Gewinnmaschinen für Konzerne und Investoren, in: Tagesspiegel vom 16. Juli 2021
<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/heime-als-gewinnmaschinen-fur-konzerne-und-investoren-5114386.html>

Seidel, Jörn: Pflege in Not: das bedeutet der Fachkräftemangel für Pflegenden und Patienten, in: WDR1 vom 2. November 2022
<https://www1.wdr.de/nachrichten/pflege-notstand-krankenhaus-fachkraefte-mangel-102.html>

Siems, Dorothea: Die deutsche Wirtschaft fürchtet von der Leyens EU-Sozialunion, in: Die Welt vom 14. August 2019
<https://www.welt.de/wirtschaft/article198502223/Mindestlohn-Arbeitgeber-fuerchten-von-der-Leyens-EU-Sozialunion.html>

Sjödin, Erik (2022): European minimum wage: a Swedish perspective on EU's competence in social policy in the wake of the proposed directive on adequate minimum wages in the EU, in: European Labour Law Journal, Vol. 13(2), S. 273-291
<https://journals.sagepub.com/doi/epub/10.1177/20319525221090547>

SMEUnited (a): Position on the proposal for a Directive on adequate minimum wages in the EU, 17. Februar 2021
<https://www.smeunited.eu/admin/storage/smeunited/smeunited-position-on-minimum-wages-21.01.21.pdf>

SMEUnited (b): Position paper. Proposal for a Directive to strengthen the application of the principle of equal pay for equal work or work of equal value between men and women through pay transparency and enforcement mechanisms, 1. Juli 2021
<https://www.smeunited.eu/publications/position-paper-directive-on-pay-transparency>
Sonntagsblatt: Diakonie-Präsident Lille: Klimaschutz: sozial gerecht umsetzen, 10. Dezember 2022
<https://www.sonntagsblatt.de/artikel/gesellschaft/diakonie-praesident-lilie-klimaschutz-sozial-gerecht-umsetzen>

Sowa-Kofta, Agnieszka/Marcinkowska, Izabela/Ruzik-Sierdzinska, Anna/Mackeviciute, Raimonda (2021): Ageing policies – access to services in different Member States, Publication for the committee on Employment and Social Affairs, European Parliament
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/662940/IPOL_STU\(2021\)662940_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/662940/IPOL_STU(2021)662940_EN.pdf)

Statistisches Bundesamt (a): Zahl der Beschäftigten im Pflegedienst in Kliniken binnen zehn Jahren um 18 % gestiegen, Pressemitteilung vom 11. Mai 2022
https://www.destatis.be/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/05/PD22_N026_2313.html

Statistisches Bundesamt (b): Mehr Pflegebedürftige
<https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Hintergruende-Auswirkungen/demografie-pflege.html>

Stede, Jan/Schütze, Franziska/Wietschel, Johanna (2020): Klimaziele bei Wohngebäuden trotz sinkender CO2-Emissionen derzeit ausser Reichweite, DIW-Wochenbericht 40, S. 769-779
https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.799883.de/20-40-1.pdf

Stiftung Arbeit und Umwelt der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie: Energiearmut wird für viele Haushalte zunehmend zum Problem, 5. Dezember 2018
<https://www.arbeit-umwelt.de/wp-content/uploads/PM-Fronedel.pdf>

Süddeutsche Zeitung: Klimapolitik: Wirtschaft warnt vor Abwanderung von Firmen, 1. Januar 2022
<https://www.sueddeutsche.de/service/jahreswechsel-klimapolitik-wirtschaft-warnt-vor-abwanderung-von-firmen-dpa-um-newsml-dpa-com-20090101-220101-99-556241>

Tagesschau: Wegen hoher Energiepreise: historischer Verlust an Kaufkraft erwartet, 8. September 2022
<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/rezession-inflation-kaufkraft-haushalte-herbstprognose-ifw-101.html>

Tamma, Paolo: Brussels' push for a better minimum wage faces uphill struggle, in: Politico vom 22. Oktober 2020
<https://www.politico.eu/article/brussel-push-for-better-minimum-wages-faces-uphill-struggle>

Tautz, Moritz: Sozialverbände erhalten schlechtes Zeugnis, in: Nordkurier vom 12. Juni 2018
<https://www.nordkurier.de/regional/mecklenburg-vorpommern/sozialverbände-erhalten-schlechtes-zeugnis-1206751>

Tichy, Maximilian: Champagnesozialisten und Lumpenmillionäre: wie sich SPD-Politiker beim Staat bedienen, in: Tichys Einblick vom 27. April 2022
<https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/spd-staat-awo-feldmann/>

Tzschaschel, Moritz: EU-Ziele für die Sozialwirtschaft gesteckt, in: Econo vom 21. Juli 2021
<https://econo-magazin.de/eu-ziele-fuer-die-sozialwirtschaft-gesteckt/>

Van Gaal, Wester: EU unveils green industrial plan to counter US and Chinese competition, in: EUobserver.com, 17. Januar 2023
<https://euobserver.com/green-economy/156612>

Van Horenbeek, Jeroen: Stijgende energieprijzen zetten heel Europa onder hoogspanning: Spanje, Griekenland en Frankrijk smeden plannen, in: De Morgen vom 15. September 2021
<https://www.demorgen.be/nieuws/stijgende-energieprijzen-zetten-heel-europa-onder-hoogspanning-spanje-griekenland-en-frankrijk-smeden-plannen-b43b9e3c/>

Vergleich.de: Energiekrise 2022 und 2023: Darum werden Strom und Gas immer teurer
<https://www.vergleich.de/energiekrise.html>

Wall Street Journal: World's dumbest energy policy, 30. Januar 2019
<https://www.wsj.com/articles/worlds-dumbest-energy-policy-11548807424>

Weinkopf, Claudia: Zur Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte vom 18. September 2020
<https://www.bpp.de/shop/zeitschriften/apuz/315577/zur-durchsetzung-des-gesetzlichen-mindestlohns-in-deutschland>

Weissner, Sören/Wehrhan, Rainer (2020): Klimagerechtes Wohnen? Energetische Gebäudesanierung in einkommenschwachen Quartieren. Kommentar zu Lisa Vollmer und Boris Michel „Wohnen in der Klimakrise. Die Wohnungsfrage als ökologische Frage, in: sub/urban, Zeitschrift für kritische Stadtforschung, Band 8, Heft 1-2, S. 211-218
<https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/567/791>

Wernig, Lara: Wer im Winter frieren muss, pfeift auch im Sommer auf den Klimaschutz, in: Focus vom 10. April 2022
https://www.focus.de/politik/deutschland/energiearmut-jeder-siebte-haushalt-wer-im-winter-frieren-muss-pfeift-auch-im-sommer-auf-den-klimaschutz_id_80739376.html

Wesel, Barbara: Was macht der Corona-Wiederaufbaufonds der EU?, in: Deutsche Welle vom 8. Februar 2021
<https://www.dw.com/de/was-macht-der-corona-wiederaufbaufonds-der-eu/a-56503206>

Wikipedia: Wohlfahrt
<https://de.wikipedia.org/wiki/Wohlfahrt>

Wikipedia: Peter Feldmann
https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Feldmann

Witting, Volker: Tafel am Limit, in: Deutsche Welle vom 5. Mai 2022
<https://www.dw.com/de/lebensmittel-tafeln-am-limit/a-61691228>

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (2020): CO2-neutral bis 2035. Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5 Grenze, Oktober 2020
https://epub.wuppertalinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7606/file_CO2-neutral_2035.pdf

Zachmann, Georg/Tagliapietra, Simone: Is Europe's gas and electricity price surge a one-off?, in: Bruegel vom 13. September 2021
<https://www.bruegel.org/blog-post/europes-gas-and-electricity-price-surge-one-off>

Zeitonline: Barmer-Studie. Altenpflegekräfte sind häufig krankgeschrieben, 1. Dezember 2021
<https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-12/barmer-studie-pflegekraefte-krank-oft-arbeitsbedingungen-pflegenotstand-potenzial>

Zeitschrift für kommunale Wirtschaft: Kommunen warnen vor Stromausfällen - Scholz: „Wir kommen da durch“, 11. September 2022
<https://www.zfk.de/politik/deutschland/kommunen-warnen-vor-stromausfaellen-scholz-wir-kommen-da-durch>

Zweites Deutsches Fernsehen: Linderung der Energiekrise: Von der Leyen: Gewinne von Stromerzeugern abschöpfen, 14. September 2022
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/von-der-leyen-energieproblem-eu-loesung-100.html>

ENDNOTEN

- 1 Schmidt 1979.
- 2 Gries 2021.
- 3 Wesel 2021.
- 4 Matthes 2020.
- 5 Focus (a).
- 6 Kaindl 2022.
- 7 Max-Planck-Gesellschaft 2021.
- 8 Bertelsmann Stiftung.
- 9 Le Monde 1977.
- 10 Barazon 2019.
- 11 Zachmann/Tagliapietra 2021.
- 12 Die Presse 2013; Der Standard 2013.
- 13 Bardt 2021, S. 4.
- 14 Bardt 2021, S. 5 and S. 8.
- 15 Süddeutsche Zeitung 2022.
- 16 Gillespie/Nicola/Raymunt 2022.
- 17 Europäische Kommission 2022 (d).
- 18 Van Gaal 2023.
- 19 Polish Economic Institute/European Roundtable on Climate Change and Sustainable Transition/Cambridge Econometrics 2021, S. 4-5, S. 50-51.
- 20 Right to Energy Coalition 2021; Friends of the Earth 2021.
- 21 DICE Consult 2016, S. 3-4 und S. 9.
- 22 Bundesrechnungshof 2021 (a).
- 23 Noack 2018.
- 24 Wall Street Journal 2019.
- 25 Anastasiadis/Hauskrecht 2022.
- 26 Zeitschrift für kommunale Wirtschaft 2022.
- 27 Tagesschau 2022.
- 28 Bardt 2020.
- 29 Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2022.
- 30 Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2022.
- 31 Capital 2022.
- 32 Die Welt 2022; Junge Freiheit 2022 (a).
- 33 Business Leaders 2022.
- 34 Giesserei Praxis 2022.
- 35 Finanzen100 2022 (b); Junge Freiheit 2022 (b).
- 36 Otte 2022.
- 37 Witting 2022.
- 38 Merkur 2022.
- 39 Vergleich.de.
- 40 Bundesrechnungshof 2021 (b), S. 33.
- 41 Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, 2021.
- 42 Stiftung Arbeit und Umwelt der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie 2018.
- 43 Öko-Institut.
- 44 Bundesregierung 2022.
- 45 Haas 2022.
- 46 Bach/Knautz 2022, S. 245 und S. 249.
- 47 Henger/Stockhausen 2022.
- 48 Hochstätter 2020.
- 49 Stede/Schütze/Wietschel 2020.
- 50 Hochstätter 2020.
- 51 Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 2020, S. 97 f.
- 52 Paulitz 2020.
- 53 Kising 2022.
- 54 Weissermel/Wehrhan 2020.
- 55 Euronews 2021.
- 56 Dewitte 2022.
- 57 Heymann 2020.
- 58 Europäische Kommission 2021 (b); Van Horenbeek 2021.
- 59 Kising 2022.
- 60 Europäische Kommission 2022 (e); Agius 2022.
- 61 Frondel/Schmidt 2022.
- 62 Furfari 2021.
- 63 Institut für deutsche Wirtschaft 2022.
- 64 Zweites Deutsches Fernsehen 2022.
- 65 Focus 2022 (b); EY 2022.
- 66 Pandey 2022 (a).
- 67 Pandey 2022 (b).
- 68 Rossbach 2022.
- 69 ORF.at 2022.
- 70 Morawiecki 2022.
- 71 Het Laatste Nieuws 2022.
- 72 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2017.
- 73 Europäische Kommission: Social economy action plan.
- 74 European Parliamentary Research Service 2020.
- 75 Tzschaschel 2021.
- 76 Europäische Kommission 2021 (c)
- 77 Europäische Kommission 2021 (d)
- 78 Europäische Kommission 2021 (e), S. 38.
- 79 Europäisches Parlament (a)
- 80 Rudnicka 2022.
- 81 Rudnicka 2022.
- 82 Brenke/Schlaak/Ringwald 2018, S. 310.
- 83 Hoffmann 2014.
- 84 Schmid.
- 85 Wikipedia (a).
- 86 Rauschenbach/Berth/Hoffjan 2021, S. 377.
- 87 Rauschenbach/Berth/Hoffjan 2021, S. 380.
- 88 Hank 2007.
- 89 Hank 2007.
- 90 Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland 2016.
- 91 Rauschenbach/Berth/Hoffjan, S. 378-379.
- 92 Rogg 2001, S. 14.
- 93 Enste 2004, S. 12.
- 94 Tautz 2018.
- 95 Ostsee-Zeitung 2018.
- 96 Bär 2022.
- 97 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz 2021 (a)
- 98 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (a)
- 99 Sonntagsblatt 2022.
- 100 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz 2021 (b)
- 101 Tichy 2022.
- 102 Hessenschau 2022.
- 103 Frankfurter Rundschau 2022.
- 104 Wikipedia (b).
- 105 Tichy 2022.
- 106 Berschens 2020.
- 107 Siemens 2019.
- 108 Pettrache/Rudolph 2020.
- 109 Business Europe 2020; SMEUnited (a).
- 110 Danish, Norwegian, Icelandic and Swedish trade union federations 2020.
- 111 Artikel 51 Absatz 2 der EU-Grundrechtscharta.
- 112 Konsultationspapier 2020.
- 113 Rechtssache C 268/06, Impact, Rn. 123-124.
- 114 Gill-Pedro 2020.
- 115 Ammann 2021.
- 116 European Parliamentary Research Service 2022.
- 117 Europäische Kommission 2020.
- 118 Rios 2022; Tamma 2020.7
- 119 Europäische Kommission 2020 (b).
- 120 Bruckmeier/Bruttel 2021; Baumann/Bruttel 2020.
- 121 Weinkopf 2020.
- 122 Kinkartz 2022.
- 123 Sjödin 2022, S. 290-291.
- 124 Europäische Kommission 2021 (a), S. 1.
- 125 Europäische Kommission 2021 (a), S.12.
- 126 CNE News 2021; Bild 2021.
- 127 Europäische Kommission 2021 (a), S. 11-24.
- 128 Europäisches Parlament 2022 (b).
- 129 Europäisches Parlament 2022 (b).
- 130 Kaiser 2022.
- 131 Kaiser 2022.
- 132 DATEV-Magazin 2022; Ellena 2022.
- 133 DATEV-Magazin 2022.
- 134 DATEV-Magazin 2022.
- 135 Business Europe 2018, S. 3.
- 136 Bund der Arbeitgeber 2021, S. 2.
- 137 Bund der Arbeitgeber 2021, S. 1-2.
- 138 Rayner/Brady 2021.
- 139 Bund der Arbeitgeber 2021; European Chemical Employers Group 2021, S. 2.
- 140 SME United 2021 (b), S. 3.
- 141 Ellena 2022.
- 142 SMEUnited 2021 (b), S. 3.
- 143 Sowa-Kofta/Marcinkowska/Rusik-Sierdzinska/Mackeviciute 2021, S. 26.
- 144 Health Europe 2020.
- 145 Rademaker 2021.
- 146 Europäische Kommission 2022 (a)
- 147 Organisation for Economic Cooperation and Development 2020.
- 148 Schmidt/Schumann 2021.
- 149 MDR Sachsen-Anhalt.
- 150 Joeres 2022.
- 151 Europäische Kommission 2022 (c)
- 152 De Lachapelle 2023.
- 153 Rechska 2022.
- 154 Statistisches Bundesamt (b).
- 156 Radtke 2023.
- 157 Seidel 2022.
- 158 Rühle 2022.
- 159 Deutsches Ärzteblatt 2021.





Guido Reil wurde 1970 in Gelsenkirchen geboren. Mit 16 hat er angefangen, im Bergbau zu arbeiten, zuletzt als Steiger und Betriebsrat. Er kommt aus einer sozialdemokratischen Familie und ist mit 20 in die SPD eingetreten. Seit 2009 ist er Ratsherr der Stadt Essen. Im Mai 2016 trat er aus der SPD aus und zwei Monate später in die AfD ein. 2019 wurde er für die AfD ins EU-Parlament gewählt und ist dort arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Delegation. Er hat sich immer sozial engagiert, zuerst für die AWO und jetzt für die „Alternative hilft“.

